

ifo Konjunkturprognose Sommer 2022: Inflation, Lieferengpässe und Krieg bremsen wirtschaftliche Erholung in Deutschland

*Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link,
Friederike Fourné, Manuel Menkhoff, Sascha Möhrle, Radek Šauer, Stefan Schiman,
Klaus Wohlrabe, Maik Wolters und Lara Zarges*



Kontakt:

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser
Leiter Konjunkturforschung und -prognosen
ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen
ifo Institut – Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
Poschingerstraße 5
81679 München
Tel.: 089/9224-1406
Fax: 089/907795-1406
<https://www.ifo.de/wollmershaeuser-t>

ifo Schnelldienst

ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Dr. Marga Jennewein, Dr. Cornelia Geißler.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Dr. Yvonne Giesing, Dr. Christa Hainz, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: monatlich + zwei Sonderausgaben.
Bezugspreis jährlich: EUR 150,-
Preis des Einzelheftes: EUR 12,-
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: SAS Druck, Fürstenfeldbruck.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:

<https://www.ifo.de>

Inhaltsverzeichnis

Lage und Prognose der Weltwirtschaft	3
Überblick	3
Ausblick	5
Risiken	7
Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft	8
Überblick	8
Ausblick	9
Box: Zur Revision der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022	11
Finanzpolitische Rahmenbedingungen	13
Box: Zu den konjunkturellen Auswirkungen der Entlastungspakete	14
Hohe Inflation setzt EZB unter Zugzwang	15
Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	18
Lieferengpässe und Corona-Erholung spalten gesamtwirtschaftliche Produktion	18
Box: Zur Prognose des ersten Quartals 2022	19
Dienstleistungen als Stütze des deutschen Außenhandels	21
Unternehmensinvestitionen bleiben zunächst verhalten	22
Box: Zur Bedeutung der ifo Investitionserwartungen für die Investitionsprognose	24
Wohnungsbau verliert an Tempo	25
Box: Zum Anstieg der Unternehmensunsicherheit infolge des Krieges	25
Dienstleister unterstützen Konsumkonjunktur	28
Box: Zur Abschätzung von Umsätzen im Gastgewerbe am aktuellen Rand	30
Hohe Inflationsdynamik setzt sich fort	31
Box: Zu den Triebkräften der deutschen Verbraucherpreisinflation	32
Box: Zur Schätzung der Dauer des Inflationsanstiegs auf Basis eines neuen Trend-Zyklus-Modells	33
Staatskonsum weiter hoch	36
Beschäftigungsaufbau verlangsamt sich	36
Nominallöhne ziehen an	39
Öffentliche Haushalte erholen sich trotz Entlastungspaketen	39
Box: Zu den Lohn- und Inflationserwartungen aus Sicht der Unternehmen	40
Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion	43
Zur Finanzpolitik in Deutschland	45
Literatur	46
Tabellenanhang	47

Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Friederike Fourné, Manuel Menkhoff, Sascha Möhrle, Radek Šauer, Stefan Schiman, Klaus Wohlrabe, Maik Wolters und Lara Zarges

ifo Konjunkturprognose Sommer 2022: Inflation, Lieferengpässe und Krieg bremsen wirtschaftliche Erholung in Deutschland

Lage und Prognose der Weltwirtschaft

ÜBERBLICK

Über den Winter hatten sich die Industrieproduktion und der Welthandel ausgehend von China beschleunigt, seither verlangsamten sie sich aber wieder (vgl. Abb. 1); die Weltwirtschaft expandierte im ersten Quartal 2022 nur noch wenig (vgl. Abb. 2). Pandemiebedingte Einschränkungen sowie angebotsseitige Produktionshemmnisse und die daraus folgenden Preissteigerungen führten zu der Konjunkturabschwächung, die sowohl die fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch die Schwellenländer erfasste.

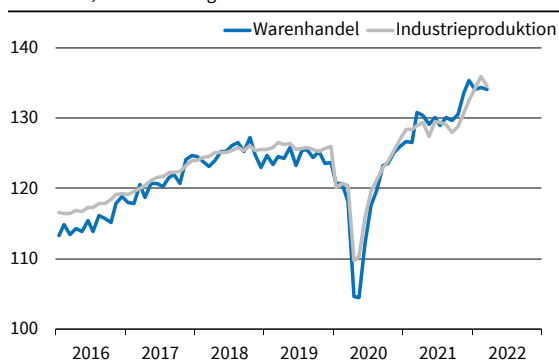
Im Euroraum wurde das Wirtschaftsgeschehen im Winterhalbjahr wieder durch Corona-Maßnahmen beeinträchtigt, der private Konsum schrumpfte im ersten Quartal 2022. In den USA nahmen die privaten Konsumausgaben und die Unternehmensinvestitionen hingegen weiter zu. Es vergrößerte sich jedoch das Außenhandelsdefizit, der Lageraufbau nahm ab, und die Staatsausgaben wurden eingeschränkt. In China expandierte die Industrieproduktion zwischen Oktober 2021 und Februar 2022 kräftig. Doch mit den strikten

IN KÜRZE

Die deutsche Wirtschaft erholt sich seit Jahresbeginn von den zurückliegenden Coronawellen. Die damit einhergehende Normalisierung der Ausgaben in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen verleihen der Konjunktur einen kräftigen Schub. Allerdings bremsen die hohe Inflation, der Krieg in der Ukraine und die anhaltenden Lieferengpässe die wirtschaftliche Erholung in nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2022 um 2,5% und im Jahr 2023 um 3,7% zulegen. Die Inflationsrate dürfte in diesem Jahr mit 6,8% den höchsten Wert seit dem Jahr 1974 erreichen. Auch im kommenden Jahr dürften die Verbraucherpreise mit 3,3% überdurchschnittlich stark steigen.

Lockdowns schwächte sich die Dynamik markant ab. Die Einzelhandelsumsätze schrumpften im März 2022 im Vorjahresvergleich, und sogar der Außenhandel ging aufgrund der Lieferkettenunterbrechungen zurück. In Japan beeinträchtigte, ähnlich wie im Euroraum, die Omikron-Welle den inländischen Verbrauch im ersten Quartal 2022.

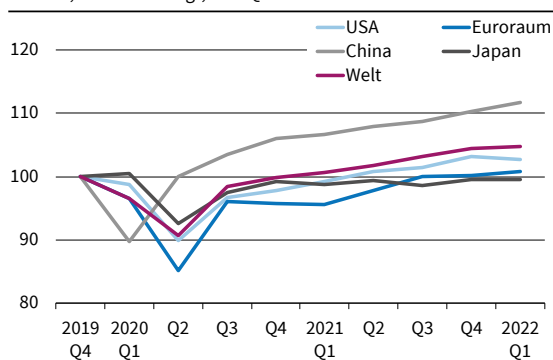
Abb. 1
Weltweiter Warenhandel und Industrieproduktion
2010 = 100, saisonbereinigt



Quelle: Centraal Planbureau (CPB).

© ifo Institut

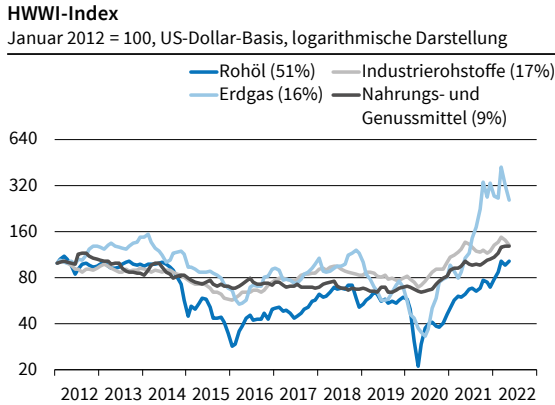
Abb. 2
Bruttoinlandsprodukt nach Regionen
BIP real, saisonbereinigt, 2019Q4 = 100



Quelle: Eurostat; OECD; WIFO-Berechnungen.

© ifo Institut

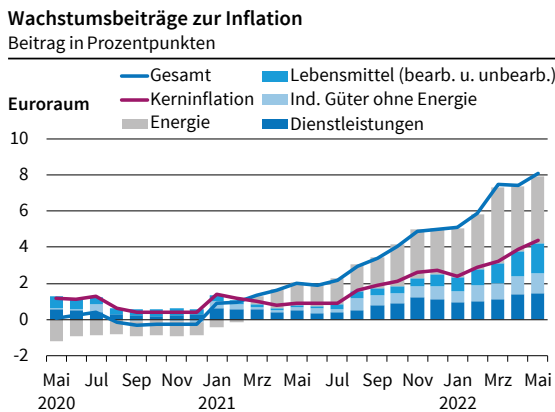
Abb. 3



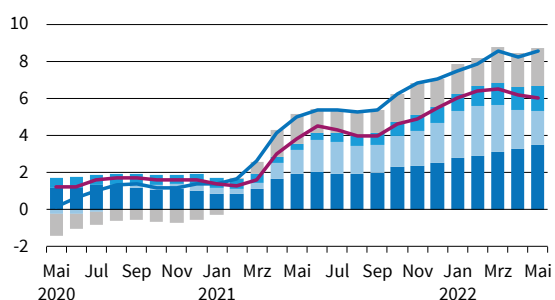
Die Rohstoffpreise befinden sich weiterhin auf sehr hohem Niveau (vgl. Abb. 3). Rohöl und unverarbeitete Nahrungsmittel waren im Mai 2022 knapp doppelt so teuer wie 2019. Der Erdgaspreis, der schon in der Vergangenheit sehr volatil gewesen war, betrug im Mai 2022 etwa das Zweieinhalbfache von Ende 2018, der letzten Hochpreisperiode.

Diese sehr hohen Preisniveaus haben unterschiedliche Gründe. Die Schwankungen des Rohölpreises haben seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges zugenommen. Der Aufwärtstrend, dem er schon zuvor gefolgt war, ist allerdings eine Folge der starken weltweiten Nachfrage, die nicht zuletzt wegen zu geringer Investitionen in Förderkapazitäten in den letzten beiden Jahren nicht bedient werden kann. Was Erdgas be-

Abb. 4



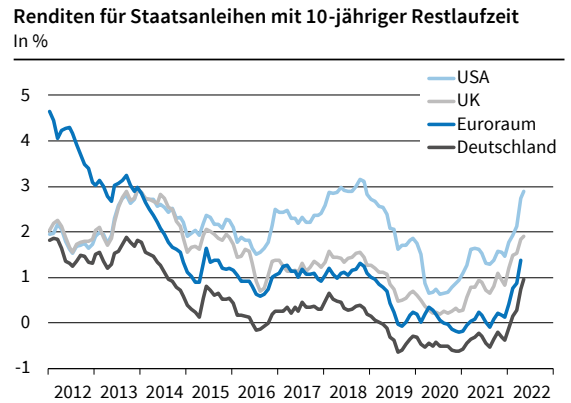
USA



Quelle: Eurostat; U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS); WIFO-Berechnungen.

© ifo Institut

Abb. 5

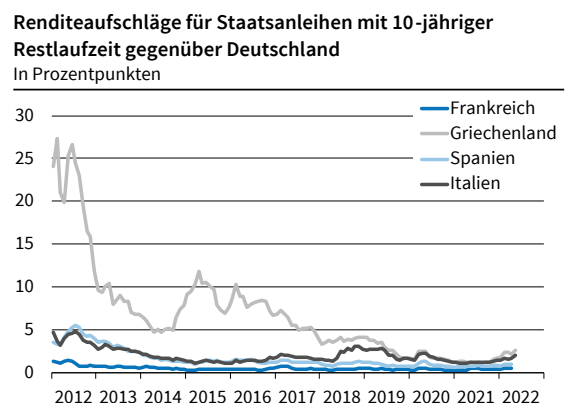


trifft, wurde der markante Preissprung nach Kriegsbeginn in der Folge vollständig abgebaut, da sich an den Lieferungen, entgegen den Markterwartungen, nichts geändert hat. Seinen stärksten Anstieg verzeichnete der Erdgaspreis bereits im Vorjahr. Dies dürfte indirekt mit dem Ukraine-Krieg zu tun gehabt haben, nämlich mit strategischen Kriegsvorbereitungen Russlands und der dementsprechenden Lagerpolitik seiner Gasunternehmen in Europa.

In Folge der stark gestiegenen Rohstoffpreise kam es in den letzten Monaten zu einer beträchtlichen Zunahme der Verbraucherpreise. Im Euroraum lag die Inflation nach ersten Schätzungen im Mai 2022 bei 8,1%, in den USA bei 8,5% (vgl. Abb. 4). Auch in den Schwellenländern ist die Teuerung hoch, der Länderdurchschnitt lag bislang aber unter jenem der fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Ein nennenswerter Ausreißer ist die Türkei, wo die Inflation zuletzt laut offiziellen Angaben 70% betrug. Hier wirkt neben der globalen Inflationswelle vor allem das fehlgeleitete Experiment, der Inflation mit einer Lockerung der Geldpolitik zu begegnen.

Die bereits realisierte und die noch erwartete Straffung der Geldpolitik in vielen Ländern ließ die langfristigen Zinsen auf Staatsanleihen im bisherigen Verlauf des Jahres 2022 steigen (vgl. Abb. 5). Die Spreads der Renditen französischer, italienischer und

Abb. 6

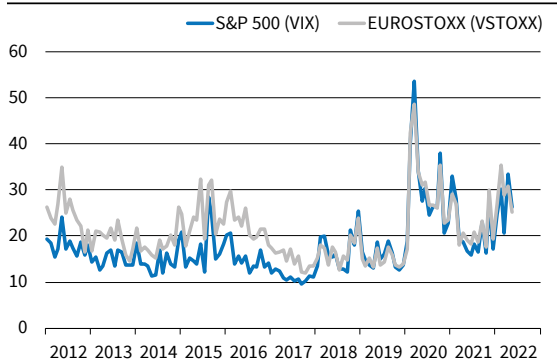


Quelle: Eurostat.

© ifo Institut

Abb. 7

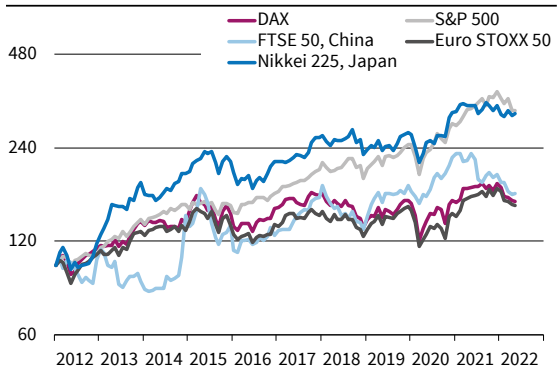
Volatilität wichtiger Aktienindizes
Index



Quelle: Chicago Board Options Exchange (CBOE); STOXX. © ifo Institut

Abb. 8

Aktienmärkte
Kurse, Januar 2012 = 100, logarithmische Darstellung

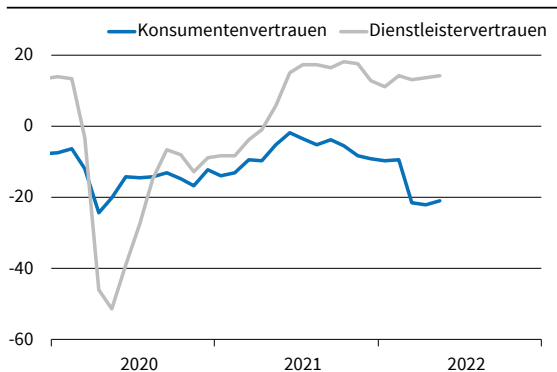


Quelle: Deutsche Börse; FTSE; Nikkei; S&P Dow Jones; STOXX. © ifo Institut

spanischer Staatsanleihen gegenüber den deutschen haben hingegen nur geringfügig zugenommen (vgl. Abb. 6); ein Zeichen dafür, dass die Rückführung der lockeren Geldpolitik den Euroraum nicht wie in den Jahren 2011/2012 zu fragmentieren droht. Insgesamt ist die Unsicherheit an den Finanzmärkten, gemessen an der Volatilität wichtiger Aktienkursindizes, aber gestiegen, wenngleich die Niveaus deutlich niedriger sind als zu Beginn der Coronakrise (vgl. Abb. 7). Die Änderung der Geldpolitik und die Eintrübung der

Abb. 9

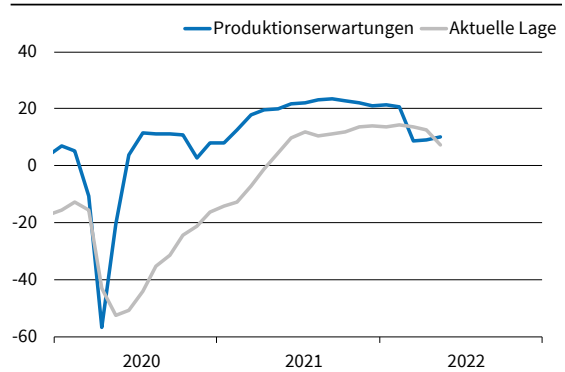
Ausgewählte Vertrauensindikatoren für den Euroraum
Saldo in %, saisonbereinigt



Quelle: Konjunkturumfrage der EU-Kommission. © ifo Institut

Abb. 10

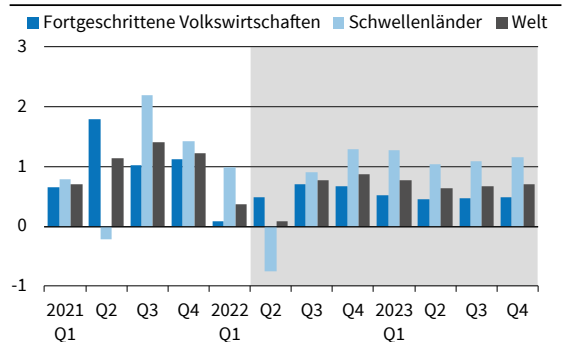
Indikatoren zum Industrier Vertrauen im Euroraum
Saldo in %, saisonbereinigt



Quelle: Konjunkturumfrage der EU-Kommission. © ifo Institut

Abb. 11

Wirtschaftswachstum bis 2023Q4
BIP real, Veränderung gegen das Vorquartal in %, saisonbereinigt



Quelle: Eurostat; OECD; nationale Statistiken. ab 2. Quartal 2022: Prognose. © ifo Institut

Konjunkturaussichten haben in den letzten Monaten zudem zu Kursrückgängen an den Aktienmärkten geführt (vgl. Abb. 8).

AUSBLICK

Während das Konsumentenvertrauen im Euroraum seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine sprunghaft abgenommen hat, blieb die Stimmung im Dienstleistungsbereich anhaltend optimistisch (vgl. Abb. 9). Die Dynamik dort ist maßgeblich von Erholungseffekten nach den pandemiebedingten Schließungen getrieben und erweist sich als Stütze der Konjunktur. Die Herstellung von Waren hingegen leidet immer deutlicher unter den eklatanten Preissteigerungen und anhaltenden Lieferkettenschwierigkeiten. Die Produktionserwartungen sind bereits im März 2022 schlagartig gesunken (vgl. Abb. 10), offenbar – ähnlich dem Konsumentenvertrauen – als direkte Folge des Kriegsausbruchs in Osteuropa. Im Mai 2022 ließ aber auch die Lagebeurteilung der Industriebetriebe erstmals spürbar nach; mit einer vorübergehenden Abschwächung der Industriekonjunktur ist daher wohl zu rechnen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im Jahr 2022 um 3,3% wachsen und im Jahr 2023 um 2,8% (vgl. Abb. 11 sowie Tab. 1 und Tab. 2).

Tab. 1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in % ^a	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	67,2	-4,7	5,1	2,8	2,2	0,7	3,2	6,2	2,4
USA	29,7	-3,4	5,7	2,4	2,0	1,2	4,7	7,5	2,6
Euroraum	18,5	-6,5	5,3	3,3	2,8	0,3	2,6	6,1	2,6
Japan	7,2	-4,6	1,7	2,2	2,3	0,0	-0,2	1,9	0,9
Vereinigtes Königreich	3,9	-9,3	7,4	3,6	1,4	0,9	2,6	7,7	3,4
Kanada	2,3	-5,2	4,5	3,6	2,2	0,7	3,4	6,0	2,7
Südkorea	2,3	-0,7	4,1	2,5	2,4	0,5	2,5	4,4	1,7
Schweiz	1,1	-2,5	3,7	2,5	1,4	-0,7	0,6	2,3	1,1
Schweden	0,8	-2,3	4,9	2,3	2,5	0,5	2,2	5,3	2,3
Norwegen	0,5	-1,3	4,0	2,1	2,7	1,3	3,5	4,1	2,4
Dänemark	0,5	-2,1	4,7	3,8	2,0	0,4	1,9	5,0	2,5
Tschechien	0,3	-5,8	3,3	2,6	3,0	3,2	3,8	10,3	1,4
Schwellenländer	32,8	-0,1	7,9	3,3	4,2	3,5	3,2	6,8	4,3
China	21,2	2,3	8,5	3,8	5,3	2,5	0,9	2,6	2,5
Indien	3,8	-6,5	8,1	7,4	5,5	6,6	5,1	6,8	4,7
Brasilien	2,1	-4,2	4,9	1,8	1,4	3,2	8,3	10,0	4,6
Russland	2,1	-2,6	4,8	-8,7	-3,6	3,4	6,7	17,7	10,4
Mexiko	1,5	-8,3	5,0	2,1	2,5	3,4	5,7	7,0	4,0
Türkei	1,0	1,6	11,2	3,9	2,5	12,3	19,6	60,8	26,1
Polen	0,8	-2,1	5,8	5,9	2,0	3,4	5,2	11,6	5,5
Ungarn	0,2	-4,7	7,1	6,0	3,4	3,3	5,1	8,4	4,6
Welt	100,0	-3,0	6,3	2,9	2,8	1,6	3,2	6,4	3,0
<i>nachrichtlich:</i>									
Welthandel, real ^b		-5,2	10,3	2,8	3,9				
Annahmen									
Ölpreis US-Dollar/Barrel (Brent)		43,3	70,7	107,8	96,3				
Wechselkurs US-Dollar/Euro		1,14	1,18	1,08	1,07				

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar. ^b Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Juni 2022

Tab. 2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise im Euroraum

	Gewicht in % (2020)	Bruttoinlandsprodukt ^a				Verbraucherpreise ^b			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Deutschland ^a	29,5	-4,6	2,9	2,5	3,7	0,4	3,1	6,8	3,3
Frankreich	20,1	-7,8	6,7	2,4	1,8	0,5	2,1	5,2	2,9
Italien	14,5	-9,0	6,7	3,2	2,2	-0,1	1,9	5,9	2,2
Spanien	9,8	-10,8	5,1	4,5	3,6	-0,3	3,0	7,1	2,4
Euroraum	100,0	-6,3	5,3	3,3	2,8	0,3	2,6	6,1	2,6

^a Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Eurostat; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Juni 2022

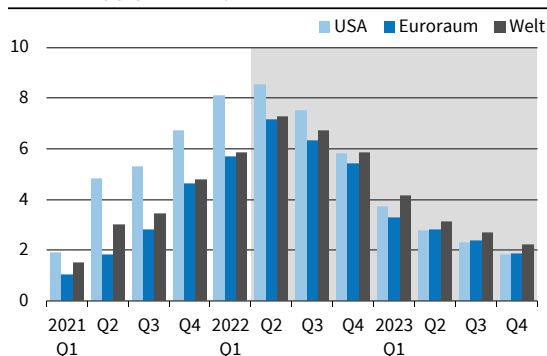
Sofern das von der EU beschlossene Erdölembargo gegenüber Russland nicht zu einer neuerlichen Beschleunigung des Preisauftriebs führt, wird die Inflation im Euroraum im zweiten Quartal 2022 ihren Höhepunkt erreicht haben und sich im Prognosezeitraum allmählich abschwächen. Die verzögerte Übertragung von

Rohstoff- auf Endkundenpreise und die Kompensation der Reallohnverluste durch hohe Lohnabschlüsse werden aber dafür sorgen, dass die Inflation im Jahr 2023 höher sein wird als in den vergangenen Jahren. Für das laufende Jahr wird mit einer Gesamtinflation von 6,1% gerechnet, für das kommende mit 2,6% (vgl.

Abb. 12

Entwicklung der Verbraucherpreise bis 2023Q4

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Quelle: Eurostat; OECD; ab 2. Quartal 2022: Prognose.

© ifo Institut

Abb. 12). Die beschleunigte Inflation wird die EZB dazu veranlassen, die Geldpolitik im Euroraum schneller zu straffen. Nachdem die Anleiheankäufe im Rahmen des *Pandemic Emergency Purchase Programme* im März 2022 eingestellt wurden, werden auch jene des schon länger bestehenden *Asset Purchase Programme* im Juni beendet werden. Bereits im Sommer werden dann die Leitzinssätze angehoben werden, und im Herbst dürften weitere Zinsschritte folgen.

In den USA erweist sich die Binnenkonjunktur noch als robust, der Arbeitsmarkt spannt sich immer mehr an, so dass die Löhne kräftig zulegen. Dementsprechend ist eine größere Reihe von Gütern und Dienstleistungen von starken Preissteigerungen betroffen als im Euroraum, Rohstoffpreissteigerungen spielen eine weniger prominente Rolle (vgl. Abb. 4). Die Inflation in den USA ist weniger stark von ungünstigen Angebotsschocks getrieben als im Euroraum. Dementsprechend strafft die Federal Reserve die Geldpolitik rascher als die EZB. Nach der ersten Zinsanhebung seit zwei Jahren im März 2022 um 25 Basispunkte wurde der Leitzinssatz im Mai 2022 um weitere 50 Basispunkte erhöht. Im Prognosezeitraum werden einige weitere Zinsschritte folgen. Dies wird die Konjunktur und das gesamtwirtschaftliche Wachstum dämpfen, auf 2,4% im laufenden Jahr und 2,0% im kommenden.

In China beeinträchtigten die rigiden Lockdowns und Verkehrsbeschränkungen, insbesondere in Shanghai, die Wirtschaft zuletzt stark. Der Normalisierungsprozess wird einige Zeit in Anspruch nehmen, und angesichts der Entwicklung in den letzten beiden Jahren ist auch längerfristig mit spürbaren Folgen für den globalen Warenhandel und die Weltwirtschaft zu rechnen. Dennoch verfolgt die chinesische Regierung weiterhin eine Null-Covid-Politik, wenn auch mit Ausnahmen für Quarantänegebiete, um die Zeit bis zur Aufhebung von Beschränkungen zu verkürzen. Staatliche Ausgaben, insbesondere für Infrastrukturprojekte, dürften die Konjunktur jedoch stützen. Im Gegensatz zu den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird die Geldpolitik in China tendenziell gelockert, nachdem sie im Vorjahr in der Folge des Immobilien-

booms gestrafft worden war. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 3,8% expandieren und im kommenden Jahr um 5,3%.

Die japanische Wirtschaft erholt sich zwar vom pandemiebedingten Rückschlag zu Jahresbeginn, doch die Lockdowns in China belasten die Exportnachfrage und verschärfen die Lieferkettenprobleme. Nach dem Abebben der Omikron-Welle und der Aufhebung von Beschränkungen Mitte März 2022 beschleunigte sich der private Konsum zwar, die inflationsbedingten Realeinkommensverluste der Haushalte bremsen den Aufschwung aber. Die Bank of Japan dürfte die Nullzinspolitik weiterhin beibehalten.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt wohl in diesem Jahr um 2,9% und im kommenden Jahr um 2,8% zulegen. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022 wurde damit das Expansionstempo in diesem Jahr um 0,9 Prozentpunkte und im kommenden Jahr um 0,3 Prozentpunkte nach unten revidiert. Der Welthandel dürfte im Jahr 2022 um 2,8% und im Jahr 2023 um 3,9% zunehmen.

RISIKEN

Im Ukraine-Krieg zeichnet sich keine rasche Entspannung ab. Die Bestrebungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation aufzulösen, halten an und könnten sich noch verstärken; sei es als politisches Druckmittel der EU oder in Form von Vergeltungsmaßnahmen Russlands. Dies belastet in erster Linie die russische Volkswirtschaft, aber auch die europäische. Eine Unterbrechung von Erdgaslieferungen würde einige Länder vor große logistische Herausforderungen stellen und die Erdgaspreise weiter anfachen. Zudem birgt die Abkehr der EU von Russland als Rohstofflieferant nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig Inflationsrisiken, wenn die Länder nicht ausreichend instande sind, am Weltmarkt für Ersatz, insbesondere an Rohöl, zu sorgen.

Die weitere Inflationsentwicklung könnte aber auch dann zum Konjunkturrisiko werden, wenn die mittelfristigen Inflationserwartungen weiter über die von den Notenbanken anvisierten Zielwerte hinaus steigen würden. Dadurch könnte eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt werden, die nur durch eine geldpolitische Reaktion eingefangen werden könnte, die deutlich restriktiver ausfallen müsste und die Konjunktur stärker belasten dürfte als in der vorliegenden Prognose unterstellt.

Die Straffung der Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften birgt das Risiko negativer Spillover-Effekte für Schwellenländer, Kapitalabfluss in größerem Umfang könnte in den betroffenen Ländern zu Währungsabwertung, einer Beschleunigung der Inflation und Zahlungsausfällen führen. Für die Länder des Euroraums scheint dieses Risiko, mit dem der Zusammenhalt der Währungsunion insgesamt einhergeht, mit der Etablierung geldpolitischer Krisenin-

strumenten in den letzten Jahren deutlich gesunken zu sein.

Auch durch die Corona-Pandemie bestehen weiterhin Risiken. So ist nicht ausgeschlossen, dass sich das Infektionsgeschehen wieder beschleunigt und gefährlichere Virusvarianten auftreten, die neuerliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens nach sich ziehen. In diesem Fall wäre immer wieder mit lokalen Produktionsstopps zu rechnen, wodurch die Lieferkettenprobleme noch länger anhalten würden. Zudem würden die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte wieder eingeschränkt werden.

Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

ÜBERBLICK

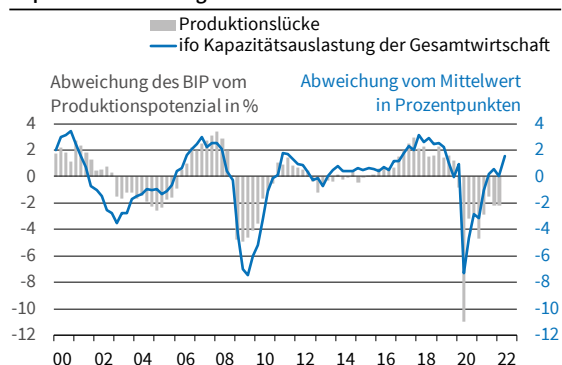
Die deutsche Wirtschaft ist gut durch die beiden Coronawellen im zurückliegenden Winterhalbjahr gekommen. Nach einem leichten Rückgang um 0,3% im Schlussquartal 2021 konnte die Wirtschaftsleistung bereits im ersten Quartal 2022 wieder zulegen und lag zuletzt noch knapp 1% unter ihrem Vorkrisenwert von Ende 2019. Damit legte die konjunkturelle Erholung eine vorübergehende Pause ein (vgl. Abb. 13). Bereits ab Januar nahm die Konjunktur in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen wieder an Fahrt auf und trug im ersten Quartal maßgeblich zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,2% bei. Auch die Bauwirtschaft startete kräftig ins Jahr und profitierte von vollen Auftragsbüchern und einem milden Winter.

Im Verarbeitenden Gewerbe hingegen stagnierte die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal. Hier machten sich bereits erste Folgen des Krieges in der Ukraine bemerkbar. So brachen im März die Ausfuhren nach Russland als Folge der Sanktionen ein. Für sich genommen reduzierten sich dadurch die gesamtdeutschen Warenexporte um 1,2% innerhalb eines Monats. Zudem verschärfte der Krieg die Engpässe bei der Lieferung von Rohstoffen und Vorprodukten, unter denen die Industrie bereits seit dem vergangenen Jahr leidet. Vor allem die Automobilindustrie musste deshalb im März vorübergehend die Produktion drosseln. Schließlich trieben die Engpässe sowie kräftig gestiegene Energiepreise die Produktionskosten und damit die Erzeugerpreise spürbar nach oben. In der Folge nahmen seit Jahresbeginn die Auftragseingänge der Industrieunternehmen ab.

Auch die Konsumkonjunktur zeigt erste Spuren der hohen Inflationsraten. Der Anstieg der Verbraucherpreise erreichte im Mai 7,9%. Neben Energie verteuerten sich in den vergangenen Monaten vor allem Nahrungsmittel spürbar. Aber auch die Preise der

Abb. 13

Kapazitätsauslastung



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

übrigen Waren und Dienstleistungen legten mit weit überdurchschnittlichen Raten zu. Der damit verbundene Kaufkraftverlust der privaten Haushalte hat sich zu Jahresbeginn in einem rückläufigen Warenkonsum niedergeschlagen. Dank eines spürbaren Anstiegs der Ausgaben für Dienstleistungen hat allerdings der private Konsum insgesamt im ersten Quartal stagniert. Hier schlugen sich das Abflauen der Coronawelle und die damit einhergehende Normalisierung des Ausgabeverhaltens der privaten Haushalte nieder.

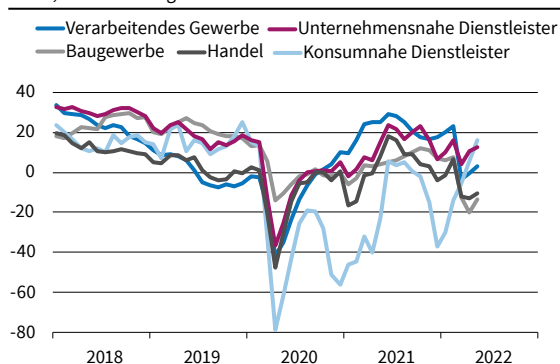
AUSBLICK

Auch in den kommenden Monaten dürfte die Konjunktur durch zwei sehr unterschiedliche Kräfte bestimmt werden. Belastend für die Produktion wirken weiterhin die angebotsseitigen Störungen, die gleichzeitig für einen anhaltend hohen Preisauftrieb sorgen. Vor allem die Lieferengpässe dürften in den kommenden Monaten bestehen bleiben und sowohl die Industrials auch die Baukonjunktur ausbremsen. Insbesondere werden sich wohl mit zeitlicher Verzögerung die Lockdowns in China, die seit März in einigen Regionen die Produktion und den Schiffsverkehr lahmlegten, hierzulande bemerkbar machen. Auch dürften die hohen Rohstoffpreise nur langsam sinken, weil ein baldiges Ende des Krieges in der Ukraine eher unwahrscheinlich ist. Entsprechend hat sich die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe im Vergleich zum Jahresbeginn spürbar verschlechtert (vgl. Abb. 14). Daher dürfte die Wertschöpfung in diesen beiden Wirtschaftsbereichen im zweiten Quartal schrumpfen.

Diese belastenden Faktoren dürften aber im weiteren Prognoseverlauf an Bedeutung verlieren. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass in der zweiten Jahreshälfte die Lieferengpässe allmählich nachlassen und die Rohstoffpreise sinken. Auch wenn die Auftragseingänge mittlerweile als Folge der hohen Preise zurückgehen, sind die Auftragsbücher der Industrie- und Bauunternehmen mit einer Reichweite von zuletzt etwa 4,5 Monaten immer noch prall gefüllt. Damit dürfte es in der zweiten Jahreshälfte zu einem Abbau des Auftragsstaus kommen, der die Produktion im Produzierenden Gewerbe kräftig anschiebt.

Stimulierend für die Konjunktur wirkt die weitere Normalisierung des Spar- und Ausgabeverhaltens der privaten Haushalte. Insbesondere im Bereich der kontaktintensiven Dienstleistungen besteht im Vergleich zum Ausgabeverhalten vor Ausbruch der Coronakrise noch erheblicher Aufholbedarf. Während im vergangenen Jahr noch durchschnittlich 15% des verfügbaren Einkommen beiseitegelegt und nicht für Konsumzwecke verausgabt wurden, sank die Sparquote bereits im ersten Quartal dieses Jahres auf 11,5% und war damit nicht mehr weit von dem Niveau entfernt, das vor Ausbruch der Coronakrise verzeichnet wurde (10,8%). Für den weiteren Verlauf dieses Jahres wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass sich diese

Abb. 14
ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen
Saldo, saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Normalisierung fortsetzt. Zusätzlich wird angenommen, dass die privaten Haushalte auf einen Teil der während der Coronakrise angehäuften Überschusserparnis, die auf knapp 200 Mrd. Euro geschätzt wird, zurückgreifen. Dahinter steckt die Annahme, dass die Konsument*innen nach Jahren der coronabedingten Zurückhaltung versuchen, ihren Lebensstandard, gemessen an der Menge konsumierter Waren und Dienstleistungen, auch angesichts hoher Inflationsraten weitgehend aufrechtzuerhalten. Bis Ende des Jahres dürfte daher die Sparquote vorübergehend auf gut 9% sinken, bevor sie dann bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder in Richtung ihres Vorkrisenniveaus steigt.

Daher dürften die privaten Konsumausgaben im laufenden und in den kommenden Quartalen mit überdurchschnittlichen Raten expandieren und in diesem Jahr mit einem preisbereinigten Anstieg von 4,8% der maßgebliche Konjunkturtreiber sein (vgl. Tab. 3 und Tab. 4). Die hohe Inflationsrate, die in diesem Jahr mit 6,8% den höchsten Wert seit dem Jahr 1974 erreichen dürfte, bremst für sich genommen die Erholung der privaten Konsumausgaben. Vor allem deshalb hat sich vermutlich die Stimmung im Handel zuletzt eingetrübt. Der Kaufkraftverlust durch die stark steigenden Preise wird wohl weder durch den Anstieg der Nettolöhne noch durch die Zunahme der staatlichen Transferzahlungen abgefangen werden können. Zwar haben die beiden Entlastungspakete der Regierung die Abgaben reduziert und die Transfers erhöht. Und auch die Anhebungen des Mindestlohns steigern die Lohneinkommen. Zusammengekommen aber nehmen die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr mit 6,2% weniger zu als die Verbraucherpreise. Dabei sind bereits die preissenkenden Maßnahmen der Entlastungspakete (Wegfall der EEG-Umlage, Neun-Euro-Ticket im ÖPNV, temporäre Senkung der Kraftstoffsteuer) berücksichtigt, die die Inflationsrate in diesem Jahr um rund 0,5 Prozentpunkte niedriger ausfallen lassen.

Zusammengenommen wird die gesamtwirtschaftliche Leistung im zweiten Quartal des laufenden Jahres wohl um 0,4% gegenüber dem Vorquartal zulegen

Tab. 3

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts^a
 Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,2	0,4	1,2	1,4	1,0	0,8	0,6	0,4
Private Konsumausgaben	-5,4	3,9	6,3	-1,3	-0,1	1,5	1,2	0,8	0,7	0,6	0,6	0,4
Konsumausgaben des Staates	-0,7	4,9	-3,1	0,2	0,1	0,5	0,1	0,3	0,2	0,4	0,3	0,3
Bauten	-0,1	1,6	-3,6	-1,0	4,6	-1,6	0,6	1,6	0,4	0,3	0,2	0,2
Ausrüstungen	-0,4	0,6	-3,9	0,7	2,5	-2,4	1,3	2,3	3,4	4,7	2,2	1,6
Sonstige Anlagen	-2,6	1,1	0,9	1,3	-2,1	0,9	1,2	1,2	1,0	0,9	0,8	0,8
Vorratsinvestitionen ^b	2,2	-0,9	0,1	0,2	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,8	2,6	1,9	-0,5	1,8	0,6	0,9	0,9	0,7	0,8	0,6	0,4
Außenbeitrag ^b	-0,9	-0,2	-0,1	0,1	-1,4	-0,2	0,3	0,5	0,3	0,1	0,0	0,0
Exporte	1,8	1,7	-0,6	3,8	-2,1	1,1	2,0	2,0	1,4	1,0	0,9	0,9
Importe	4,4	2,5	-0,4	4,1	0,9	1,8	1,5	1,0	0,8	0,9	0,9	0,9

^a Saison- und kalenderbereinigte Werte. ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab II/2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

Tab. 4

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	Veränderung ggü. Vorjahr in % ^a			Differenz zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022 (Basisszenario)			Differenz zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022 (Alternativszenario)		
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	3,7	0,0	-0,6	+0,4	0,0	+0,3	-0,2
Private Konsumausgaben	0,3	4,8	3,0	+0,2	-0,2	-0,9	+0,2	+1,1	-1,7
Konsumausgaben des Staates	2,9	0,3	1,1	-0,2	0,0	+0,6	-0,2	0,0	+0,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	1,1	4,3	-0,3	-2,4	-0,1	-0,3	-1,0	-0,3
Bauten	0,0	1,6	1,4	-0,6	-1,1	-1,7	-0,6	-0,9	-1,6
Ausrüstungen	3,3	0,3	10,0	-0,1	-3,6	+2,7	-0,1	+0,3	+2,0
Sonstige Anlagen	0,7	1,2	4,0	0,0	-4,1	+0,5	0,0	-3,7	+0,3
Inländische Verwendung	2,3	4,1	2,9	+0,1	0,0	-0,1	+0,1	+1,0	-0,7
Exporte	9,6	2,9	5,3	-0,3	-1,2	+1,0	-0,3	-0,9	+0,7
Importe	9,1	6,6	3,8	-0,2	+0,1	0,0	-0,2	+0,3	-0,3
Erwerbstätige ^b (1 000 Personen)	44 918	45 544	45 734	-2	+65	+81	-2	+110	+99
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 613	2 311	2 288	0	+45	-5	0	+21	-15
Arbeitslosenquote BA ^c (in %)	5,7	5,0	5,0	0,0	+0,1	-0,0	0,0	+0,0	-0,0
Verbraucherpreise ^d (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	3,1	6,8	3,3	0,0	+1,8	+1,5	0,0	+0,7	+1,1
Lohnstückkosten ^e (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	0,9	2,3	1,4	+0,1	+0,9	+0,7	-	-	-
Finanzierungssaldo des Staates ^f									
- in Mrd. Euro	-130,8	-64,8	-11,9	+1,6	+17,0	+32,3	-	-	-
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,7	-1,7	-0,3	+0,0	+0,4	+0,8	-	-	-
Leistungsbilanzsaldo									
- in Mrd. Euro	265,2	181,1	241,2	+17,8	-14,9	+1,9	+17,8	-14,2	+3,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	7,4	4,8	5,9	+0,5	-0,4	-0,0	+0,5	-0,4	-0,0

^a Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. ^b Inlandskonzept. ^c Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

^d Verbraucherpreisindex (2015 = 100). ^e Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ^f In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

(vgl. Abb. 15). In der zweiten Jahreshälfte 2022 dürfte sich die deutsche Wirtschaft dann wieder mit kräftigeren Raten von 1,2% sowie 1,4% erholen und dann langsam auf durchschnittliche Zuwächse einschwenken. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in

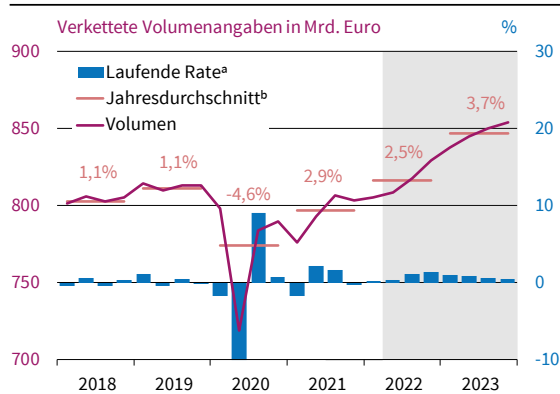
diesem Jahr um 2,5% und im kommenden Jahr um 3,7% zulegen. Diese Wachstumsraten liegen innerhalb der Bandbreite der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022, in der wegen der hohen Unsicherheit über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zwei Sze-

narien gerechnet wurden (vgl. Box »Zur Revision der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022«).

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die zu prognostizierende Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen (vgl. Abb. 16). Zur Berechnung der konkreten Intervalle für die Jahre 2022 und 2023 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2021 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne z.B. für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt, $\pm 0,6$ Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 2,5% reicht das Intervall also von 1,9% bis 3,1%. Die Punktprognose von 2,5% stellt den mittleren Wert dar (vgl. orange Linie in Abb. 16). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall auf $\pm 2,3$ Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von 3,7% reicht das 68%-Prognoseintervall dann von 1,4% bis 6,0%.

Abb. 15

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Der Arbeitsmarkt dürfte seine Erholung von der Coronakrise zwar fortsetzen. Allerdings wird die Dynamik aufgrund des Krieges in der Ukraine, der Liefer-

ZUR REVISION DER IFO KONJUNKTURPROGNOSE FRÜHJAHR 2022

Bei der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022 wurden zwei Szenarien in Betracht gezogen, um den Unwägbarkeiten im Hinblick auf den weiteren Verlauf des Krieges in der Ukraine, der wenige Wochen zuvor begann, Rechnung zu tragen. Das Basisszenario ging von einer nur vorübergehenden Zunahme der Rohstoffpreise, Lieferengpässe und Unsicherheit aus. Im Alternativszenario sollte sich die Situation zunächst noch verschärfen, bevor ab der Jahresmitte eine allmähliche Entspannung einsetzen sollte. Aus heutiger Sicht war die tatsächliche Entwicklung wohl am ehesten in der Mitte beider Szenarien. Während die Rohöl- und Nahrungsmittelpreise eher dem Alternativszenario folgten, entwickelten sich die Erdgaspreise eher wie im Basisszenario. Die Unsicherheit nahm zwar zu, blieb aber im Vergleich zu früheren Krisen deutlich niedriger und nahm in den vergangenen Wochen wieder ab. Die Lieferengpässe verschärfen sich hingegen, allerdings weniger infolge des Krieges in der Ukraine, sondern aufgrund der Lockdowns in China, deren Ausmaß so im März nicht erwartet wurde.

Vor diesem Hintergrund revidiert das ifo Institut seine Prognose für das jahresdurchschnittliche preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 im Vergleich zum Basisszenario der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022 um 0,6 Prozentpunkte nach unten und liegt damit um 0,3 Prozentpunkte über der Prognose des Alternativszenarios (vgl. Tab. 5). Maßgeblich für die Anpassung des Basisszenarios ist eine Korrektur des Außenbeitrages, was insbesondere auf eine schwä-

chere Entwicklung der Exporte zurückzuführen ist. Hier wurde die jahresdurchschnittliche Prognose um 1,2 Prozentpunkte nach unten gesetzt. Beim Import ergeben sich hingegen nur marginale Änderungen.

Die Korrektur der Exporte ist dabei vor allem auf eine Revision der statistischen Ausgangsbasis zurückzuführen. Laut aktuellen Angaben der amtlichen Statistik beträgt der revisionsbedingte Korrekturbedarf für die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate allein 0,9 Prozentpunkte (vgl. Tab. 6). Darüber hinaus hat das ifo Institut aufgrund eines sich eintrübenden weltwirtschaftlichen Umfeldes die Verlaufsraten bei den Ausfuhren im zweiten und dritten Quartal 2022 nach unten gesetzt (-0,3 und -0,1 Prozentpunkte) und die kräftige Erholung zeitlich nach hinten verschoben (viertes Quartal 2022: +0,2 Prozentpunkte). Maßgeblich hierfür sind die durch die hohen Preisanstiege schwächelnden Auftragseingänge aus dem Ausland seit Jahresende 2021.

Hinzu kommt auf der Seite der Inlandsnachfrage eine erheblich schwächere Dynamik bei den Bruttoanlageinvestitionen; der gesamte Effekt für die Inlandsnachfrage ist jedoch null, da insbesondere die Vorratsveränderungen einen kräftigen Wachstumsbeitrag im ersten Quartal 2022 lieferten. Mit der üblichen Annahme der Glattstellung der Läger überträgt sich der kräftige Beitrag zu Jahresbeginn ceteris paribus auf die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate. Das ifo Institut hat vor allem die Dynamik der Bruttoinvestitionen im zweiten Quartal 2022 herabgesetzt. Ursäch-

Tab. 5

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2022

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022		ifo Konjunkturprognose Sommer 2022		Prognosekorrektur für 2022	
	Prognosewerte für 2022		Prognosewerte für 2022		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Basisszenario (Alternativszenario)		Basisszenario (Alternativszenario)		Basisszenario (Alternativszenario)	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (1)	Wachstums- beitrag in %-Punkten ^a (2)	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (3)	Wachstums- beitrag in %-Punkten ^a (4)	Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6)
Inlandsnachfrage	4,1 (3,1)	3,9 (3,0)	4,1	3,9	0,0 (1,0)	0,0 (0,9)
Privater Konsum	5,0 (3,7)	2,5 (1,8)	4,8	2,4	-0,2 (1,1)	-0,1 (0,6)
Staatlicher Konsum	0,3 (0,3)	0,1 (0,1)	0,3	0,1	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)
Bauten	2,7 (2,5)	0,3 (0,3)	1,6	0,2	-1,1 (-0,9)	-0,1 (-0,1)
Ausrüstungen	3,9 (0,0)	0,2 (0,0)	0,3	0,0	-3,6 (0,3)	-0,2 (0,0)
Sonstige Anlageinvestitionen	5,2 (4,8)	0,2 (0,2)	1,2	0,0	-4,1 (-3,6)	-0,2 (-0,2)
Vorratsveränderungen	-	0,6 (0,6)	-	1,2	-	0,6 (0,6)
Außenbeitrag	-	-0,8 (-0,8)	-	-1,4	-	-0,6 (-0,6)
Ausfuhr	4,1 (3,8)	1,9 (1,8)	2,9	1,4	-1,2 (-0,9)	-0,6 (-0,4)
Einfuhr	6,5 (6,2)	-2,7 (-2,6)	6,6	-2,8	0,1 (0,4)	0,0 (-0,2)
Bruttoinlandsprodukt	3,1 (2,2)	3,1 (2,2)	2,5	2,5	-0,6 (0,3)	-0,6 (0,3)

^a Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

lich für diese Entscheidung sind einerseits die dämpfenden Effekte des Ukraine-Krieges. Investitionen in neue Anlagen durch inländische oder ausländische Unternehmen werden aufgrund der erhöhten Unsicherheit aller Voraussicht nach in die Zukunft verschoben und sich wohl erst im kommenden Jahr entfalten. Andererseits bremst die neuerliche Verschärfung der Lieferengpässe sowohl in der Industrie als auch im Baugewerbe eine durch die hohen Auftragsbestände mögliche kräftige Erholung. Hinzu kommt der starke Preisauftrieb, der für sich genommen die wirtschaftliche Aktivität dämpft.

Eine geringe Korrektur hat das ifo Institut bei den privaten und keine Änderungen bei den öffentlichen Konsumausgaben vorgenommen. Jedoch verdecken

die Revisionen der Jahresrate erhebliche Differenzen beim Verlauf bzw. der statistischen Ausgangsbasis. Die Jahresdurchschnittsrate der preisbereinigten privaten Konsumausgaben hat das ifo Institut lediglich um 0,2 Prozentpunkte reduziert. Insgesamt ist der Verlauf unverändert geblieben, mit einer geringen Korrektur zum Jahresende. Hinzu kommt eine Korrektur nach unten aufgrund des Prognosefehlers im ersten Quartal 2022. Hier ist das ifo Institut von einer Zunahme der privaten Konsumausgaben von 0,4% ausgegangen. Realisiert hat sich nach aktuellem Rechenstand eine -0,1%. Relativiert wird die Korrektur durch eine Verbesserung der statistischen Ausgangsbasis, die für sich genommen derzeit die Jahresdurchschnittsrate um 0,5 Prozentpunkte anhebt. Das ifo Institut

Tab. 6

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2022

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V)	Prognoseanpassung ^c				
		Revision ^a der VGR (I)	Prognosefehler ^b (II)	2. Quartal (III)	3. Quartal (IV)	4. Quartal (V)
Inlandsnachfrage	0,0	0,0	0,2	- 0,2	0,0	0,0
Privater Konsum	- 0,2	0,5	- 0,6	0,0	0,0	- 0,1
Staatlicher Konsum	0,0	- 0,8	0,1	0,5	0,3	0,0
Bauten	- 1,1	- 0,8	2,5	- 2,7	- 0,3	0,1
Ausrüstungen	- 3,6	- 0,2	1,1	- 3,8	- 0,7	- 0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	- 4,1	0,0	- 3,7	- 0,6	0,1	0,1
Vorratsveränderungen ^d	0,6	0,1	0,2	0,3	0,0	0,0
Außenbeitrag^d	- 0,6	0,0	- 0,4	- 0,3	0,0	0,1
Ausfuhr	- 1,2	- 0,9	- 0,1	- 0,3	- 0,1	0,2
Einfuhr	0,1	- 1,0	0,9	0,4	- 0,2	0,0
Bruttoinlandsprodukt	- 0,6	0,0	- 0,2	- 0,5	0,0	0,1

^a Beitrag der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch das Statistische Bundesamt. ^b Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das erste Quartal des Jahres 2022 aus der ifo Frühjahrsprognose 2022 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. ^c Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das zweite bis vierte Quartal des Jahres 2022. ^d Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

hat sich – trotz der anhaltend hohen Inflation – dazu entschlossen, die realen privaten Konsumausgaben mehr oder weniger unverändert zu lassen und dafür die Ersparnisse der Haushalte stärker zu reduzieren als noch im Frühjahr. Der Grund hierfür ist in der Ausgabenbereitschaft der Haushalte zu sehen, die aufgrund des Verzichts im Zuge der Coronakrise deutlich erhöht sein dürfte.

Die Prognoserevision beim preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt ergibt sich insbesondere durch die Korrektur der Verlaufsrate im zweiten Quartal 2022.

In seiner Frühjahrsprognose rechnete das ifo Institut mit einem Zuwachs im laufenden Vierteljahr von 1,0%. In der vorliegenden Prognose wird die Rate auf 0,4% herabgesetzt. Für sich genommen drückt dies die Jahresdurchschnittsrate um 0,5 Prozentpunkte. Die hauptsächlichen Gründe sind im Ukraine-Krieg sowie den neuerlichen Verschärfungen der Lieferengpässe zu sehen, was die Erholung in der Industrie und im Baugewerbe ausbremst. Kräftigere Schübe sind hier wohl erst in der zweiten Jahreshälfte 2022 und im Jahr 2023 zu erwarten.

engpässe bei wichtigen Vor- und Zwischenprodukten und des sich verstärkenden Fachkräftemangels spürbar nachlassen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahr 2022 um etwa 626 000 und im Jahr 2023 um 190 000 zunehmen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahr wohl um etwa 302 000 Personen unter dem Vorjahreswert liegen, ehe sie im kommenden Jahr um weitere 24 000 zurückgehen dürfte. In der Folge fällt die Arbeitslosenquote von 5,7% im vergangenen Jahr auf 5,0% im Durchschnitt der Jahre 2022 und 2023.

Die Finanzpolitik ist in diesem Jahr durch die umfangreichen Entlastungspakete bestimmt. Demgegenüber steht jedoch der Wegfall coronabedingter Ausgaben und Unterstützungsmaßnahmen, so dass die Finanzpolitik insgesamt neutral ausgerichtet ist. Im Jahr 2023 dürfte der finanzpolitische Impuls dann mit dem Wegfall vieler Maßnahmen leicht restriktiv werden. Das staatliche Finanzierungsdefizit wird sich in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr auf etwa 65 Mrd. Euro halbieren. Dieser Trend wird sich auch im Jahr 2023 fortsetzen. Das Defizit wird dann bei

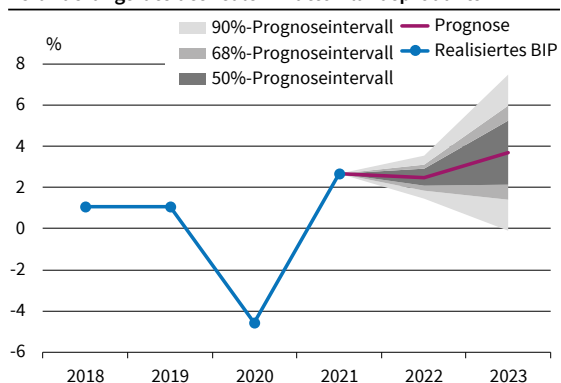
nur noch knapp 12 Mrd. Euro liegen. Der staatliche Bruttoschuldenstand wird aufgrund geringerer Defizite und eines spürbaren Wachstums des nominalen Bruttoinlandsprodukts auf 62,6% im Jahr 2023 sinken.

FINANZPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Das finanzpolitische Umfeld in diesem Sommer ist durch die umfangreichen Entlastungspakete bestimmt, die die Bundesregierung insbesondere aufgrund der steigenden Energiepreise im Frühjahr 2022 auf den Weg gebracht hat. Die Maßnahmen des ersten Entlastungspakets wurden bereits kurz vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine Ende Februar beschlossen. Darin enthalten waren neben steuerlichen Maßnahmen (Anhebung Grundfreibetrag, Arbeitnehmerpauschbetrag, Pendlerpauschale) auch die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage und ein einmaliger Heizkostenzuschuss für Wohngeldbeziehende. Das zweite Entlastungspaket umfasst noch umfangreichere Maßnahmen, die vor allem kurzfris-

Abb. 16

Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

tig die privaten Haushalte aufgrund der im Zuge des Krieges in der Ukraine nochmals gestiegenen Energiepreise entlasten sollen. Der fiskalisch bedeutendste Teil ist dabei die Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro für einkommensteuerpflichtige Arbeitnehmer und Selbständige, was den Staatshaushalt mit

einer Summe im zweistelligen Milliardenbereich belasten wird. Darüber hinaus wirken die als Tankrabbat bekannte temporäre Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und das Neun-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr, die jeweils von Juni bis August gelten, expansiv. Zusätzlich zu diesen breit angelegten Maßnahmen sollen durch Einmalzahlungen für Empfänger*innen von ALG II und Sozialhilfe in Höhe von 200 Euro sowie für Personen mit ALG I-Bezug in Höhe von 100 Euro Bevölkerungsgruppen unterstützt werden, die besonders von den steigenden Energiepreisen getroffen werden. Ergänzt wird das zweite Entlastungspaket von einem Kinderbonus, der wie schon die Boni während der Coronakrise 100 Euro pro Kind betragen wird. Insgesamt dürfte der expansive Impuls der Entlastungspakete zwischen 35 und 40 Mrd. Euro über die Jahre 2022 und 2023 betragen, wovon ein Großteil im laufenden Jahr wirkt und die Konjunktur stimuliert (vgl. Box »Zu den konjunkturellen Auswirkungen der Entlastungspakete«).

Neben den Entlastungspaketen hat die Bundesregierung weitere ausgabenwirksame Maßnahmen

ZU DEN KONJUNKTURELLEN AUSWIRKUNGEN DER ENTLASTUNGSPAKETE

Die Auswirkungen der Entlastungspakete auf die Gesamtwirtschaft wurden mit Hilfe des ifo-DSGE-Modells untersucht. Bei dem ifo-DSGE-Modell handelt es sich um ein umfassendes makroökonomisches Modell, das aus drei mikrofundierten Regionen – Deutschland, dem Rest des Euroraums und dem Rest der Welt – besteht (vgl. Šauer 2022). Reale und nominale Friktionen gewährleisten, dass das Modell bei Simulationsrechnungen realistische Anpassungsdynamiken entfaltet. Die Simulationsergebnisse basieren auf einer aktuellen Parameterschätzung. Die Entlastungspakete wurden im Modell als Fiscal-News-Shocks implementiert. Im ersten Quartal 2022 erhielten ökonomische Agenten vom Koalitionsausschuss Informationen über die Ausgestaltung der Entlastungspakete. Sie kennen das Timing der Maßnahmen und sind in der Lage zwischen temporären und permanenten Maßnahmen zu unterscheiden. Des Weiteren wurde die übliche Annahme einer aktiven Geldpolitik und einer passiven Fiskalpolitik getroffen. Die Inflationsrate wird durch Zentralbanken kontrolliert. Auf Mehrausgaben be-

ziehungsweise Mindereinnahmen reagiert der Fiskus entweder mit einer Neuverschuldung oder mit einer Erhöhung der Lump-Sum-Besteuerung.

Aus Modellierungsgründen wurden die Maßnahmen der Entlastungspakete in zwei Gruppen unterteilt. Die permanente Abschaffung der EEG-Umlage, die temporäre Senkung der Energiesteuer und die temporäre Einführung des Neun-Euro-Tickets stellen aus Sicht des Modells Preissenkungsmaßnahmen dar. Alle anderen Maßnahmen wurden im Modell als Einkommensstützungsmaßnahmen abgebildet. Insgesamt dürften die beiden Entlastungspakete das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 6,7 Mrd. Euro in diesem Jahr und um 7,9 Mrd. Euro im nächsten Jahr steigern (vgl. Tab. 7). Damit dürfte sich die Jahreswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte beschleunigen. Da das erhöhte Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2023 durch die Entlastungspakete in etwa gehalten wird, ist der Effekt auf die Jahreswachstumsrate vernachlässigbar.

Tab. 7

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der beiden Entlastungspakete

	2022	2023
Entlastungspakete in Mrd. Euro	27,0	11,7
Anstieg des preisbereinigten BIP in Mrd. Euro	6,7	7,9
Effekt auf die Jahreswachstumsrate des preisbereinigten BIP in Prozentpunkten	0,2	0,0

Quelle: ifo-DSGE-Modell; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

beschlossen, die insbesondere zur humanitären und militärischen Unterstützung der Ukraine dienen. Analog zu den Entlastungen bei den privaten Haushalten werden auch Mittel für Unternehmen bereitgestellt, die sich hohen Zusatzkosten aufgrund der gestiegenen Energiepreise konfrontiert sehen. Im Hinblick auf die inländischen Militärausgaben hat der Krieg in der Ukraine die vielzitierte »Zeitenwende« ausgelöst. Sowohl aufgrund der erhöhten Mittel im Bundeshaushalt 2022 als auch in Folge des Sondervermögens »Bundeswehr« dürften die Verteidigungsausgaben im Prognosezeitraum deutlich zunehmen.

Daneben belasten weitere Maßnahmen den Staatshaushalt im Jahr 2022. Steuerliche Instrumente, die während der Coronakrise eingeführt wurden, wie die Möglichkeit zur Abschreibung von beweglichen Wirtschaftsgütern, bleiben bestehen. Ausgaben für die Grundrente oder zur Abfederung der Schäden der Flutkatastrophe 2021 werden sich nochmal etwas erhöhen.

Den expansiven Maßnahmen steht eine Reihe von Entlastungen des Staatshaushalts gegenüber, die vor allem mit dem Abschwächen der Coronakrise zusammenhängen. Der größte Posten dabei umfasst die zahlreichen finanziellen Hilfen für Unternehmen und Haushalte, die zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise eingeführt wurden, wie z.B. die Überbrückungs- und Soforthilfen. Teile dieser Programme laufen allerdings auch in diesem Jahr noch weiter. Zudem dürften die coronabedingten Ausgaben im Gesundheitssektor wieder zurückgehen, auch wenn weiterhin beispielsweise Impfstoffe beschafft werden. Auch die Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld werden Mitte des Jahres auslaufen und zusammen mit der rückläufigen Inanspruchnahme zu deutlichen Minderausgaben führen.

Im Jahr 2023 entfallen die coronabedingten Unterstützungsmassnahmen komplett, auch in der Gastronomie gilt dann wieder der reguläre Mehrwehrtsteuersatz. Die Einmalzahlungen aus den Entlastungspaketen fallen im Vorjahresvergleich ebenfalls ins Gewicht. Einnahmenseitig sorgen darüber hinaus die jährliche Erhöhung des CO₂-Preises und die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung zu Mehreinnahmen. Im Gegensatz dazu führen andere steuerliche Maßnahmen, wie die Abzugsfähigkeit von Beiträgen zur Rentenversicherung oder das vierte Corona-Steuerhilfegesetz zu Mindereinnahmen. Darüber hinaus dürfte es aufgrund des erhöhten allgemeinen Preisniveaus einen deutlichen Ausgleich der kalten Progression durch die Anpassung des Einkommensteuertarifs im Jahr 2023 geben. Weiterhin wird in dieser Prognose ein stetiger Anstieg der Verteidigungsausgaben sowie ein erhöhter Abfluss der Mittel aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) zur Finanzierung investiver Maßnahmen unterstellt, der in Zukunft unter dem Namen Klima- und Transformationsfonds (KTF) firmiert. Schließlich dürfte sich im Jahr 2023 auch die Abschaffung der EEG-Umlage deutlicher durch-

schlagen und der Staat Erzeugern von erneuerbaren Energien die Mindestvergütung sichern.

Insgesamt werden sich die umfangreichen Belastungen und Entlastungen des Staatshaushalts im Jahr 2022 nahezu neutralisieren. Im Jahr 2023 dürfte der finanzpolitische Impuls dann leicht restriktiv ausfallen und knapp 0,3% des Bruttoinlandsprodukts betragen (vgl. Tab. 8).

HOHE INFLATION SETZT EZB UNTER ZUGZWANG

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat zuletzt ihre geldpolitische Kommunikation deutlich angepasst und einen strafferen geldpolitischen Kurs angekündigt. Angesichts der anhaltend hohen Inflationsraten im Euro-Währungsgebiet von zuletzt 8,1% will sie nun zügig die geldpolitischen Zügel anziehen. Bereits in den letzten Monaten hat die Notenbank die Nettoankäufe im Rahmen des Wertpapierankaufprogramms (APP) schrittweise reduziert. Bei ihrer Sitzung im Juni hat sie nun ein Ende der Ankäufe ab 1. Juli beschlossen. Zudem hat die EZB angekündigt, bei ihrer nächsten Sitzung im Juli die Leitzinsen zum ersten Mal seit elf Jahren um 25 Basispunkte anzuheben. Ein weiterer Zinsschritt soll im September folgen. Damit dürfte der Einlagesatz für Banken, der momentan noch bei -0,5% liegt, zum Ende des dritten Quartals den negativen Bereich verlassen. Auch die anderen Leitzinssätze der EZB, der Hauptrefinanzierungssatz und der Spitzenrefinanzierungssatz, dürften diesen Schritten folgen und von ihrem aktuellen Niveau von 0,0% bzw. 0,25% steigen. Neben den steigenden Leitzinsen erhöht auch das geplante Auslaufen der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III) im Juni die Refinanzierungskosten der Banken.

Trotz der geplanten geldpolitischen Anpassung dürfte die EZB-Bilanz vorerst nicht schrumpfen, da die Tilgungsbeträge der im Rahmen der Ankaufprogramme erworbenen Wertpapiere zunächst reinvestiert werden sollen. Wie die EZB zuletzt betonte, will sie stattdessen die Leitzinsen als wichtigste Instrumente zur Anpassung des geldpolitischen Kurses nutzen. Die EZB macht die weitere geldpolitische Straffung davon abhängig, ob ihre Inflationsprognosen schon deutlich vor dem Ende ihres Projektionszeitraums im Jahr 2024 bei mindestens 2% liegen und auf diesem Niveau in der mittleren Frist verbleiben.

In Erwartung steigender Leitzinsen haben die Kredit- und Kapitalmärkte bereits deutlich reagiert. So stiegen die Renditen zehnjähriger deutscher Bundesanleihen seit Jahresbeginn um mehr als 100 Basispunkte auf 1,1% im Mai (vgl. Abb. 17 A), wobei sich die Renditen der Staatsanleihen anderer Euroländer insgesamt noch stärker erhöhten. Neben den erwarteten Leitzinsanhebungen dürfte hier auch das schrittweise Zurückfahren der Nettoankäufe im Rahmen der Anleiheankaufprogramme der EZB eine Rolle gespielt haben. Noch stärker als die Renditen

Tab. 8

Finanzpolitische Maßnahmen^a

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b		
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung und steigende Abzugsfähigkeit von RV-Beiträgen ab 2023	0,4	- 2,8
Tarifverschiebung 2023 / Abbau kalte Progression	0,0	- 11,4
Erhöhung Penderpauschale rückwirkend zum 1.1.2022	0,0	- 0,3
Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags rückwirkend zum 1.1.2022	- 1,7	0,4
Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommenssteuer rückwirkend zum 1.1. 2022	- 2,7	- 0,4
Anhebung des Sparerpauschbetrags zum 1.1.2023	0,0	- 0,4
Absenkung der Energiesteuer von Juni bis August 2022	- 3,1	3,1
Zweites Familienentlastungsgesetz (inkl. Tarifverschiebung)	- 4,4	- 0,7
Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie bis 31.12.2022	- 1,1	2,9
Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	- 1,0	- 1,0
Anhebung der Tabaksteuer	1,8	0,6
Superabschreibungen (Koalitionsvertrag)	0,0	- 0,5
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computerhardware und Software	- 3,8	0,8
Wiedereinführung degressive Abschreibung	- 3,6	- 1,9
CO ₂ -Bepreisung in Verkehr und Wärme	1,5	2,0
Zusätzliche steuerliche Maßnahmen (Beschluss des Klimakabinetts)	- 0,5	- 0,2
Teilabschaffung Solidaritätszuschlag	- 1,4	- 0,4
Viertes Corona-Steuerhilfegesetz	- 0,2	- 3,5
Alterseinkünftegesetz	- 1,5	- 1,5
Fondsstandortgesetz	- 0,3	- 0,2
Erstes Familienentlastungsgesetz	- 0,2	- 0,2
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge	- 0,9	- 0,2
Sonstige steuerliche Maßnahmen ^c	- 1,0	- 3,0
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. 1. 2022	- 0,3	0,0
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkte zum 1. 1. 2022	1,0	0,0
Erhöhung des Beitragszuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. 1. 2022	0,4	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. 1. 2023	0,0	2,6
Erhöhung der Minijobgrenze zum 1. 10. 2022	- 0,2	- 0,6
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Energiepreispauschale (Nettoeffekt)	- 10,4	10,4
Corona-Hilfen	41,0	10,0
Ausgaben für Tests, Schutzausrüstung, Impfungen, Impfzentren	8,3	8,1
Kinderbonus 2022	- 1,9	2,3
Einmalzahlung an Transferempfänger ^d	- 1,8	1,8
Kindersofortzuschlag	- 0,2	- 0,2
Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher	- 0,4	0,4
Erhöhung der Regionalisierungsmittel (Neun-Euro-Ticket, Corona-Ausgleich)	- 3,7	3,7
Zusätzliche Ausgaben des EKf/KTF	- 2,5	- 6,0
Mehrausgaben für Verteidigung	- 4,0	- 9,0
Strukturstärkungsgesetz: Kohleregionen	- 0,5	- 1,3
Abschaffung EEG-Umlage	0,0	- 3,3
Zuschuss für Unternehmen mit hohen Zusatzkosten aufgrund gestiegener Erdgas- und Strompreise	- 4,0	4,0
Pflegebonus 2022	- 1,0	1,0
Gute KiTa-Gesetz	- 0,5	1,0
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	0,0	2,5
Soforthilfe und Wiederaufbaufonds »Aufbauhilfe 2021«	- 2,0	- 0,5
Aufstockung der Gasreserve	- 1,5	1,5
Ertüchtigungshilfe Ukraine	- 2,0	2,0
Erhöhung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn und Senkung der Trassenpreise im Fernverkehr	4,1	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Arbeit-von-morgen-Gesetz	- 0,2	0,0
Anpassung der Renten Ost	- 0,5	- 0,5
Grundrente	- 1,8	0,8
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	- 1,3	- 0,8
Einmalzahlung an ALG I-Empfänger	- 0,1	0,1
Leistungsausweitung Kurzarbeit	7,1	2,1
Wiedereinführung Nachhaltigkeitsfaktors	1,2	0,0
Insgesamt	- 1,6	13,4
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	0,0	0,3

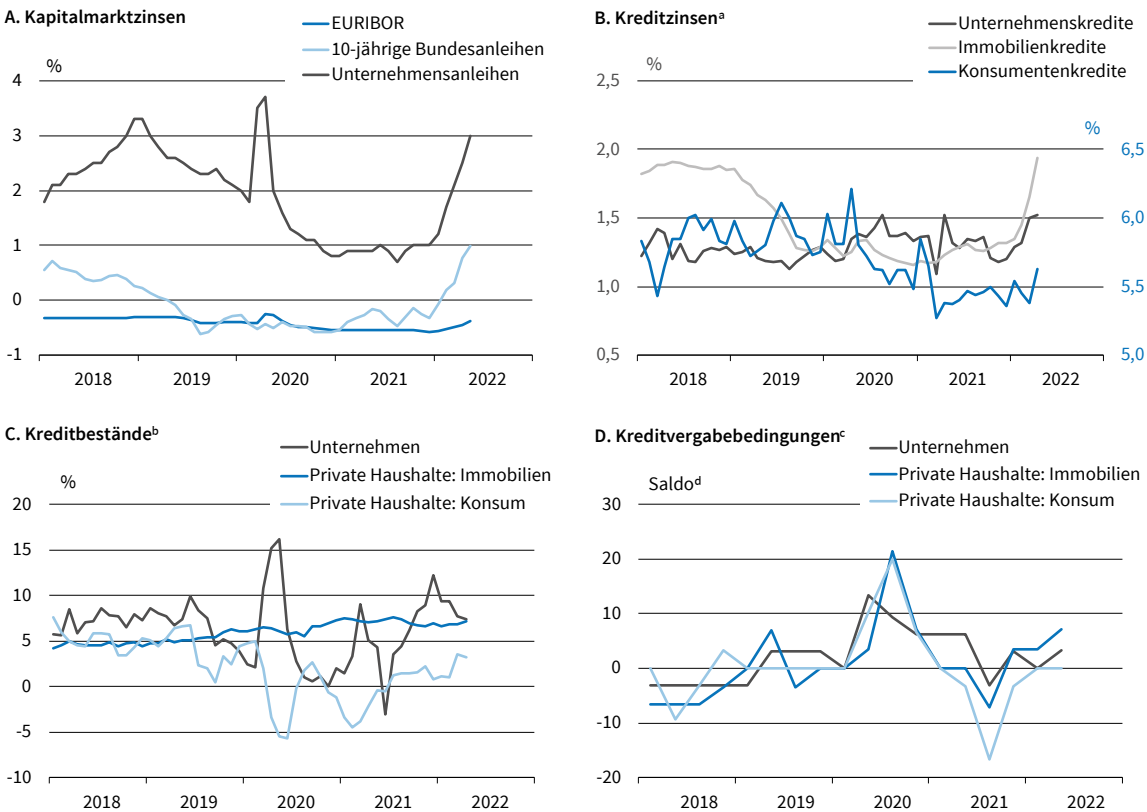
^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. ^c ATAD-Umsetzungsgesetz, steuerliche Förderung des Mietwohnneubaus, Modernisierung der Körperschaftsteuerrechts, Änderung des Rennwett- und Lotteriesteuergesetzes, Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm, BMF-Schreiben zur Steuerbefreiung von Arbeitgeberhilfen, Änderung Kfz-Steuergesetz, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen, Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet, Abzugssteuer Entlastung. ^d Ohne Berücksichtigung des Übergangs in den Rechtskreis SGB II/XII von Geflüchteten aus der Ukraine.

Quelle: Bundesregierung; Finanzministerien der Länder; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

Abb. 17

Zur monetären Lage in Deutschland



^a Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.
^b Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt). ^c Kreditvergabebedingungen in den vergangenen drei Monaten (Bank Lending Survey).
^d Saldo der Einschätzungen »verschärft« minus »gelockert« in %.
 Quelle: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

der Staatsanleihen stiegen die Umlaufrenditen deutscher Unternehmensanleihen. Diese erhöhten sich im laufenden Jahr um rund 200 Basispunkte auf aktuell 3,0%. Diese Entwicklungen am Kapitalmarkt spiegelt auch der Kreditmarkt mit etwas Verzögerung wider. Die Zinsen für Unternehmenskredite waren im April mit 1,5% um rund 0,3 Prozentpunkte höher im Vergleich zum Tiefpunkt Ende letzten Jahres (vgl. Abb. 17 B). Noch deutlicher kletterten die Kreditzinsen für Immobilien. Sie stiegen von 1,4% im Januar auf 2,0% im April und dürften seitdem noch weiter angezogen haben. Somit haben sich die Finanzierungskosten deutscher Unternehmen und Haushalte seit Jahresbeginn signifikant erhöht, wenngleich diese aufgrund der gestiegenen Inflationsrate real noch immer recht günstig sind.

Unbeeindruckt von den anziehenden Zinsen expandierte die Kreditvergabe an den Privatsektor in den ersten Monaten des laufenden Jahres immer noch kräftig (vgl. Abb. 17 C). So erhöhte sich der Bestand von Unternehmenskrediten weiterhin, auch wenn eine leicht abnehmende Dynamik erkennbar ist. Laut Umfrage unter den Geschäftsbanken (Bank Lending Survey) spielten dabei Zinssicherungsmotive sowie höhere Lagerhaltung vonseiten der Unternehmen eine Rolle. Auch die Immobilienkredite haben ihr

Wachstum ungebremst fortgesetzt. Jedoch gaben die Geschäftsbanken an, dass sie die Kreditvergabebedingungen im Wohnbausektor zuletzt verschärft haben. Dazu beigetragen haben dürfte auch die Einführung eines sektoralen Systemrisikopuffers für Wohnimmobilienkredite auf Anordnung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Mit Hilfe dieses Puffers in Höhe von 2,0% der risikogewichteten Aktiva sollen die Banken widerstandsfähiger gegenüber gestiegenen Risiken am Wohnimmobilienmarkt werden. Laut Bundesbank sind Immobilien in deutschen Städten zwischen 15% und 40% überbewertet (vgl. Deutsche Bundesbank 2022).

Im Prognosezeitraum dürfte die EZB aufgrund der weiterhin erhöhten Inflationsdynamik die geldpolitischen Zügel anziehen und – neben den bereits angekündigten Schritten – in diesem und nächstem Jahr weitere Zinserhöhungen vornehmen. Somit wird der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte Ende 2022 wohl bei 1,0% und Ende 2023 bei 2,0% liegen. Damit einhergehend werden die Renditen auf zehnjährige Bundesanleihen im Prognosezeitraum auf rund 2,5% steigen. Die Umlaufrenditen für Unternehmensanleihen und die Kreditzinsen folgen entsprechend, so dass die Finanzierungskosten der Unternehmen und Haushalte nominal deutlich steigen.

Tab. 9

Annahmen der Prognose
Jahresdurchschnitte

	2021	2022	2023
Ölpreis US-Dollar/Barrel (Brent)	70,7	107,8	96,3
Welthandel ^a	10,3	2,8	3,9
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,18	1,08	1,07
Hauptrefinanzierungssatz der EZB	0,00	0,38	1,63

^a Preisbereinigt; Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die vorliegende Prognose basiert auf der Annahme, dass sich der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent in diesem Jahr durchschnittlich auf 107,8 US-Dollar und im nächsten Jahr auf 96,3 US-Dollar beläuft (vgl. Tab. 9). Außerdem wird angenommen, dass der Euro im laufenden Jahr durchschnittlich 1,08 US-Dollar und im kommenden Jahr 1,07 US-Dollar kostet.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes dürfte sich in diesem Jahr um 1,4% verbessern (vgl. Abb. 18). Die deutsche Exportwirtschaft wird dank der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Renminbi ihre Wettbewerbsposition ausbauen können. In den letzten zwölf Monaten wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar um 12,9% und gegenüber dem Renminbi um 9,3% ab. Unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im nächsten Jahr nochmals um 0,4% verbessern. Aller Voraussicht nach wird Deutschland hauptsächlich gegenüber Schwellenländern real abwerten, denn Volkswirtschaften wie die Türkei dürften auch im kommenden Jahr kräftige Inflationsraten verzeichnen.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, werden sich die jüngsten Lockdown-Maßnahmen in China negativ auf die Weltwirtschaft auswirken. Entsprechend stagniert der ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Expansionsraten der wichtigsten deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, im aktuellen Quartal (vgl. Abb. 18). Im weiteren Prognosezeitraum kehrt der Indikator zur Expansion zurück, die sich später im Zuge der unterstellten Entspannung der Lieferkettenproblematik leicht beschleunigt.

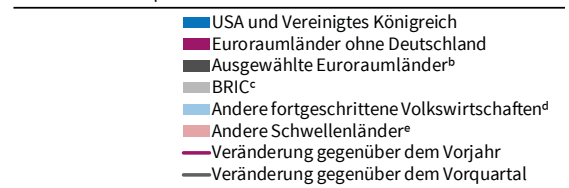
LIEFERENGÄSSE UND CORONA-ERHOLUNG SPALTEN GESAMTWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTION

Das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamts im ersten Quartal 2022 um 0,2% gegenüber dem Vorquartal gestiegen (vgl. Tab. 10). Jedoch kam es, unter Betrachtung der preisberei-

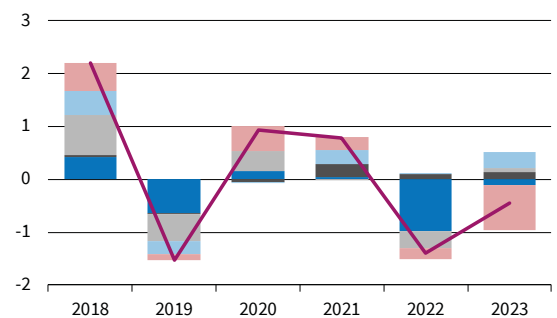
Abb. 18

Exportindikatoren

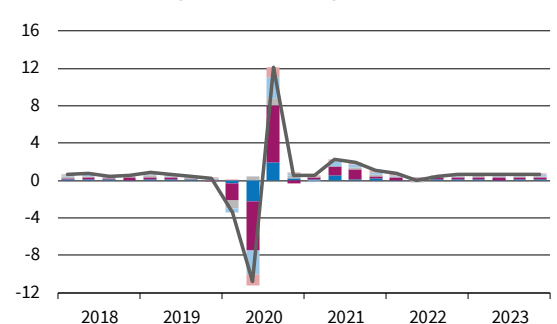
In % bzw. Prozentpunkten



A. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit^a



B. Expansionsbeiträge des Weltnachfrageindikators



^a Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

^b Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien.

^c Brasilien, Russland, Indien und China.

^d Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.

^e Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfonds; OECD;

Berechnungen des ifo Instituts;

2022 und 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

nigten Bruttowertschöpfung, zu einer kräftigen Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,7% im Vergleich zum Schlussquartal 2021. Damit hat das ifo Institut in seiner Frühjahrsprognose 2022 den Jahresauftakt 2022 sehr treffsicher eingeschätzt (vgl. Box »Zur Prognose des ersten Quartals 2022«). Maßgeblich für den positiven Jahresauftakt waren die kräftige Expansion im Baugewerbe (4,5%), im Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz (1,3%), der Sonstigen Dienstleister (6,2%) und die Ausweitung der Bruttowertschöpfung im Aggregat Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit (1,1%). Im Verarbeitenden Gewerbe hingegen stagnierte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung, was wohl maßgeblich auf den Krieg in der Ukraine und die daraus resultierenden ökonomischen Verwerfungen (z.B. neuerliche Zuspitzung der Lieferengpässe) zurückzuführen ist.

Im zweiten Quartal 2022 dürfte sich der Zuwachs der preis-, saison- und kalenderbereinigten Produktion mit 0,4% etwas beschleunigen. Jedoch ist die

Tab. 10

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen
Veränderung in %

	2021				2022				2023				2021 2022 2023		
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	Veränderung ggü. Vorjahr ^b		
	Veränderung ggü. Vorquartal ^a														
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,2	0,4	1,2	1,4	1,0	0,8	0,6	0,4	2,9	2,5	3,7
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	-0,9	1,6	2,3	-1,3	0,7	0,4	1,2	1,4	1,0	0,8	0,6	0,4	2,9	2,4	3,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-0,8	-0,8	-1,1	1,1	-0,4	-0,8	2,1	2,8	2,4	1,9	1,3	0,7	4,1	0,7	7,4
Verarbeitendes Gewerbe	-0,5	-1,1	-1,2	1,1	-0,1	-1,4	2,1	2,9	2,6	2,0	1,4	0,8	4,6	0,3	7,7
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-2,7	1,1	-0,7	1,4	-1,6	3,4	2,1	1,9	1,3	1,1	0,8	0,4	0,7	3,3	6,0
Baugewerbe	-4,8	2,1	-3,0	-2,1	4,5	-0,9	0,9	1,2	0,6	0,4	0,3	0,2	-1,7	1,6	1,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-2,4	2,1	6,0	-0,8	0,9	0,5	0,7	1,1	1,0	0,7	0,4	0,3	3,2	4,7	2,9
Information und Kommunikation	-0,3	0,4	1,2	1,7	0,5	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	3,2	3,3	2,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-1,1	1,2	1,5	-1,0	1,8	-1,0	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	-0,4	1,4	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	-0,3	1,1	-0,2	0,1	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,9	1,1	1,4
Unternehmensdienstleister	-0,2	4,2	3,7	-0,8	0,2	0,9	0,8	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	5,5	3,6	1,7
Öffentliche Dienstleister	-0,4	4,4	3,1	-4,2	1,1	1,4	1,3	1,2	0,6	0,6	0,5	0,3	3,1	2,4	3,2
Sonstige Dienstleister	2,8	0,1	13,8	-10,4	6,2	4,0	2,5	2,0	1,5	1,2	1,0	0,7	0,8	9,1	6,9

^a Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt; ^b Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab II/2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

ZUR PROGNOSE DES ERSTEN QUARTALS 2022

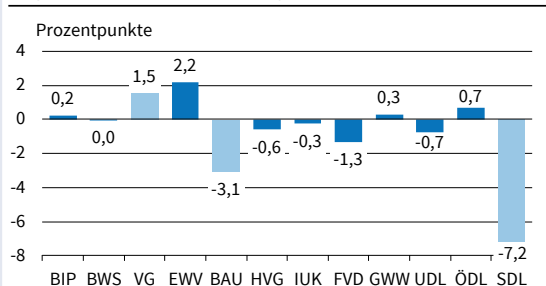
Die Prognose des ifo Instituts für das erste Quartal 2022 erwies sich nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamts als recht treffsicher. In seiner Konjunkturprognose Frühjahr 2022 ging das ifo Institut von einer Zunahme des preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0,46% gegenüber dem Vorquartal aus (vgl. Wollmershäuser et al. 2022). Nach aktuellem Rechenstand betrug der Anstieg 0,24%, was gerundet einem Prognosefehler von 0,2 Prozentpunkten entspricht (vgl. Abb. 19). Der Fehler ist dabei maßgeblich auf eine zu optimistische Einschätzung des Rückgangs bei den Nettogütersteuern zurückzuführen, da bei der Prognose der reale Bruttowertschöpfung eine Punktlandung erzielt wurde.

Jedoch offenbart der Blick in die Details, dass nicht für alle Wirtschaftsbereiche eine treffsichere Prognose formuliert wurde. So ist der Prognosefehler für den Bereich der Sonstigen Dienstleister mit 7,2 Prozentpunkten absolut gesehen am größten. In der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022 wurde angenommen, dass sich die Coronalage sowie die damit verbundenen Einschränkungen erst im März 2022 nachhaltig entspannen und damit die Bruttowertschöpfung in

den konsumnahen Dienstleistungsbereichen im ersten Quartal mehr oder weniger auf dem Niveau des Vorquartals stagniert. Während sich diese Annahme für das Gastgewerbe als adäquat herausstellte (Prognose: 0,0%, Realisation: -2,1%), stieg die Bruttowertschöpfung der Sonstigen Dienstleister unerwartet kräftig

Abb. 19

Prognosefehler der Entstehungsseite ifo für 2022Q1
Vergleich zur ersten Fortschreibung



Abkürzungen: BIP - Bruttoinlandsprodukt, BWS - Bruttowertschöpfung, VG - Verarbeitendes Gewerbe, EWW - Energie- und Wasserversorgung, BAU - Baugewerbe, HVG - Handel, Verkehr, Gastgewerbe, IUK - Information und Kommunikation, FVD - Finanz- und Versicherungsdienstleister, GWW - Grundstücks- und Wohnungswesen, UDL - Unternehmensdienstleister, ÖDL - Öffentliche Dienstleister, SDL - Sonstige Dienstleister.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

(6,2%). In der Frühjahrsprognose ist jedoch von einem geringen Rückgang i. H. v. 1,0% ausgegangen wurden.

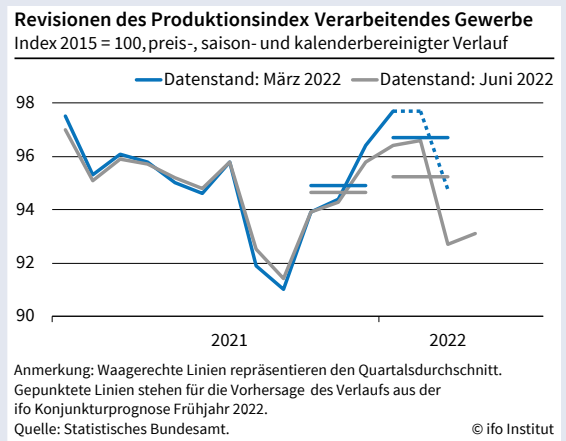
Ebenfalls unterschätzt wurde der Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Baugewerbe; hier betrug der Prognosefehler 3,1 Prozentpunkte. Im Vergleich zur Konjunkturprognose Winter 2021 hatte das ifo Institut, aufgrund der kräftigen Expansion der Bauproduktion im Januar 2022, seine Prognose für das erste Quartal im Frühjahr 2022 bereits angehoben. Jedoch ist es von einem erheblichen Witterungseffekt ausgegangen, so dass in der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022 von einem kräftigen Rücksetzer der Bauproduktion ausgegangen worden ist. Nach aktuellem Rechenstand der amtlichen Statistik kam es sowohl zu einem Rücksetzer der Bauproduktion in den Monaten Februar und März 2022 sowie einer Revision des starken Jahresauftakts. Jedoch fiel der Rückgang niedriger aus als in der ifo Frühjahrsprognose 2022 veranschlagt.

Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe wurde hingegen um 1,5 Prozentpunkte überschätzt. Das ifo Institut ging von einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung von 1,4% gegenüber dem Vorquartal aus. Nach aktuellem Rechenstand hat der industrielle Ausstoß lediglich stagniert (-0,1%). Entscheidend für die Einschätzung des ifo Instituts im Frühjahr 2022 war der damalige Rechenstand der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, der den zentralen Indikator zur Fortschreibung der Bruttowertschöpfung markiert. Zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022 lag dem ifo Institut ein Rechenstand vor, der kräftige Anstiege der preis-, saison- und kalenderbereinigten Produktion im Dezember 2021 und Januar 2022 auswies (vgl. »Datenstand: März 2022« in Abb. 20).

Dazu ging das ifo Institut von einer Stagnation der Produktion im Februar 2022 und einen – kriegsbedingten – kräftigen Rücksetzer im März 2022 aus

(gepunktete blaue Linie in Abb. 20), was sich nach aktuellem Rechenstand auch realisierte. Dieser vom ifo Institut im Frühjahr unterstellte Verlauf führte zu einer Zuwachsrate der Produktion im ersten Quartal 2022 von 1,9%, was sich in einem prognostizierten Anstieg der Bruttowertschöpfung von 1,4% in der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022 widerspiegelte. Nach aktuellem Rechenstand ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe jedoch im ersten Quartal lediglich um 0,6% expandiert, was einem Prognosefehler von 1,3 Prozentpunkten entspricht. Maßgeblich hierfür sind die kräftigen Revisionen der Werte für den Dezember 2021 und den Januar 2022. Mit dem neuen Wissensstand über die Monate Dezember 2021 und Januar 2022 hätte – unter Unterstellung des vom ifo Instituts prognostizierten Verlaufs der Produktion – der Prognosefehler lediglich 0,2 Prozentpunkte betragen (implizite Prognose: 0,8%). Somit kann ein Großteil des Prognosefehlers für das Verarbeitende Gewerbe im ersten Quartal 2022 durch erhebliche Revisionen seitens der amtlichen Statistik erklärt werden.

Abb. 20



konjunkturelle Erholung gespalten. Während der industrielle Ausstoß einen deutlichen Dämpfer erhalten dürfte, stützt die Erholung der konsumnahen Dienstleister produktionsseitig die deutsche Konjunktur. Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte die Bruttowertschöpfung im laufenden Vierteljahr voraussichtlich um 1,4% nachgeben. Nach dem kräftigen Rückgang der Produktion im März 2022 um 4,0% hat der Ausstoß im Verarbeitenden Gewerbe im April lediglich um 0,4% expandiert und lag damit deutlich unter dem Durchschnitt des Vorquartals. Für den Mai und Juni des laufenden Jahres wird eine Expansion der Produktion von 1,0% bzw. 0,7% unterstellt. Hierfür sprechen die jüngsten Zahlen des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) sowie die ifo Produktionsentwicklung und die ifo Produktionspläne vom Mai 2022. Einer kräftigeren Expansion entgegen wirken die sich neuerlich wieder zuspitzenden Lieferengpässe insbesondere

aufgrund der scharfen Corona-Maßnahmen in China und der Preisauftrieb auf vor- und nachgelagerten Produktionsstufen.

Die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe dürfte im zweiten Quartal des laufenden Jahres ebenfalls einen Dämpfer erhalten. Zum einen schlägt der hohe Preisauftrieb und die Verschärfung von Lieferengpässen auf die Bautätigkeit durch. Ausdruck findet diese Entwicklung u.a. in der Zahl der Auftragsstornierungen, die laut ifo Konjunkturumfrage auf einen neuen Höchstwert seit Anfang 2020 gestiegen sind. Aktuell geben knapp 12% aller befragten Baufirmen an, dass ihre Bautätigkeit durch Auftragsstornierungen behindert ist. Zum anderen dürfte sich die Produktion nach dem überaus kräftigen Jahresauftakt wohl normalisieren. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts lag die preis-, saison- und kalendereinigte Produktion im April um 2,1% unter ihrem Wert vom

März 2022; im Vergleich zum ersten Vierteljahr beträgt der Rückgang 2,3%. Aufgrund der insgesamt weiterhin guten Auftragslage geht das ifo Institut von geringen Zuwächsen der Produktion im Mai und Juni 2022 aus. Unter dieser Maßgabe dürfte die preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal 2022 um 0,9% sinken.

Bei der Dienstleistungskonjunktur zeigt sich ebenfalls eine gespaltene Konjunktur. Während sich das Geschäftsklima bei den konsumnahen Dienstleistern anhaltend aufhellt, bewegt sich der Index bei den unternehmensnahen Dienstleistern seit Ende des Jahres 2021 seitwärts (vgl. Abb. 14). Im zweiten Quartal 2022 dürfte vor allem die Expansion in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen die konjunkturelle Erholung stützen. So zeigt sich im Gastgewerbe eine sehr dynamische Entwicklung. Bereits im März 2022 lag der reale Umsatz mit 8,7% über dem Durchschnitt der Monate Januar und Februar des laufenden Jahres. Zudem hat sich die ifo Geschäftslage in diesem Wirtschaftsbereich im April und Mai spürbar verbessert und liegt mittlerweile wieder recht deutlich im positiven Bereich. Auch die Sonstigen Dienstleister sowie die Reisebüros, die im Aggregate »Unternehmensdienstleister« verbucht werden, dürfte ihre zuletzt kräftige Erholung weiter fortsetzen. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern hingegen macht sich die Schwäche der industriellen Bereiche bemerkbar. So dürfte der Produktionsverbindungshandel als Stufe des Großhandels einen Dämpfer im laufenden Quartal erhalten. Der Kfz-Handel dürfte die Produktionsrückgänge des Verarbeitenden Gewerbes zu spüren bekommen. Zwar sind die Kfz-Zulassungen im Mai 2022 saisonbereinigt über die Zahl im April 2022 gestiegen. Im Durchschnitt beider Monate lag die Zahl der Neuzulassungen jedoch deutlich unter dem Wert des ersten Quartals. Auch im Bereich Verkehr und Lagerei dürfte es zu einem Rückgang der Bruttowertschöpfung im laufenden Vierteljahr kommen. Darauf deutet der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex des Statistischen Bundesamts hin, der im Durchschnitt der Monate April und Mai 2022 um 1,4% unter dem Wert des ersten Quartals lag. Die Öffentlichen Dienstleister werden ihre Bruttowertschöpfung voraussichtlich weiter kräftig ausweiten, was wohl maßgeblich auf das Nachholen von verschobenen Operationen und dem Wegfall der Corona-bedingten Einschränkungen zurückzuführen ist.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2022 dürften dann auch die industriellen Auftriebskräfte die Erholung bei den kontaktintensiven Dienstleistern unterstützen. Die bremsenden Effekte der Lieferengpassproblematik dürften sich annahmegemäß allmählich auflösen, was zu einer kräftigen Ausweitung der Produktion führt. Damit dürften dann die aufgestauten Aufträge nach und nach abgebaut werden. Die konsumnahen Dienstleister werden ihre Bruttowertschöpfung ebenfalls kräftig ausweiten können, wenngleich die Dynamik aus dem ersten Quartal auch inflationsbedingt nicht zu halten sein dürfte. Im kommenden Jahr

Tab. 11

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2020	2021	2022	2023
Statistischer Überhang ^a	0,0	2,2	1,1	1,7
Jahresverlaufsrate ^b	- 2,9	1,8	3,2	2,9
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	- 4,9	2,9	2,6	3,9
Kalendereffekt ^c	0,4	0,0	- 0,1	- 0,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung	- 4,6	2,9	2,5	3,7

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. ^b Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. ^c In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

dürfte sich die Verlaufsrate beim preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt allmählich normalisieren, da dann die pandemiebedingten Nachholeffekte bei den konsumnahen Dienstleistern und die positiven Effekte aus den aufgestauten Aufträgen auslaufen. Mit diesen Triebkräften dürfte die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr überausgelastet sein (vgl. Abschnitt »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion«).

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2022 wohl um 2,5% zulegen (vgl. Tab. 11), wenngleich die konjunkturellen Triebkräfte recht stark ausfallen dürften (Jahresverlaufsrate: 3,2%). Überdurchschnittlich stark dürften dabei der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe (4,7%) sowie die Sonstigen Dienstleister (9,1%) beitragen. Im Verarbeitenden Gewerbe wird die Bruttowertschöpfung im Jahresdurchschnitt voraussichtlich wohl nur leicht zulegen. Im kommenden Jahr 2023 dürfte das Bruttoinlandsprodukt dann um voraussichtlich um 3,7% expandieren, wobei dieser Aufschwung dann wohl maßgeblich durch die Industrie bestimmt sein wird.

DIENSTLEISTUNGEN ALS STÜTZE DES DEUTSCHEN AUSSENHANDELS

Zum Jahresauftakt entwickelte sich der deutsche Außenhandel uneinheitlich. Der preisbereinigte Gesamtexport sank im ersten Quartal um 2,1%; gleichzeitig stieg der preisbereinigte Gesamtimport um 0,9%. Der Warenhandel war in beiden Fällen rückläufig, was vor allem auf einen schwachen Handel mit Investitionsgütern zurückzuführen ist. Im Gegensatz dazu legten sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr der Dienstleistungen kräftig zu.

Der Export dürfte sich im aktuellen Quartal um 1,1% erhöhen. Darauf deuten die Daten der monatlichen Warenausfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels hin. Im dritten Quartal ist eine Expansion der Exporte von 2,0% zu erwarten. Zum einen dürfte die Dienstleistungsausfuhr von der Aufhebung der Corona-Restriktionen spürbar profitieren. Zum anderen lassen die ifo Exporterwartungen, die sich vom Einbruch im März teilweise erholt haben, auf einen mäßigen Zuwachs der Warenausfuhr schließen (vgl. Abb. 21). Im weiteren Prognosezeitraum wird das Ver-

Abb. 21

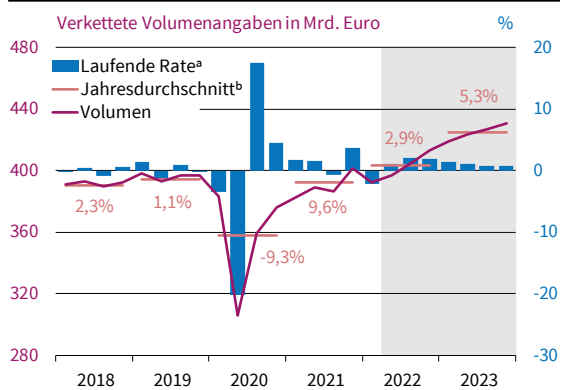
Frühindikatoren für den Export
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 22

Exporte
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



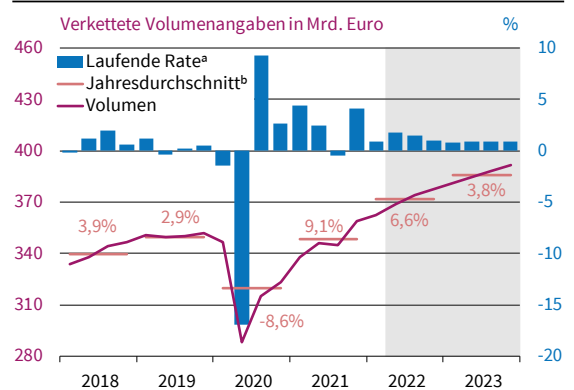
^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

arbeitende Gewerbe dank der allmählichen Überwindung der Lieferengpässe seine Produktion deutlich ausweiten. Dies wird sich aller Voraussicht nach in der Dynamik der Warenausfuhr widerspiegeln. Alles in allem dürfte der preisbereinigte Export in diesem Jahr um 2,9% und im kommenden Jahr um 5,3% expandieren (vgl. Abb. 22).

Der jüngste Wert der Warenimporte für den Monat April impliziert, dass die reale Einfuhr im laufenden Quartal um 1,8% zunehmen dürfte. Für das dritte Quartal ist mit einer signifikanten Belebung des Reiseverkehrs zu rechnen. Wegen der erstarkenden Dienstleistungsimporte dürfte die Gesamteinfuhr einen Anstieg von 1,5% verzeichnen. Im weiteren Prognosehorizont ist von einer Normalisierung der Expansionsraten auszugehen. Insgesamt dürften sich die preisbereinigten Importe in diesem Jahr um 6,6% und im nächsten Jahr um 3,8% erhöhen (vgl. Abb. 23). Zur Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts werden die Nettoexporte rein rechnerisch in diesem Jahr einen negativen Beitrag von 1,4 Prozentpunkten leisten. Im nächsten Jahr wird der Außenbeitrag mit 0,8 Prozentpunkten positiv zur Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts beitragen (vgl. Tab. 12).

Abb. 23

Importe
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Die Terms-of-Trade verschlechterten sich zum Jahresbeginn erneut. Die Export- und Importpreise stiegen im ersten Quartal um 3,4% beziehungsweise um 4,6%. Dieses Muster wird sich auch im zweiten Quartal wiederholen. Die monatlichen Außenhandelspreise weisen auf eine Erhöhung der Exportpreise von 3,7% und der Importpreise von 4,6% hin. Der Preisdruck dürfte sich im weiteren Verlauf sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite nach und nach abschwächen. Im laufenden Jahr werden sich die Terms-of-Trade voraussichtlich um 3,8% verschlechtern. Im kommenden Jahr dürften sie sich leicht um 0,4% verbessern. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird in diesem Jahr 181 Mrd. Euro und im nächsten Jahr 241 Mrd. Euro betragen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt bedeutet es 4,8% und 5,9% (vgl. Tab. 4).

UNTERNEHMENSINVESTITIONEN BLEIBEN ZUNÄCHST VERHALTEN

Die Unternehmensinvestitionen bleiben weiterhin volatil. Nach einem schwachen zweiten Halbjahr 2021 konnten sie aber im ersten Quartal 2022 mit 2% im Vergleich zum Vorquartal zulegen. Dies war vor allem auf einen deutlichen Anstieg der privaten Ausstattungsinvestitionen (+ 4,5%) zurückzuführen, der auf einen für die Kfz-Hersteller relativ starken Januar beruhte. Die Umsätze der Investitionsgüterhersteller gingen jedoch in Februar und März wieder deutlich zurück, ebenso wurde die Produktion gedrosselt (vgl. Abb. 24). Auch die Investitionen in gewerbliche Bauten, die in der zweiten Jahreshälfte 2021 deutlich eingebrochen waren, trugen im ersten Quartal mit einem Plus von 1,9% zu der erfreulichen Entwicklung der Unternehmensinvestitionen bei. Die Investitionen in Sonstige Anlagen, zu denen die Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Software zählten, verzeichneten dagegen im ersten Quartal mit -2% zum ersten Mal seit einem Jahr einen Rückgang.

Tab. 12

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge ^a			
	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Konsumausgaben	-2,3	0,8	2,4	1,8	-1,5	0,2	1,6	1,5
Private Konsumausgaben	-3,0	0,2	2,4	1,6	-2,2	-0,2	1,6	1,3
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,7	0,1	0,2	0,7	0,5	0,0	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	0,3	0,2	1,0	-0,2	-0,1	0,0	0,7
Bauten	0,3	0,0	0,2	0,2				
Ausrüstungen	-0,8	0,2	0,0	0,6				
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,2				
Vorratsveränderungen	-0,9	1,1	1,2	0,1	-0,6	0,8	0,8	0,1
Letzte inländische Verwendung	-3,7	2,1	3,9	2,9	-2,4	0,9	2,3	2,2
Außenbeitrag	-0,8	0,8	-1,4	0,8				
Exporte	-4,3	4,2	1,4	2,7	-2,2	2,0	0,2	1,5
Importe	3,5	-3,4	-2,8	-1,9				
Bruttoinlandsprodukt^b	-4,6	2,9	2,5	3,7	-4,6	2,9	2,5	3,7

^a Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. ^b Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

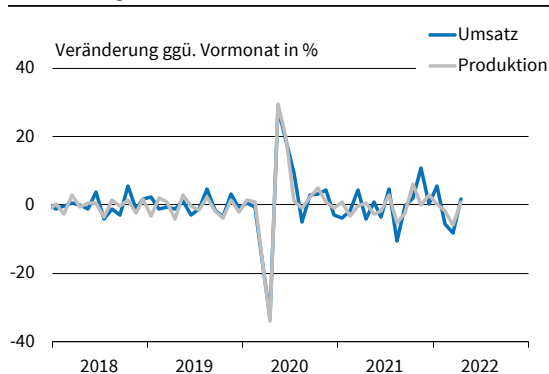
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

Trotz des Krieges in der Ukraine hat sich die Unsicherheit der Unternehmen nicht annähernd so stark eingetrübt wie zu Beginn der Coronakrise. Den ifo Konjunkturumfragen im März zufolge scheinen die Unternehmen auch weitgehend an ihren Investitionsplänen für das laufende Jahr festzuhalten (vgl. Box »Zur Bedeutung der ifo Investitionserwartungen für die Investitionsprognose«). Dementsprechend haben sich auch die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterproduzenten nach einem deutlichen Absacken im März wieder erholt, ebenso sind die Produktionserwartungen wieder gestiegen. Pessimistischer bleiben die Vorleistungsgüterproduzenten, die ihre Geschäftserwartungen für die nächsten Monate nach unten korrigiert haben. Besonders belastend bleiben wohl auch für Letztere die weiterhin andauernden Materialengpässe. Nach der jüngsten ifo Konjunkturumfrage vom Mai klagten 89% der befragten Unternehmen über Materialmangel, was einen erneuten historischen Höchststand bedeutet.

Auch wenn die Umsätze der Investitionsgüterhersteller im April wieder zulegen konnten (+ 0,5%), weisen eine Reihe von Indikatoren am aktuellen Rand auf eine schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen im zweiten Quartal hin. So stagniert die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe. Auch liegen die Neuzulassungen für gewerbliche Fahrzeuge im April und Mai niedriger als im Durchschnitt des ersten Quartals. Zusätzlich belasten Exportrückgänge die Investitionsbudgets der Unternehmen. Da daher im laufenden Quartal mit einem Nachlassen der Ausrüstungsinvestitionen gerechnet werden muss, dürften die Unternehmensinvestitionen im zweiten Quartal um 1% schrumpfen. Dagegen werden die gewerblichen Bauinvestitionen wohl zunächst noch einmal moderat ausgeweitet werden. Über die vergangenen beiden Jahre hat sich ein bedeutender Auf-

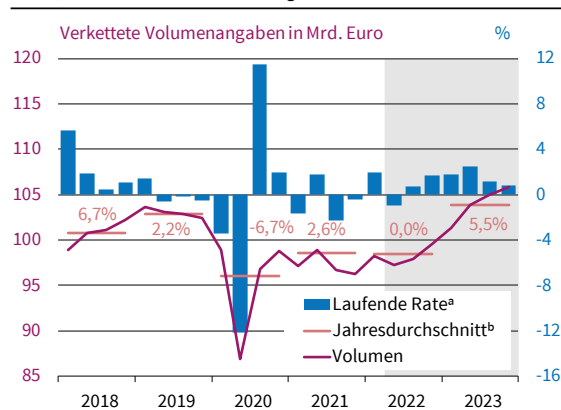
Abb. 24
Investitionsgüterhersteller



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

Abb. 25
Unternehmensinvestitionen
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

ZUR BEDEUTUNG DER IFO INVESTITIONSERWARTUNGEN FÜR DIE INVESTITIONSPROGNOSE

Seit 2015 werden als Teil der ifo Konjunkturumfrage Unternehmen im Dienstleistungsbereich, im Handel sowie im Verarbeitenden Gewerbe zweimal jährlich zu ihren tatsächlichen und geplanten Ausrüstungsinvestitionen befragt. Die Erhebung ist qualitativ und erfasst nur die Tendenz der Investitionstätigkeit. Die im Frühjahr gestellten Fragen beziehen sich auf das vergangene und das laufende Jahr und lauten: »Unsere Investitionen waren im vergangenen Jahr (gegenüber dem Vorjahr) höher/etwa gleich/geringer« sowie »Unsere Investitionen werden voraussichtlich im laufenden Jahr (gegenüber dem vergangenen Jahr) höher sein/etwa gleich bleiben/geringer sein«. Im Herbst wiederholt sich die Frage nach dem laufenden Jahr, zusätzlich wird nach dem kommenden Jahr gefragt: »Unsere Investitionen werden voraussichtlich im kommenden Jahr (gegenüber dem laufenden Jahr) höher sein/etwa gleich bleiben/geringer sein«. Die Differenz der prozentualen Anteile positiver und negativer Antworten werden dann in Salden wiedergegeben.

Die so gewonnenen Investitionserwartungen weisen einen hohen Gleichlauf mit den jährlichen Ausrüstungsinvestitionen auf. Wenig überraschend ist die Korrelation der der Beurteilung in der »Retrospektive« (Frage im Frühjahr in Bezug auf das vergangene Jahr) mit der tatsächlichen Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen am höchsten (vgl. Abb. 26). Aber auch die Prognose für das kommende Jahr sowie die Einschätzungen für das laufende Jahr im Frühjahr und im Herbst liefern wichtige Informationen über die Investitionspläne der Unternehmen.

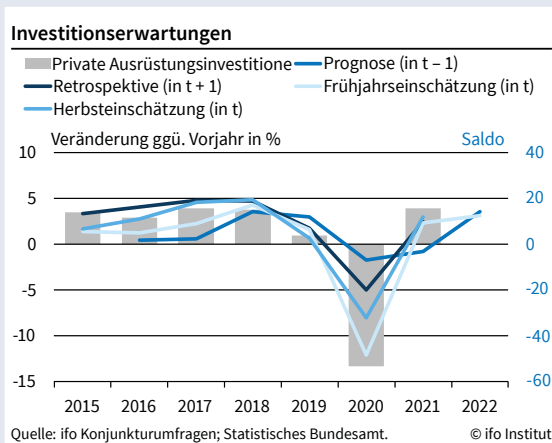
Die neusten Ergebnisse der Investitionsumfrage vom März 2022 zeigen, dass die Unternehmen in Deutschland ihre Investitionsvorhaben in Ausrüstungen für das Jahr 2022 trotz des Ausbruchs des Krieges in der Ukraine Ende Februar nur minimal nach unten revidiert haben. Im Vergleich zur Befragung vom November 2021 hat sich damit aus Unternehmenssicht das Investitionsklima nicht bedeutend verschlechtert. Zu Beginn der Coronakrise im Jahr 2020 fiel die Frühjahrseinschätzung des Investitionsvorhabens um fast 40 Punkte geringer aus als der erste »Prognosewert« für das Jahr 2020 aus der Herbstbefragung im Jahr 2019. Während die Unternehmen auf die Pandemie demnach zurückhaltend und stark verunsichert reagierten, scheint der Krieg in der Ukraine die Investitionsvorhaben der Unternehmen zunächst nicht wirklich zu beeinflussen. Die bereits länger andauernden Lieferengpässe könnten dabei eine Rolle spielen. Firmen, die seit längerem aufgrund von Materialmangel weniger produzieren,

dürften bereits im letzten Herbst kaum über kapazitätserhöhende Investitionen 2022 nachgedacht haben. Allgemein bricht der Krieg in ein bereits deutlich gehemmteres Investitionsumfeld ein als dies noch 2020 der Fall war (vgl. Box »Zum Anstieg der Unternehmensunsicherheit in Folge des Krieges«). Dies könnte erklären, warum die Ausrüstungsinvestitionserwartungen zuletzt keinen größeren Einbruch verzeichneten.

Auffallend ist auch, dass sich die Investitionserwartungen der Unternehmen derzeit auf ihrem höchsten Niveau seit 2018 bewegen. Der besonders hohe Anteil der Unternehmen, der in diesem Jahr mehr als im Vorjahr in Ausrüstungen investieren möchte, bildet den hohen Nachholbedarf an Investitionen ab, der sich über die vergangenen beiden Jahre angestaut hat. Dem Investitionswillen der Unternehmen dürften allerdings erneut die Lieferkettenprobleme im Weg stehen. Neben dem Kriegsausbruch könnten weiter fehlendes Material begründen, warum die Unternehmen sich nicht wie in historisch gesehen »guten« Investitionsjahren in der Frühjahrsbefragung optimistischer geäußert hatten als im vergangenen Herbst: Der stattdessen beobachtete leichte Rückgang der Frühjahrserwartung könnte die Befürchtung nochmals länger anhaltender Lieferengpässen bedeuten.

Die von den Unternehmen berichteten Investitionserwartungen enthalten wichtige Informationen für die Investitionsprognose. Die Pläne der Unternehmen, die Investitionen im laufenden Jahr per saldo auszuweiten, spiegeln sich entsprechend in der vorliegenden Prognose der privaten Ausrüstungsinvestitionen wider, die im Jahr 2022 mit 1,4% im Vergleich zum Vorjahr zulegen dürften.

Abb. 26



tragsstau gebildet, der abgearbeitet werden muss, soweit genügend Material vorhanden ist. Allerdings trübt die unsichere Baupreisentwicklung den weiteren Verlauf. Auch die sonstigen Anlagen werden nach dem schwachen Jahresbeginn wieder expandieren.

Insgesamt wird die unternehmerische Investitionstätigkeit nach dem Rücksetzer im laufenden Quartal ab Beginn der zweiten Jahreshälfte wieder anziehen. Da sich die Materialengpässe annahmegemäß allmählich entschärfen, werden die vollen Auftragsbücher der Investitionsgüterhersteller zügig abgearbeitet werden. Durch das Nachholen aufgeschobener Investitionsvorhaben werden die Unternehmensinvestitionen dann im zweiten Quartal 2023 ihre stärkste Zuwachsrate erreichen und damit das Vorkrisenniveau überschreiten. Insgesamt wird mit einer Stagnation der Unternehmensinvestitionen im

Jahr 2022 und einem Zuwachs von 5,5% im Jahr 2023 gerechnet (vgl. Abb. 25).

WOHNUNGSBAU VERLIERT AN TEMPO

Die Bauwirtschaft entwickelte sich zum Jahresauftakt über alle Sparten hinweg kräftig, besonders die Wohnbauinvestitionen legten mit 5,8% im ersten Quartal deutlich zu. Zum einen hatte bis in den Februar hinein laut ifo Umfrage der Anteil der Baufirmen, die über Materialmangel als Produktionshindernis bei Wohnbauvorhaben klagten, bis auf 25% abgenommen. Der milde Winter sowie die noch prall gefüllten Auftragsbücher unterstützen die Wohnbaukonjunktur zusätzlich. Allerdings wird der gesamte Bau durch den Krieg in der Ukraine stark beeinflusst, der starke Jahresauftakt wird sich wohl nicht fortsetzen können.

ZUM ANSTIEG DER UNTERNEHMENSUNSICHERHEIT INFOLGE DES KRIEGES

In dieser Box werden der Einfluss des Krieges in der Ukraine auf die ökonomische Unsicherheit beschrieben sowie potenzielle Auswirkungen auf die Investitionen diskutiert. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Verlauf der Unsicherheit für Unternehmen, die für einen Großteil der Schwankungen der gesamten Investitionstätigkeit verantwortlich sind. Daher werden zwei unterschiedliche Maße für die Unternehmenssicherheit vorgestellt. Um allerdings ein möglichst vollständiges Bild der Unsicherheit in Deutschland zu erhalten, wird zusätzlich der Verlauf der Unsicherheit auf den Finanzmärkten sowie ein aus Medien (Zeitungsartikeln) abgeleiteter Unsicherheitsindikator betrachtet.

Unternehmen:

a) Qualitativ

Die Unsicherheit von Unternehmen kann auf Basis der ifo Unternehmensbefragung mit der »ifo Geschäftsunsicherheit« gemessen werden. Dabei handelt es sich um ein qualitatives Maß, das monatlich zusammen mit dem Geschäftsklimaindex veröffentlicht wird. Die ifo Geschäftsunsicherheit berechnet sich auf Basis der gewichteten Summe einer qualitativen Frage mit vier skalierten Antwortmöglichkeiten. Die Manger*innen werden gefragt, wie schwer es ihnen fällt, die Entwicklung der Geschäftslage ihres Unternehmens in den nächsten sechs Monaten vorherzusagen. Höhere Werte zeigen dabei eine höhere Unsicherheit an.

Die so gemessene Unsicherheit der Unternehmen ist zwar Februar sprunghaft als Reaktion auf den Ausbruch des Krieges in der Ukraine gestiegen (vgl. Abb. 27 A). Allerdings fällt der Anstieg mit weniger als 10 Punkten um mehr als die Hälfte geringer aus als

zu Beginn der Coronakrise im März 2020. Gleichzeitig weist der Index auch bereits vor dem Ausbruch des Krieges ein erhöhtes Niveau im Vergleich zu 2019 auf. Dies lässt sich durch die langfristigen Auswirkungen der Pandemie sowie die Lieferengpässe erklären.

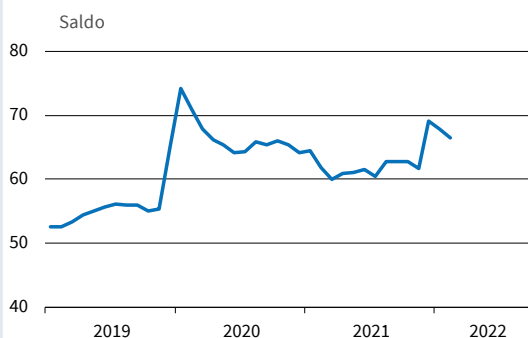
b) Quantitativ

Die Unsicherheit von Unternehmen kann alternativ mit der »ifo Umsatzunsicherheit« gemessen werden. Dabei handelt es sich um ein neues quantitatives Maß, das auf einem Zusatzmodul in der ifo Unternehmensbefragung beruht. Seit April 2019 werden Unternehmen aus dem Verarbeitendem Gewerbe, den Dienstleistungsbereichen und dem Handel im ersten Monats des Quartals nach Prognosen für ihr jeweiliges Umsatzwachstum im begonnenen Quartal gefragt. Das Abfragen des Umsatzwachstums im best- sowie im schlechtestmöglichen Fall ermöglicht es, ein quantitatives Maß zu konstruieren, das die Spanne zwischen den beiden alternativen Szenarien abbildet. Der Vorteil dieses Maßes ist die intuitive Definition von Unsicherheit als Szenarienvergleich und die damit einhergehende Skalierung in Prozentpunkten. Weiterhin ist es über mehrere Quartale hinweg interpretierbar. Abbildung 27 B zeigt die Entwicklung der aggregierten ifo Umsatzunsicherheit über die Zeit (gewichtet nach Firmengröße und Bruttowertschöpfung). Es ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei dem qualitativen Maß: Die Spanne zwischen dem best- und dem schlechtestmöglichen Umsatzszenario steigt von Januar 2022 zu April 2022 lediglich um 2 Prozentpunkte an, während sie sich zum Beginn der Coronakrise von 11 auf 22 Prozentpunkte verdoppelt hat.

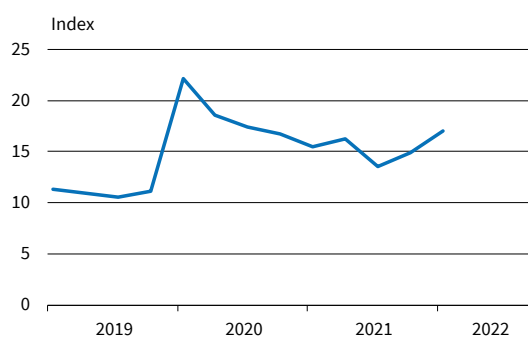
Abb. 27

Indikatoren für die Unsicherheit von Unternehmensinvestitionen

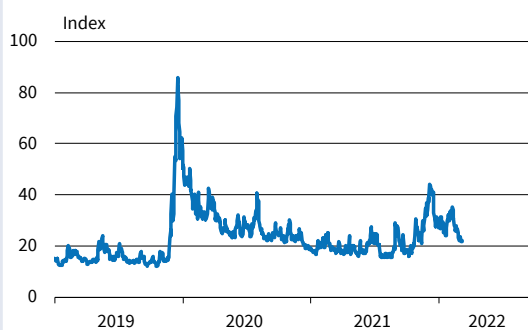
A. ifo Geschäftsunsicherheit



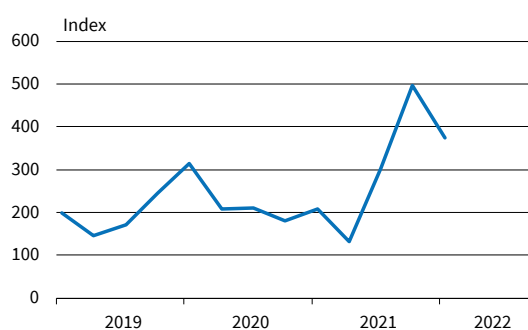
B. ifo Umsatzunsicherheit



C. Volatilitätsindex VDAX



D. Wirtschaftspolitische Unsicherheit



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Börse AG; PolicyUncertainty.com.

© ifo Institut

Der Krieg in der Ukraine hat bei den deutschen Unternehmen bisher keinen großen Unsicherheitschock ausgelöst. Bachmann et al. (2022) analysieren die ifo Umsatzunsicherheit im Zuge des Ukraine Kriegs im Detail, unter anderem finden sie ebenso keine großen Unsicherheitsanstiege bei Unternehmen mit hoher Gasabhängigkeit. Wichtig zu erwähnen ist, dass beide Unternehmensunsicherheitsmaße einen eher kurzfristigen Zeitraum abdecken (drei und sechs Monate). Somit kann über die langfristige Unsicherheit keine Aussage getroffen werden.

Finanzmärkte:

Der DAX-Volatilitätsindex, das sogenannte »Angstbarometer«, drückt die an den Finanzmärkten erwartete Schwankungsbreite des deutschen Aktien-Leitindizes DAX für die nächsten 30 Tage aus. Während niedrige Werte eine ruhige Entwicklung ohne starke Kursschwankungen über den nächsten Monat erwarten lassen, deuten hohe Werte auf einen unruhigen Markt hin. Zu Beginn der Coronakrise erreichte der Index seinen historischen Höchstwert, innerhalb weniger Tage kletterte er von Tagesschlusskurswerten von unter 20 Indexpunkten auf bis zu 86,6 Punkte (vgl. Abb. 27 C). Mit einem Zuwachs von nur 20 Punkten fiel der Ausschlag der Unsicherheit am deutschen Finanz-

markt zu Beginn des Ukraine Krieges Ende Februar 2022 wesentlich geringer aus.

Zeitungsartikel:

Der »Economic Policy Uncertainty Index« (EPU) für Deutschland basiert auf der Anzahl an Artikeln in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sowie dem Handelsblatt, die die Begriffe »Unsicherheit«, »Unklarheit«, »Wirtschaft« sowie weitere politikrelevante Begriffe enthalten. Skaliert wird der Index mit der Gesamtanzahl der Artikel in der jeweiligen Zeitung im gegebenen Monat. Es zeigt sich, dass die auf diese Weise gemessene wirtschaftspolitische Unsicherheit in Deutschland mit Beginn des Krieges in der Ukraine auf einen Rekordwert gestiegen ist (vgl. Abb. 27 D). Dies liegt zum einen an der hochfrequenten Berichterstattung über die ökonomischen Folgen des Krieges, wie beispielsweise über die potenziellen Auswirkungen eines Gas- und Ölembargos gegenüber Russlands. Das hohe Niveau der wirtschaftspolitischen Unsicherheit lässt sich aber auch damit erklären, dass diese sich nach Pandemiebeginn nie mehr langfristig auf das Vorkrisenniveau von 2019 eingependelt hatte. Der Anstieg der Unsicherheit fiel als Reaktion auf den Krieg zwar schneller und um etwa 50 Punkte stärker aus, als dies im März 2020 der Fall war. Gleichzeitig fand er jedoch

auch in einer bereits »unsicherer« gewordenen Welt statt. Des Weiteren ist es möglich, dass der EPU durch den politischen Fokus auch längerfristige Unsicherheiten aufgreift, wie beispielsweise die Unsicherheit über das globale Machtgefüge im kommenden Jahrzehnt.

Verschiedene theoretische und empirische Befunde in der Literatur, beispielsweise Bloom et al. (2007), sagen einen negativen Einfluss von Unsicherheit auf die Investitionstätigkeit voraus. Die potenziellen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Unternehmensinvestitionen aufgrund von gestiegener Unsicherheit werden sich jedoch vermutlich in Grenzen halten. Dies legen die oben besprochenen Unsi-

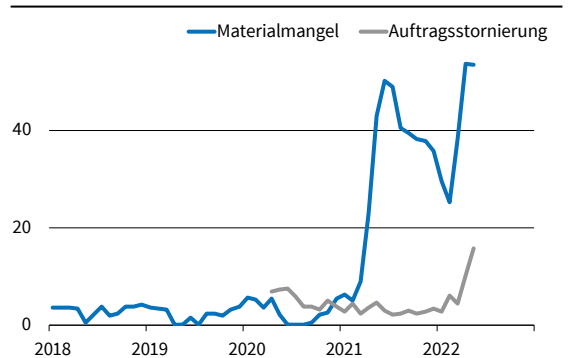
cherheitsmaße nahe. Nichtsdestotrotz befindet sich die Unsicherheit der Unternehmen und Öffentlichkeit auf einem höheren Niveau als vor dem Ausbruch der Coronakrise. Gründe hierfür sind unter anderem die unerwartet langanhaltenden Lieferkettenstörungen und die sich anbahnende Zinswende. Somit ist das Investitionsklima aktuell weiterhin gehemmt, so dass bei den Unternehmensinvestitionen im Jahr 2022 mit einer Stagnation zu rechnen ist. Erst im Jahr 2023, wenn die Lieferengpässe die Unternehmen nicht mehr einschränken, ist wieder mit einem deutlicheren Zuwachs in Höhe von 5,5% zu rechnen (vgl. Tab. 13).

Seit Kriegsausbruch berichten laut einer Umfrage des Hauptverbands der deutschen Bauindustrie mehr als 74% der Bauunternehmen von Verzögerungen bei laufenden Bauprojekten. Dies ist wohl unter anderem darauf zurückzuführen, dass rund ein Drittel der befragten Bauunternehmen vor Kriegsbeginn Materialien aus der Ukraine oder Russland bezogen hat, für die sich zeitnah kaum oder nur zu hohen Mehrkosten Ersatz finden lässt. Dazu zählen besonders Roheisen und Baustahl, die zuvor laut Zahlen des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes zu jeweils 30% und 40% aus Russland importiert wurden. So signalisierten die Unternehmen im Wohnbau innerhalb kürzester Zeit wieder eine Zunahme von Materialengpässen, bereits im April wurde ein neuer Rekordwert von 53% Ja-Antworten auf die Frage nach Materialmangel als Produktionsbehinderung erfasst. Im Mai hat sich die Lage noch nicht verbessert (vgl. Abb. 28). Gleichzeitig sind durch das verknappte Angebot an Baumaterialien die Preise erneut gestiegen. Während sich zu Beginn des Jahres bei einigen Materialien wie beispielsweise Holz und Betonstahl bereits ein deutlicher Preisrückgang abzeichnet hatte, haben diese zuletzt wieder spürbar angezogen. Und auch der Preisindex für den Wohnungsneubau stieg bereits im Februar, noch vor Kriegsbeginn, um 14,3% gegenüber dem Vorjahr. Im weiteren Verlauf dürften die Preise weiter steigen. Davon werden auch bislang von Preisanstiegen weitgehend verschonte Produkte, wie beispielsweise Fliesen, für die ein Großteil des Grundstoffes Ton aus der Ukraine bezogen wird, betroffen sein. Diese Entwicklung dürfte auch das für den Wohnungsbau wichtige Ausbaugewerbe, dessen Produktion im April mit 1,4% noch gestiegen war, in Mitleidenschaft ziehen. Hohe Unsicherheit über das Ausmaß weiterer Preisanstiege dürfte auch ein wichtiger Grund dafür sein, dass die Auftragsstornierungen im Wohnbau seit Kriegsausbruch spürbar zugenommen und im Mai einen neuen historischen Höchstwert erreicht haben (vgl. Abb. 28). Preiskalkulationen für Wohnbauprojekte können sich innerhalb weniger Tage deutlich erhöhen, was Bauherren abschreckt.

Außerdem hat der im Januar unerwartete Stopp der KfW-Förderungen für energieeffiziente Neubauten und Sanierungen Wohnbauinvestoren verunsichert. Obwohl Sanierungen mittlerweile wieder in großem Umfang gefördert werden, sind derzeit für Neubauten erneut keine neuen Mittel verfügbar. Bei den Genehmigungen vom Einfamilienhäusern zeigte sich zuletzt ein deutlicher Rückgang, der damit in Verbindung stehen dürfte. Allerdings könnte hier auch die Zinsentwicklung eine Rolle spielen. Im ersten Quartal ist das vergebene Volumen an Wohnungskrediten im Vergleich zum Vorjahr zwar noch einmal gestiegen. Die bis Ende vergangenen Jahres historisch niedrigen Zinsen für Wohnbaukredite werden im Prognoseverlauf wohl aber deutlich zulegen, durchschnittlich sind diese seit Jahresbeginn über alle Laufzeiten hinweg bereits um mehr als einen halben Prozentpunkt gestiegen. Höhere Kreditkosten werden im Zusammenspiel mit steigenden Baukosten die Wohnbauinvestitionen im Prognoseverlauf abbremsen.

Unter anderem durch Antizipationseffekte dürften jedoch im kommenden Quartal die Nachfrage nach Wohnbau kurzfristig steigen. Dies deutete sich bereits im März an, in dem ein Plus von 15% bei Baugenehmigungen sowie eine Steigerung des Auftragseinganges um 2,4% gegenüber Februar verzeichnet wurde.

Abb. 28
Baubehinderung im Wohnungsbau
 Anteil der Ja-Antworten in %

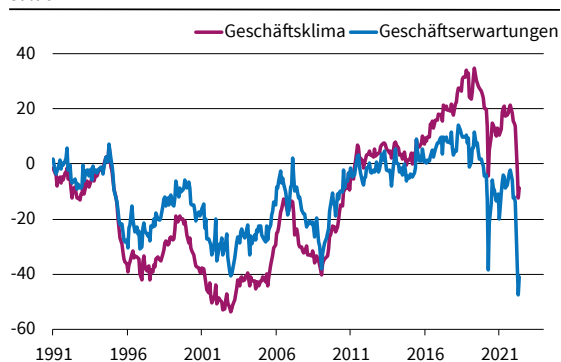


Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Abb. 29

Geschäftsentwicklung im Wohnungsbau Saldo



Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Auf der Angebotsseite sieht die Lage weniger vielversprechend aus. Der Wohnbauüberhang hat 2021 einen neuen Höchststand erreicht. Erstmals seit 2011 ging die Anzahl fertiggestellter Wohnbauten zurück, was signalisiert, dass die angebotsseitigen Schwächen wie der beschriebene Materialmangel, die Preissteigerungen sowie auch Personalmangel die Unternehmen daran hindern, Bauprojekte abzuschließen. Aus Angst vor hohen Verlusten bei explodierenden Materialpreisen und verbindlichen Preiszusagen bewerben sich einige Bauunternehmen bereits nicht mehr um Aufträge. In diesem Zusammenhang ist das Geschäftsklima im Wohnbau im April auf einen tieferen Wert als zu Beginn der Pandemie gefallen (vgl. Abb. 29). Maßgeblich hierfür waren die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate, die auf den niedrigsten Wert (-47,4 Punkte) seit der Wiedervereinigung gefallen sind. Im Mai haben sich die Erwartungen nur minimal verbessert.

Im zweiten Quartal darf aufgrund der schwachen Bauproduktion im April (-6,1%), dem eingetrübten Geschäftsklima sowie dem neuen Höchststand bei Materialengpässen und Auftragsstornierungen mit einem Rückgang der Wohnbauinvestitionen um -2,6%

Tab. 13

Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in % ^a	2020	2021	2022	2023
Bauten	48,3	2,5	0,0	1,6	1,4
Wohnungsbau	30,1	3,4	0,7	2,0	1,8
Nichtwohnungsbau	18,2	1,1	-1,0	1,0	0,8
Gewerblicher Bau	12,5	-0,7	0,0	-0,9	0,5
Öffentlicher Bau	5,7	4,9	-3,0	5,1	1,5
Ausrüstungen	32,0	-11,2	3,3	0,2	10,2
Sonstige Anlagen	19,5	1,0	0,7	1,1	4,0
Bruttoanlageinvestitionen	100	-2,2	1,1	1,1	4,3
nachrichtlich: Unternehmensinvestitionen ^b	58,7	-6,7	2,6	0,0	5,5

^a Bezogen auf das Jahr 2021. ^b Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

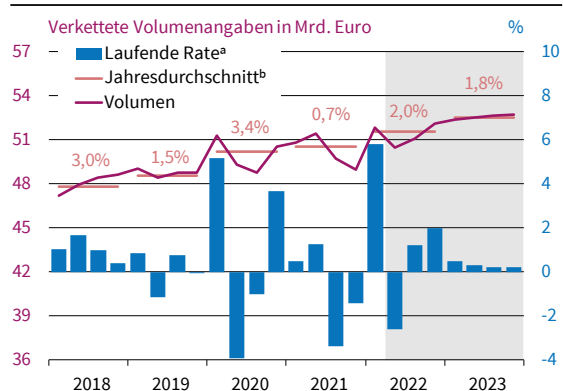
Quelle: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

Abb. 30

Wohnungsbauinvestitionen

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

gerechnet werden (vgl. Abb. 30). Ab dem dritten Quartal werden diese jedoch aufgrund des hohen Auftragsüberhangs noch einmal steigen, wenn alle Projekte, für die noch Material verfügbar ist, fertiggebaut werden.

Insgesamt werden die Wohnbauinvestitionen im laufenden Jahr mit 2% zulegen. Im kommenden Jahr wird sich die Dynamik dann weiter abschwächen, was hauptsächlich an den erwarteten Auftragsrückgängen sowie den steigenden Finanzierungskosten liegt; im Jahresdurchschnitt wird dann nur noch ein Zuwachs von 1,8% erwartet. Der Baupreisdeflator für Wohnbauten wird im Jahr 2022 mit 7,8% noch einmal deutlich steigen und sich im kommenden Jahr, wenn die Materialknappheiten annahmegemäß überwunden sind, auf 2,6% einpendeln.

Der Anteil der Bauinvestitionen an den Bruttoanlageinvestitionen hat sich im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr leicht verringert, während die Ausrüstungsinvestitionen ihren Anteil etwas vergrößert haben. Insgesamt dürften die Bruttoanlageinvestitionen im laufenden Jahr um 1,1% steigen, im kommenden Jahr wird mit einer weiteren Expansion in Höhe von 4,3% gerechnet (vgl. Tab. 13).

DIENSTLEISTER STÜTZEN KONSUMKONJUNKTUR

Zu Beginn des Jahres fielen die preisbereinigten privaten Konsumausgaben um 0,1% unter ihr Vorquartalsniveau. Die aktuelle Dynamik bei den privaten Konsumausgaben dürfte von zwei gegensätzliche Kräften getrieben werden. Während zu erwarten ist, dass das Abflauen der Coronawelle und die damit einhergehende flächendeckende Aufhebung der meisten Infektionsschutzmaßnahmen mit einer Normalisierung des Ausgabeverhaltens der privaten Haushalte einhergehen, dürfte die anhaltend hohe Inflationsdynamik und der damit verbundene Kaufkraftverlust dieser Erholung dämpfend gegenüberstehen. In den kommenden Monaten jedoch dürfte ein erstar-

kender Dienstleistungssektor und insbesondere die Erholung im Gastgewerbe zu einer Ausweitung der privaten Konsumausgaben führen, die damit abermals zum Konjunkturtreiber der deutschen Wirtschaft werden.

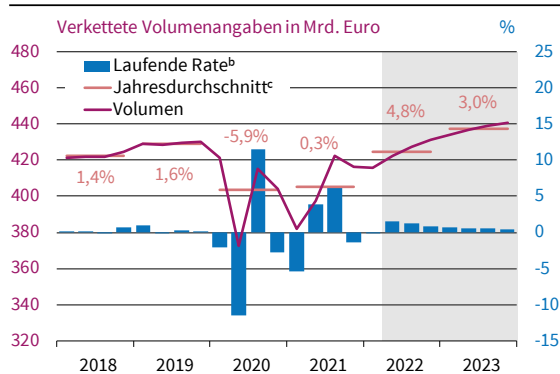
Zulegen konnten im ersten Quartal des Jahres insbesondere die Ausgaben für die Konsumsparten, die dem Gastgewerbe und der Freizeitgestaltung nahestehen und die am stärksten durch die Corona-Einschränkungen betroffen waren. Dazu zählten die Ausgaben der privaten Haushalte für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+ 3,7%), für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (+ 1,9%) und Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+ 2,7%). Einen Rückgang in den Konsumausgaben verzeichneten hingegen vorwiegend Sparten, die entweder unmittelbar durch hohe Preissteigerungen gekennzeichnet waren oder bei denen die Haushalte infolge des allgemeinen Kaufkraftverlusts sparten. So kam es bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte für Bekleidung und Schuhe (- 4,9%), für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (- 2,5%) und für Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe (- 1,1%) zu einem Rückgang im Vergleich zum Vorquartal.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch bei den Umsätzen im Gastgewerbe und im Einzelhandel wider. Der Einzelhandel hatte im April einen deutlichen Umsatzrückgang zu verbuchen (- 5,4%), nachdem die Zeichen im Februar (+ 0,2%) und März (+ 0,9%) noch auf Erholungskurs standen. Die Erholung des Gastgewerbes schlug sich im ersten Quartal in deutlichen Umsatzsteigerungen nieder. Beherbergungsunternehmen konnten sich seit Januar über stetig steigende Umsätze freuen. So stieg die Zuwachsrate im Januar von 6,2% im Vergleich zum Vormonat auf 9,1% im März. In der Gastronomie konnte bereits im Januar eine Umsatzsteigerung von 10,6% verbucht werden. In den folgenden Monaten verlangsamte sich das Umsatzwachstum dann etwas (+ 4,0% im Februar und + 4,7% im März). Insgesamt verweilten die Umsätze im Gastgewerbe aber weiterhin unterhalb ihres Vorkrisenniveaus. Eine ähnliche, aufwärtsgerichtete Dynamik dürfte auch in anderen kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen zu beobachten sein. Hierfür spricht zumindest der kräftige Anstieg des Ifo Geschäftsklimas der konsumnahen Dienstleister, der vor allem durch eine deutliche Verbesserung der aktuellen Geschäftslage getrieben ist.

Neben den Stimmungsindikatoren deuten für das Gastgewerbe auch andere Frühindikatoren auf eine anhaltende Erholung hin. Zum einen stiegen in den letzten Wochen die von OpenTables veröffentlichten Zahlen zu Tischreservierungen in Restaurants nochmal deutlich. Zum anderen legen hochfrequente und zeitnah verfügbare aggregierte Umsatzindikatoren aus dem Gastgewerbe auf eine anhaltend hohe Umsatzdynamik nahe (vgl. Box »Zur Abschätzung von Umsätzen im Gastgewerbe am aktuellen Rand«). Deshalb ist davon auszugehen, dass sich die im ersten Quartal

Abb. 31

Konsumausgaben der privaten Haushalte^a
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^c Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2022: Prognose des Ifo Instituts. © Ifo Institut

bereits angedeutete Erholung auch in den folgenden Monaten fortsetzen wird. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen dürften weiter zulegen und damit die privaten Konsumausgaben spürbar stützen.

Die anhaltend hohe Inflationsdynamik bremst für sich genommen die Erholung der privaten Konsumausgaben aus. Vor allem deshalb dürfte sich die Stimmung im Handel und das Konsumklima zuletzt eingetrübt haben. Der Kaufkraftverlust durch die stark steigenden Preise wird wohl weder durch den Anstieg der Nettolöhne noch durch die Zunahme der staatlichen Transferzahlungen abgefangen werden können. Zwar haben die Entlastungspakete die Abgaben reduziert und die Transfers erhöht. Und auch die Anhebungen des Mindestlohns steigern die Lohneinkommen. Zusammengenommen aber nehmen die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr mit 6,2% weniger zu als die Verbraucherpreise, die um 6,8% höher liegen als im Vorjahr. Dabei sind bereits die preissenkenden Maßnahmen der Entlastungspakete (Wegfall der EEG-Umlage, Neun-Euro-Ticket im ÖPNV, temporäre Senkung der Kraftstoffsteuer) berücksichtigt, die die Inflationsrate in diesem Jahr um rund 0,5 Prozentpunkte niedriger ausfallen lassen.

Entscheidend für Ausweitung der realen Konsumausgaben in diesem Jahr ist vielmehr die Anpassung des Spar- und Ausgabeverhaltens der privaten Haushalte. Während im vergangenen Jahr noch durchschnittlich 15% des verfügbaren Einkommens beiseitegelegt und nicht für Konsumzwecke verausgabt wurden, sank die Sparquote bereits im ersten Quartal dieses Jahres auf 11,5% und war damit nicht mehr weit von dem Niveau entfernt, das vor Ausbruch der Coronakrise verzeichnet wurde (10,8%). Für den weiteren Verlauf dieses Jahres wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die privaten Haushalte sogar einen kleineren Anteil ihres Einkommens sparen als vor Ausbruch der Coronakrise und damit zumindest auf einen Teil der während der Coronakrise ange-

ZUR ABSCHÄTZUNG VON UMSÄTZEN IM GASTGEWERBE AM AKTUELLEN RAND

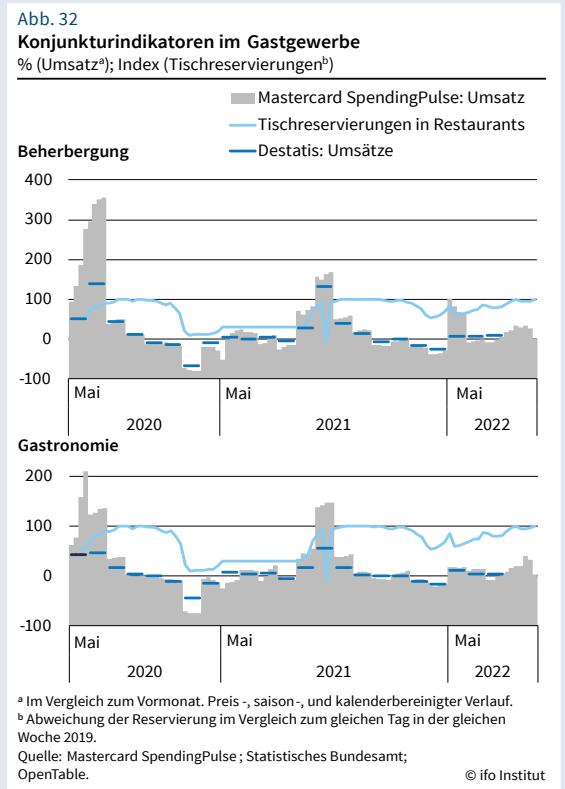
Der Anteil der privaten Konsumausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen an den gesamten privaten Konsumausgaben stieg zwischen 2010 und 2019 kontinuierlich und erreichte im Jahr 2019 einen Anteil von 5,5%. In den von der Pandemie gekennzeichneten Jahren 2020 und 2021, fiel dieser Anteil auf knapp unter 4% zurück.

Mit dem Abflauen der Coronawelle und der damit einhergehenden flächendeckenden Aufhebung der meisten Infektionsschutzmaßnahmen zu Beginn des laufenden Jahres, erholte sich auch das Gastgewerbe zusehends. Aufgrund des Veröffentlichungsverzugs von acht Wochen in der monatlichen Umsatzstatistik des Gastgewerbes, liegen zurzeit noch keine Daten für die Monate seit April vor. Die Prognose stützte sich daher bis zuletzt bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage des Gastgewerbes hauptsächlich auf Frühindikatoren. Hierzu zählen neben Umfragedaten auch Informationen über Tischreservierungen in Restaurants und das Mobilitätsverhalten der Konsument*innen.

In der Literatur wurde bereits häufiger gezeigt, dass aggregierte, anonymisierte Transaktionsdaten auf Basis von Kreditkartennutzungen einen verlässlichen Frühindikator für die Umsatzentwicklung darstellen (Aastveit et al. 2020, Aaronson et al. 2021). In Kooperation mit Mastercard nutzt das ifo Institut die Mastercard-SpendingPulse-Daten-

bank, die Umsätze im stationären und Online Handel misst. SpendingPulse ist hierbei als Umsatzindikator über alle Zahlungsmittel hinweg zu verstehen. Ihrer Berechnung liegen nicht nur aggregierte Informationen zu Kreditkartentransaktionen im Mastercard-Zahlungsnetzwerk zugrunde, sondern auch zusätzliche umfragebasierte Schätzungen zu Zahlungen mittels alternativer Zahlungsarten, beispielsweise Bargeld und Debitkarten. Die Mastercard-SpendingPulse-Datenbank stellt unter anderem auch Umsätze für Hotels und die Gastronomie mit einem vergleichsweise kurzen Publikationsverzug zur Verfügung. Um diese Daten im Rahmen der Konjunkturprognose auswerten zu können, werden die Mastercard-SpendingPulse-Umsatzreihen zunächst auf Wochenbasis aggregiert und dann sowohl preis- als auch saisonbereinigt. Die Preisbereinigung erfolgt auf Basis eines wöchentlichen Verbraucherpreisindex für die Gastronomie beziehungsweise das Beherbergungsgewerbe, der aus einer geglätteten Interpolation der Monatsreihe gewonnen wird. Die Saisonbereinigung basiert auf einer Methode, bei der wöchentliche Saisonfaktoren aus den monatlichen Saisonfaktoren des Statistischen Bundesamtes gewonnen werden (vgl. Aaronson et al. 2021).

Abbildung 32 zeigt die Umsatzentwicklung im Beherbergungs- und Gastgewerbe seit Mai 2020 zusammen mit der Entwicklung der (erfassten) Tischreservierungen in Restaurants. Auf Basis des zuvor beschriebenen Verfahrens, repräsentieren die grauen Balken die wöchentliche Umsatzentwicklung auf Basis der Mastercard-SpendingPulse-Reihen. Für jeden Monat werden daher vier Werte abgetragen, wobei ein Balken den monatlichen Umsatzanstieg im Vergleich zum Vormonat beziffert, ausgehend von dem bis zur jeweiligen Woche verfügbaren Datenstand. Die dunkelblauen horizontalen Linien tragen die Vormonatsveränderungsrate der monatlichen Umsatzstatistik des Gastgewerbes ab. Sowohl für das Gastronomiegewerbe als auch für das Beherbergungsgewerbe weisen die Mastercard-SpendingPulse-Daten einen hohen Gleichlauf mit der offiziellen Statistik auf. Die durchschnittlich höchste Korrelation ergibt mit der Veränderungsrate der letzten Woche eines Monats. Aufgrund des zeitlichen Vorsprungs der Mastercard-SpendingPulse-Reihen gegenüber der offiziellen Statistik und ihrer hohen Korrelation mit der offiziellen Statistik eignet sich Mastercard SpendingPulse zur Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Lage im Gastgewerbe. Neben der Umsatzentwicklung zeigt Abbildung 32 die wöchentlichen Zahlen zu Tischreservierungen in Restaurants, die in den vergangenen Monaten regelmäßig als Frühindikator zur Einschätzung der Lage im Gastge-



werbe dienen. Auch hier lässt sich ein Gleichlauf mit der Umsatzstatistik erkennen, allerdings fällt dieser im direkten Vergleich mit den Mastercard-Spending-Pulse-Reihen deutlich geringer aus.

häuften Überschussersparnis, die auf knapp 200 Mrd. Euro geschätzt wird, zurückgreifen. Dahinter steckt die Annahme, dass diese Haushalte nach Jahren der coronabedingten Konsumzurückhaltung versuchen ihren Lebensstandard, gemessen an der Menge konsumierter Waren und Dienstleistungen, auch angesichts hoher Inflationsraten weitgehend aufrecht zu erhalten. Bis Ende des Jahres dürfte daher die Sparquote vorübergehend auf gut 9% sinken, bevor sie dann bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder allmählich auf 10,5% und damit in Richtung ihres Vorkrisenniveaus steigt. Daher wird unterstellt, dass in diesem und im kommenden Jahr zusätzliche Kaufkraft aus der Überschussersparnis heraus im Umfang von 35 Mrd. Euro geschaffen wird.

Insgesamt dürfte es im laufenden Quartal zu einer Ausweitung der preisbereinigten privaten Konsumausgaben um 1,5% kommen (vgl. Abb. 31). Im Einklang mit der Annahme, dass im Zuge der Normalisierung des Ausgabeverhaltens insbesondere die Ausgaben für Dienstleistungen im Sommerhalbjahr deutlich zulegen dürften, wird für das dritte Quartal mit einer noch-

Insgesamt stützen die vorliegenden Daten die Einschätzung, dass sich das Gastgewerbe weiterhin auf einem Erholungskurs befindet und trotz des Inflationsdruck mit spürbaren Anstiegen des preisbereinigten Umsatzes zu rechnen ist.

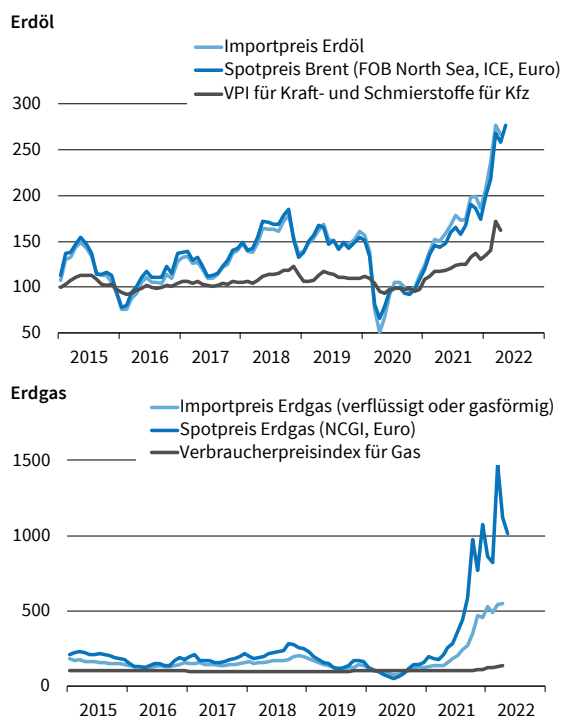
maligen Zunahme um 1,2% gerechnet. Insgesamt ist für das Jahr 2022 mit einer Expansion der privaten Konsumausgaben um 4,8% im Vergleich zum Vorjahr rechnen. Im nächsten Jahr dürfte sich die Rate dann auf 3,0% abschwächen.

HOHE INFLATIONS-DYNAMIK SETZT SICH FORT

Der deutsche Verbraucherpreisindex (VPI) ist zuletzt weiter kräftig gestiegen, so dass die Inflationsrate im Mai bei 7,9% lag. Dazu haben insbesondere die seit Beginn des Ukraine-Kriegs stark angestiegenen Preise für Energie (+ 38,3% im Vorjahresvergleich) und Nahrungsmittel (+ 11,1%) beigetragen. Jedoch ist die Inflationsdynamik inzwischen breit angelegt (vgl. Box »Zu den Triebkräften der deutschen Verbraucherpreis-inflation«). So stieg auch der VPI ohne Energie und Nahrungsmittel deutlich überdurchschnittlich um 3,7%. Bei sonstigen Gütern (+ 5,2%) machten sich weiterhin Lieferengpässe und die Teuerung bei Vorprodukten bemerkbar, während bei Dienstleistungen (+ 3,7%) die Nachwirkungen der Coronakrise eine Rolle spielen dürften. Lediglich die Preise für Wohnungsmieten expandierten zuletzt weiterhin nur moderat mit 1,7%.¹

Die seit Jahresbeginn stark steigenden Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas schlugen sich in den letzten Monaten in weitaus stärkerem Maße in den Verbraucherpreisen nieder, als in der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022 erwartet wurde (vgl. Wollmershäuser et al. 2021). Dies gilt, obwohl die tatsächliche Marktpreisentwicklung nicht unterschätzt wurde. Normalerweise spiegeln sich schwankende Weltmarktpreise für Rohöl zügig in den entsprechenden Komponenten des VPI – wie etwa Benzin und Heizöl (Anteil von 4,7% im Warenkorb) – wider (vgl. Abb. 33).² Allerdings legt der überraschend starke Anstieg der VPI-Komponente in den letzten Monaten nahe, dass die Unternehmen steigende Weltmarktpreise seit Jahresbeginn im stärkeren Maße an den Kunden weitergegeben haben, als das auf Basis der historischen Zusammenhänge zu erwarten gewesen

Abb. 33
Energiepreise
Index 2020 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt; Intercontinental Exchange (ICE). © ifo Institut

¹ Diese Rate ist aus historischer Perspektive dennoch überdurchschnittlich hoch. Die langjährige Inflationsrate bei Wohnungsmieten lag über die letzten zehn Jahre annähernd konstant bei 1,3%. Zu dem höheren Anstieg in den letzten Monaten dürfte wohl beigetragen haben, dass ein Teil der Mietverträge preisindexiert ist, so dass die Nettokaltmieten im Einklang mit der höheren Inflationsrate gestiegen sind.

² Aufgrund der fixen Steuer- und Abgabenkomponente (u.a. Energiesteuer und CO₂-Steuer) sind die prozentualen Veränderungsraten in der VPI-Komponente kleiner als die der Rohölpreise.

wäre. Steigende Gewinnmargen auf Seiten der Mineralölunternehmen könnten dafür ein Grund sein.

Bei Gas hingegen ist der empirische Zusammenhang zwischen den Weltmarktpreisen und der entsprechenden VPI-Komponente (Anteil von 3,2% im Warenkorb) deutlich schwächer ausgeprägt. Ursache dafür sind zum einen die recht geringen Schwankungen bei den Weltmarktpreisen in den letzten Jahren. Zudem schließen sowohl Energieversorger als auch Haushalte und Unternehmen meist langfristige Lieferverträge ab, so dass die Preise vergleichsweise starr waren. Dadurch haben sich die Weltmarktpreise für Erdgas, die deutschen Importpreise für Erdgas und die entsprechende VPI-Komponente in der Vergangenheit sehr unterschiedlich entwickelt. Angesichts der außergewöhnlich stark steigenden Weltmarktpreise könnte

sich der Zusammenhang zwischen den Gaspreisen und der VPI-Komponente jetzt allerdings geändert haben, so dass Prognosen auf Basis historischer Zusammenhänge den erwarteten Einfluss der Marktpreise auf die Verbraucherpreise in den vergangenen Monaten tendenziell unterschätzt haben dürften. Die stark gestiegenen Weltmarktpreise dürften daher in den kommenden Monaten nach und nach bei den Energieversorgern (und damit bei den Importpreisen für Erdgas) sowie bei den Verbrauchern (und damit bei der entsprechenden VPI-Komponente) ankommen.

Im Prognosezeitraum dürften die Verbraucherpreise noch einige Zeit mit überdurchschnittlichen Raten steigen. Aktuelle Unternehmensbefragungen des ifo Instituts deuten zwar darauf hin, dass der Preisdruck auf den vorgelagerten Produktionsstufen

ZU DEN TRIEBKRÄFTEN DER DEUTSCHEN VERBRAUCHERPREISINFLATION

Die spürbare Inflation der letzten Quartale entfachte eine Diskussion über die möglichen Ursachen des aktuellen Preisdrucks. Unter den Volkswirten kristallisierten sich zwei konkurrierende Erklärungsansätze heraus. Der erste Ansatz betont die Rolle der gestörten Lieferketten. Aus Sicht der makroökonomischen Theorie repräsentieren diese Störungen ineffiziente Kostenschocks, die die Inflation erhöhen und die Wirtschaftsleistung bremsen. Der zweite Erklärungsansatz stellt die expansive Geld- und Fiskalpolitik der letzten zwei Jahre in den Vordergrund. Diesem Ansatz nach hat die aggressive Reaktion der Regierungen und der Zentralbanken auf die Coronakrise die Konjunktur zwar gestützt, aber gleichzeitig die Inflation beflügelt.

Diese zwei Inflationsnarrative können mit Hilfe des ifo-DSGE-Modells auf ihre Relevanz geprüft werden. Bei dem ifo-DSGE-Modell handelt es sich um ein umfassendes makroökonomisches Modell, das aus drei mikrofundierten Regionen – Deutschland, dem Rest

des Euroraums und dem Rest der Welt – besteht (vgl. Šauer 2022). Reale und nominale Friktionen gewährleisten, dass das Modell bei Simulationsrechnungen realistische Anpassungsdynamiken entfaltet. Ausgehend von einer aktuellen Parameterschätzung kann mit dem Modell quantifiziert werden, welchen Beitrag Kostenschocks auf der einen Seite und Schocks der Geld- und Fiskalpolitik auf der anderen Seite zur Beschleunigung der deutschen Verbraucherpreisinflation geleistet haben. Die historische Schockzerlegung zeigt, dass beide Erklärungsansätze ihre Berechtigung haben (vgl. Tab. 14). Sowohl Kostenschocks als auch Politikschocks trugen in den letzten Quartalen merklich zur höheren Inflation bei. Auf die Expansion des Bruttoinlandsprodukts und der privaten Konsumausgaben wirkten sich die zwei Schockgruppen allerdings unterschiedlich aus. Die Kostenschocks dämpften und die Politikschocks unterstützten die deutsche Konjunktur.

Tab. 14

Historische Schockzerlegung in Prozentpunkten

		2021:Q1	2021:Q2	2021:Q3	2021:Q4	2022:Q1
Verbraucherpreise ^a	Trendbereinigt ^c	2,2	0,1	0,2	1,0	2,9
	Kostenschocks ^d	0,8	0,3	0,4	0,4	1,1
	Politikschocks ^e	0,5	0,5	0,6	0,8	1,4
Bruttoinlandsprodukt ^b	Trendbereinigt ^c	-2,0	1,9	1,3	-0,7	0,0
	Kostenschocks ^d	-1,9	-0,2	0,0	0,1	-3,5
	Politikschocks ^e	2,4	0,1	0,0	1,8	2,9
Private Konsumausgaben ^b	Trendbereinigt ^c	-5,7	3,7	5,9	-1,6	-0,3
	Kostenschocks ^d	-0,9	0,5	-0,2	-1,3	-1,9
	Politikschocks ^e	0,9	0,2	0,7	1,1	1,7

^a Harmonisierter Verbraucherpreisindex, saisonbereinigt. ^b Pro Kopf, preis-, saison- und kalenderbereinigt. ^c Trendbereinigte Vorquartalswachstumsrate. ^d Beitrag deutscher und internationaler Cost-Push-Shocks. ^e Beitrag deutscher und internationaler fiskalischer und geldpolitischer Schocks.

Quelle: ifo-DSGE-Modell; Berechnungen des ifo Instituts.

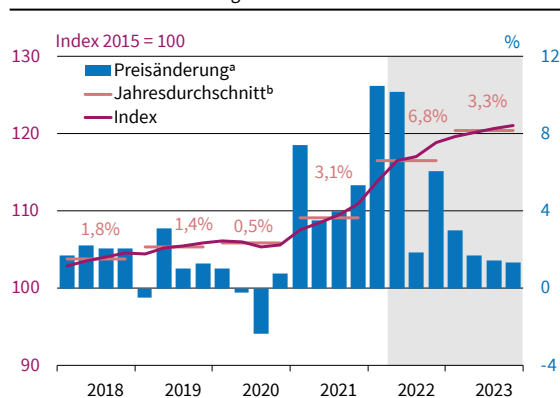
© ifo Institut Juni 2022

allmählich abnimmt, auf den konsumnahen Stufen ist allerdings noch keine Entspannung absehbar. Insbesondere die Hersteller von Waren dürften steigende Kosten aufgrund von anhaltenden Lieferengpässen und höheren Rohstoffpreisen erst nach und nach an die Verbraucher weitergeben. Dieses eingeschränkte Angebot trifft auf eine vergleichsweise kräftige Nachfrage, die sich unter anderem aus der Normalisierung des Ausgabeverhaltens der Konsumenten nach dem Abflauen der Coronawellen sowie der hohen Überschussersparnis speist, die während der Coronakrise angehäuft wurde. Dadurch fällt es Unternehmen leichter, höhere Verkaufspreise durchzusetzen.

Bei den Energiepreisen wird hingegen im Einklang mit Finanzmarkterwartungen (Futures) von einer Entspannung der Weltmarktpreise ausgegangen. So dürften die Marktpreise für Rohöl und Erdgas allmählich abnehmen und in der zweiten Jahreshälfte

Abb. 34

Verbraucherpreise in Deutschland
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

ZUR SCHÄTZUNG DER DAUER DES INFLATIONSANSTIEGS AUF BASIS EINES NEUEN TREND-ZYKLUS-MODELLS

Im Mai erreichte die Inflationsrate in Deutschland mit 7,9 % einen neuen Höchststand. Sie ist damit so hoch wie zuletzt während der Ölkrisen in den 1970er Jahren. Auch heute ist ein starker Anstieg der Energiepreise wieder ein wichtiger Treiber des Anstiegs der Verbraucherpreise. Vor dem Hintergrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus stellt sich aber die Frage, ob dieser Anstieg nur vorübergehend ist oder ob nicht auch längerfristig mit höheren Inflationsraten als im Durchschnitt der Jahre seit der Einführung der gemeinsamen Währung zu rechnen ist. Zur Beantwortung dieser Frage wurde ein neues semistrukturales Inflationsprognosemodell für Deutschland entwickelt.¹ Dieses Modell ist durch die Zerlegung der Inflationsrate in eine zyklische Komponente und eine Trendkomponente, die Modellierung des Einflusses von Energiepreisen sowie der gleichzeitigen Modellierung von Gesamtinflation und Kerninflation (Gesamtinflation ohne Energie) zur Analyse der aktuellen Situation geeignet. Eine solche Zerlegung in Trend, Zyklus und Energiepreiskomponente entspricht der Inflationsanalyse an vielen Zentralbanken (vgl. z.B. Hasenzagl et al. 2020, die in ihrem Modell in ähnlicher Weise die Sicht der US-amerikanischen Zentralbank auf die Inflation abbilden).

In dem Modell wird der zyklische Anteil der Inflation als Abweichung der Inflationsrate von einer nicht direkt beobachtbaren Trendinflationsrate definiert. Die zyklischen Inflationsdynamiken werden anhand von Phillips-Kurven modelliert und dabei durch eine im Modell endogen geschätzte Produktionslücke und

deren verzögerte Werte erklärt. Hinzu kommt eine Modellierung der Inflationspersistenz durch die Berücksichtigung verzögerter Werte der zyklischen Inflation. Außerdem wird der Einfluss der Energiepreise auf die Verbraucherpreise berücksichtigt. Dabei wird der Rohölpreis als approximatives Maß für umfassendere Energiepreisindizes verwendet. Die Phillips-Kurven für die Gesamt- und die Kerninflation sind identisch spezifiziert, aber das Modell gibt den Einflussfaktoren über die Parameterschätzung für beide Inflationsraten unterschiedliche Gewichte. So ergibt sich für die Gesamtinflation ein deutlich stärkerer Einfluss des Rohölpreises als für die Kerninflation.

Die Produktionslücke wird als Abweichung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von einem nicht beobachtbaren Produktionspotenzial definiert. Das Produktionspotenzial wird als Random-Walk-Zeitreihenprozess mit Drift-Komponente modelliert. Für die Produktionslücke wird ein autoregressiver Prozess spezifiziert und somit die Persistenz des Konjunkturzyklus und Einflüsse exogener Schocks berücksichtigt. Um die Produktionslücke besser zu identifizieren, werden außerdem die zyklischen Dynamiken einer Reihe von realwirtschaftlichen Indikatoren mit der Produktionslücke verbunden. Dies geschieht so, dass vorlaufende, gleichlaufende und nachlaufende Charakteristika unterschiedlicher Indikatoren adäquat berücksichtigt werden. Konkret werden Daten für Investitionen, Importe, Exporte, die Arbeitslosenquote, das Verbrauchervertrauen und die Kapazitätsauslastung verwendet. Die Modellierung der Produktionslücke als autoregressiver Prozess ist als Basismodell zu verstehen, das für spezifische Fragestellungen

¹ Dieses Modell wurde maßgeblich von Maik Wolters (Universität Würzburg und ifo Institut) entwickelt. Der Autor bedankt sich für hilfreiche Kommentare bei Magnus Reif.

erweitert werden kann. So könnte beispielsweise die Produktionslücke über eine IS-Kurve mit dem Realzins verbunden oder der Rohölpreis als indirektes Maß für den globalen Konjunkturzyklus aufgenommen werden. Die Produktionslücke hat in diesem Modell eine sehr klare Definition, nach der Abweichungen des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotenzial zu Schwankungen der Inflationsrate um ihren Trend herum führen (vgl. auch Jarociński und Lenza 2018).

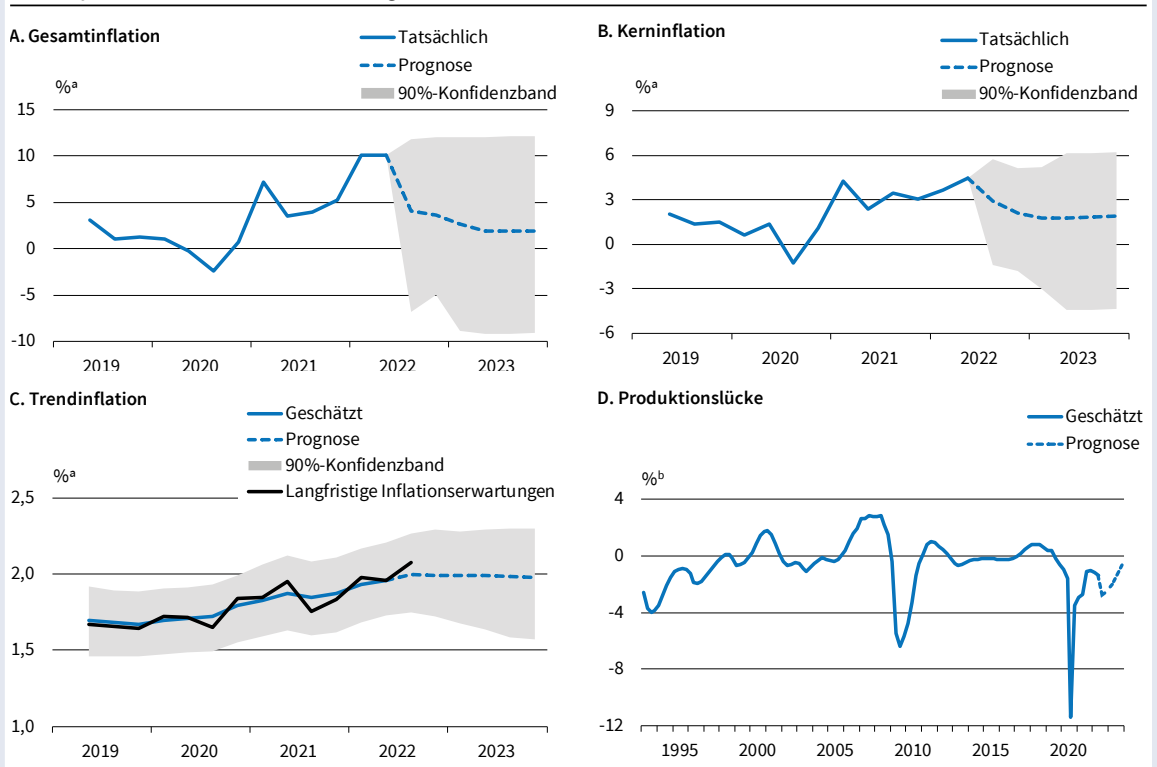
Zur Beantwortung der Frage, ob der aktuelle Inflationsanstieg nur vorübergehend ist oder ob nicht auch längerfristig mit höheren Inflationsraten zu rechnen ist, ist die Modellierung der Trendinflationsrate zentral. Diese wird als Random-Walk-Zeitreihenprozess spezifiziert, der neben den über die Phillips-Kurven abgebildeten temporären Inflationschwankungen auch Schocks zulässt, die zu permanenten Inflationsveränderungen führen. Zur besseren Abgrenzung von Trendinflation und zyklischer Inflation werden langfristige Inflationserwartungen von Consensus Economics verwendet, die einen Durchschnitt der Einschätzung einer Vielzahl von Volkswirten über die durchschnittliche Inflationsrate in den nächsten sechs bis zehn Jahren abbilden. Dabei wird jedoch unterstellt, dass die langfristigen Inflationserwartungen kein perfektes Maß für die tatsächliche Trendinflationsrate darstel-

len. So lässt das Modell persistente Abweichungen zwischen den langfristigen Inflationserwartungen und der Trendinflation zu (vgl. Chan et al. 2018).

Da das Modell diverse nicht beobachtbare Variablen enthält, wird es als Zustandsraummodell (State Space Model) formuliert, das die beobachtbaren Variablen mit den latenten Größen in einem multivariaten dynamischen System verbindet. Dadurch kann das Modell auch dann verwendet werden, wenn noch nicht alle Daten für einen Zeitpunkt veröffentlicht sind, da diese dann als nicht beobachtbar im Modell geschätzt werden. Prognosen sowohl für die beobachtbaren Variablen (Inflationsrate, langfristige Inflationserwartungen, Rohölpreis) als auch für unbeobachtbaren Variablen (Produktionslücke) werden basierend auf der Modellstruktur mit dem Kalman-Filter berechnet. Alternativ können auch jeweils exogene Prognosen verwendet werden, um mit dem Modell darauf konditionierte Inflationsprognosen zu berechnen. Für die Schockprozesse wird stochastische Volatilität zur Berücksichtigung der Schwankung der Volatilität der Daten unterstellt. Das Modell wird mit Bayesianischen Methoden geschätzt, so dass zusätzliche Vorabinformationen beispielsweise über den Anteil zyklischer Dynamiken und Trendveränderungen über sogenannte A-Priori-Information der zu schätzenden Parameter berücksichtigt werden können.

Abb. 35

Trend-Zyklus-Modell für die Inflationsprognose



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal (auf Jahresrate hochgerechnet).
^b Abweichung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts vom geschätzten Produktionspotenzial.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Consensus Economics; Berechnungen des ifo Instituts; ab II/2022 Prognose des ifo Instituts.

Aktuell prognostiziert das Modell für das Jahr 2022 einen Anstieg der Verbraucherpreise in Höhe von 6,8% im Vergleich zum Vorjahr und 2,7% für das Jahr 2023. Für die Kerninflationsrate ergeben sich 3,4% und 2,1% (vgl. Abb. 35 A und B). Die Prognose liegt somit in einem ähnlichen Bereich wie die Consensus-Prognose vom 9. Mai (Gesamtinflation in Höhe von 6,6% für das Jahr 2022 und 3,0% für das Jahr 2023) oder die vorliegende ifo Konjunkturprognose Sommer 2022 (Gesamtinflation in Höhe von 6,8% für das Jahr 2022 und 3,3% für das Jahr 2023; Kerninflation in Höhe von 4,2% für das Jahr 2022 und 3,5% für das Jahr 2023). Somit ist die Abweichung der Inflationsrate von ihrem Trend sehr persistent und bis in das Jahr 2023 hinein zu erwarten. Die erhöhte Inflationsprognose kann drei Faktoren zugeschrieben werden. Erstens werden über die modellierte Inflationspersistenz die aktuell hohen Inflationsraten partiell in die Zukunft fortgeschrieben. Zweitens spiegelt dies den Einfluss des aktuell hohen Rohölpreises wider. Allerdings ist nach der Schätzung der Anstieg der Rohölpreise teilweise zyklisch und bildet sich im Prognosezeitraum zurück, was dämpfend auf die Inflationsprognose wirkt. Drittens beeinflusst die Produktionslücke die zyklische Inflation. Nach der Schätzung ist diese aktuell negativ und dämpft somit den Preisanstieg. Da die Produktionslücke als autoregressiver Prozess modelliert ist, schließt sie sich allmählich im Prognosezeitraum, so dass dieser inflationsdämpfende Faktor sich verringert.

Die geschätzte Trendinflationsrate und damit die modellbasierte langfristige Inflationsprognose sind bislang nur wenig nach oben korrigiert worden, von 1,7% in den Jahren 2016 bis 2020 leicht auf zuletzt 2,0% (vgl. Abb. 35 C). Zu einem stärkeren Anstieg der Trendinflationsrate würde es erst kommen, wenn die langfristigen Inflationserwartungen, die von 1,7% in den Jahren 2016 bis 2020 auf aktuell 2,1% gestiegen sind, weiter zunehmen würden. Da die Trendinflationsrate als Random-Walk-Zeitreihenprozess spezifiziert ist, verbleibt die Trendinflationsrate im Prognosezeitraum auf dem letzten geschätzten Wert. Da außerdem aktuell die geschätzte Trendinflation weitgehend identisch mit den langfristigen Inflationserwartungen ist, werden vom Modell im Prognosezeitraum auch keine länger anhaltenden Abweichungen von diesem zuletzt geschätzten Wert unterstellt. Da die langfristigen Inflationserwartungen zukünftig damit implizit konstant auf dem aktuellen Niveau verbleiben, deutet das Modell daher bisher auf keine Entankerung der Inflationserwartungen hin.

Die Inflationsprognoseunsicherheit ist recht groß, was an der großen Anzahl an zu schätzenden Parametern und unbeobachtbaren Zeitreihen bei Zustandsraummodellen liegt. Außerdem bildet das Modell über die Berücksichtigung stochastischer Volatilität die aktuell sehr hohe Volatilität der Daten ab. Die Prognoseunsicherheit ist überdies leicht asymmetrisch. Dies liegt daran, dass die Trendinflationsrate mittels der langfristigen Inflationserwartungen relativ präzise geschätzt werden kann. Da letztere bis zum aktuellen Rand lediglich geringfügig gestiegen sind, ist nach der Schätzung die Wahrscheinlichkeit eines Rückgangs der Inflation zum Trend höher als die eines weiteren Anstiegs.

Die Plausibilität des Modells lässt sich unter anderem anhand der resultierenden Produktionslücke bewerten. Diese erfasst die globale Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009, die schwache Erholung mit der europäischen Staatsschuldenkrise in den Jahren 2012 und 2013 und den wirtschaftlichen Einbruch während der Coronakrise (vgl. Abb. 35 D) und bildet somit die konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre adäquat ab. Nach der aktuellen Schätzung liegt die Produktionslücke zu Jahresbeginn 2022 bei -1,2%, und damit in etwa zwischen dem umfragebasierten Auslastungsgrad (+0,1%) und der im Abschnitt »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion« geschätzten Produktionslücke (-2,2%) (vgl. dazu auch Abb. 13 im Abschnitt »Überblick«). Durch die Berücksichtigung der Rohölpreise kann das Modell dennoch die aktuell hohen Inflationsraten erfassen und prognostiziert auch eine überdurchschnittliche Inflationsrate für die Jahre 2022 und 2023. Somit werden nicht nur nachfrageseitige Inflationsschwankungen über Veränderungen der Produktionslücke abgebildet, sondern auch angebotsseitige Veränderungen der Verbraucherpreise, die unter anderen durch starke Schwankungen der Energiepreise verursacht werden. Sollte sich die Inflation durch die Entwicklung einer möglichen Lohn-Preis-Spirale von der konjunkturellen Entwicklung und der Energiepreisentwicklung entkoppeln, so könnte das Modell dies durch permanente Inflationsschocks, die auf die Trendinflationsrate wirken, erfassen. Da eine Lohn-Preis-Spirale nicht explizit modelliert wird, würde ein solcher Effekt insbesondere durch den damit verbundenen Anstieg der langfristigen Inflationserwartungen in das Modell einfließen. Bisher ist der Anstieg der geschätzten Trendinflationsrate allerdings noch moderat.

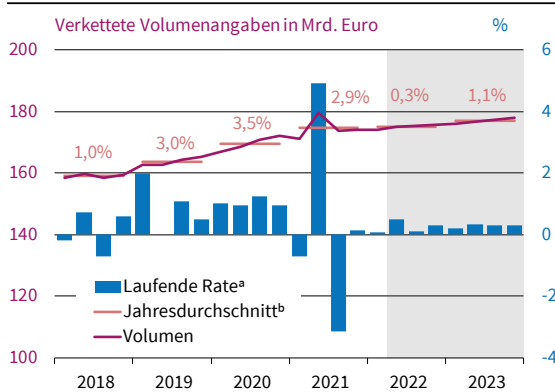
2023 inflationsenkend wirken. Aufgrund des Ausfalls von Russland als Energielieferant ist insbesondere bei Erdgas jedoch auch mittelfristig mit höheren Preisen als vor der Coronakrise zu rechnen. Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel dürften zwar mittelfristig

auch wieder etwas zurückgehen, die nur verzögerte Weitergabe der Produktionskosten an die Verbraucher und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine werden jedoch noch eine Weile für höheren Druck bei den Verbraucherpreisen sorgen.

Abb. 36

Konsumausgaben des Staates

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Darüber hinaus haben auch die Entlastungspakete der Bundesregierung einen temporären Effekt auf die Verbraucherpreise. Das Neun-Euro-Ticket im ÖPNV und die Reduzierung der Kraftstoffsteuer³ dürften zusammen genommen die Inflationsrate zwischen Juni und August vorübergehend um etwa 1 Prozentpunkt senken. Aufs Gesamtjahr gerechnet dürften die Entlastungspakete die Inflationsrate um rund 0,3 Prozentpunkte reduzieren. Aufgrund des Wirkens von Basiseffekten steigt dann spiegelbildlich die Inflationsrate im kommenden Jahr. Inflationssenkend wirkt ab Juli zusätzlich der Wegfall der EEG-Umlage, die den Strompreis ab Juli 2022 um etwa 10% reduzieren dürfte. Dadurch fällt die Inflationsrate in diesem und im kommenden Jahr um jeweils knapp 0,2 Prozentpunkte. Inflationstreibend wirkt hingegen die schrittweise Erhöhung des Mindestlohns, wodurch die Teuerung in diesem und im kommenden Jahr um 0,05 bzw. 0,34 Prozentpunkte höher ausfallen dürfte.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Effekte dürfte die Gesamtinflation im Jahresdurchschnitt 2022 bei 6,8% liegen, wobei die Kerninflation (ohne Energie) 4,2% betragen sollte (vgl. Abb. 34). Im Einklang mit allmählich sinkenden Energiepreisen und sich auflösenden Lieferengpässen dürfte sich die Preissteigerungsrate im nächsten Jahr dann deutlich abschwächen, aber mit 3,3% (Kerninflation: 3,5%) immer noch höher liegen als im historischen Durchschnitt. Da die Trendinflation vermutlich angestiegen ist (vgl. Box »Zur Schätzung der Dauer des Inflationsanstiegs auf Basis eines neuen Trendzyklus-Modells«), ist auch längerfristig mit einer höheren Inflationsrate als vor der Coronakrise zu rechnen.

³ Für die Berechnung des Effekts der reduzierten Kraftstoffsteuer sind wir davon ausgegangen, dass die Steuersenkungen zu 60% an die Verbraucher*innen weitergegeben werden. Dies deckt sich mit Schätzungen zur temporären Mehrwertsteuersenkung 2020 von Montag et al. (2020).

STAATSKONSUM WEITER HOCH

Nachdem die Konsumausgaben des Staates die vergangenen zwei Jahre durch Maßnahmen zur Abfederung der Coronakrise geprägt waren, stabilisiert sich die Entwicklung im Prognosezeitraum auf hohem Niveau (vgl. Abb. 36). Zwar gehen die Ausgaben für den Betrieb von Impfzentren, die Beschaffung von Impfstoffen und Schutzausrüstung und für kostenlose Bürgertests deutlich zurück oder fallen komplett weg. Allerdings nehmen vor allem im zweiten Quartal 2022 Aufwendungen im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine zu. Damit dürfte der preisbereinigte Staatskonsum im zweiten Quartal um 0,5% steigen, nachdem er zu Beginn des Jahres nahezu stagnierte. Dass der reale Staatskonsum trotz weiterhin hohen nominalen Wachstums der konsumtiven Staatsausgaben in der ersten Jahreshälfte nicht noch stärker steigt, ist auf das erhöhte Preisniveau für staatliche Beschaffungen zurückzuführen. Allerdings dürfte der staatliche Konsum aufgrund der unterschiedlichen Ausgabenstruktur, z.B. geringere Energiekomponente, nicht so stark vom gestiegenen Preisniveau getroffen werden wie der Konsum der privaten Haushalte. In der zweiten Hälfte des laufenden Jahres werden einerseits pandemiebedingte Ausgaben keine Rolle mehr spielen, andererseits wird das Preisniveau weniger stark steigen. Zusammen mit der annahmegemäß anhaltenden Fluchtmigration wird der Staatskonsum im dritten und vierten Quartal leicht steigen. Insgesamt wird im Jahr 2022 mit einem Anstieg des preisbereinigten Staatskonsums von 0,3% gerechnet. Im folgenden Jahr wird die Dynamik der staatlichen Konsumausgaben wieder zunehmen und mit insgesamt 1,1% wachsen, was vor allem auf die langfristig steigenden Ausgaben infolge des demografischen Wandels zurückzuführen ist. Des Weiteren werden die Tarifanpassungen im öffentlichen Dienst Ende 2022 diese Dynamik unterstützen.

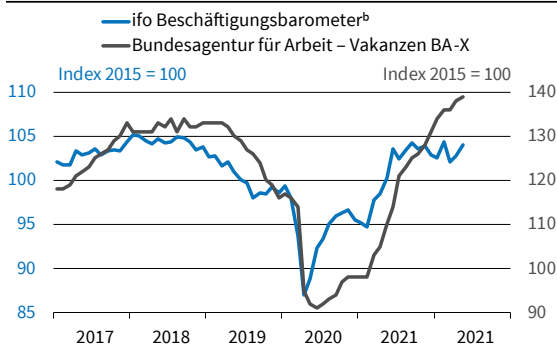
BESCHÄFTIGUNGS-AUFBAU VERLANGSAMT SICH

Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt hat sich im Winterhalbjahr 2021/2022 trotz fortbestehender Infektionsschutzmaßnahmen spürbar erholt. Diese Entwicklung wurde durch die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zwar merklich abgeschwächt, aber vorerst nicht unterbrochen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg zwischen November 2021 und April 2022 saisonbereinigt um 426 000 (+ 0,9%) und lag damit im April wieder um 95 000 über dem Vorkrisenniveau von Februar 2020. Dieser kräftigen Erholung lag vor allem ein starker Anstieg der Zahl der Arbeitnehmer zugrunde.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg zwischen November und März (letzter verfügbarer Wert) um saisonbereinigt insgesamt 356 000 Personen (+ 1,0%), wobei der Anstieg im März mit 31 000 spürbar schwächer ausfiel als in den vier Vormonaten, in denen die monatlichen Zunahmen relativ konstant mit jeweils ca. 80 000 ausgewiesen

Abb. 37

Arbeitsmarkindikatoren für Deutschland^a



^a Saisonbereinigter Verlauf. ^b Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

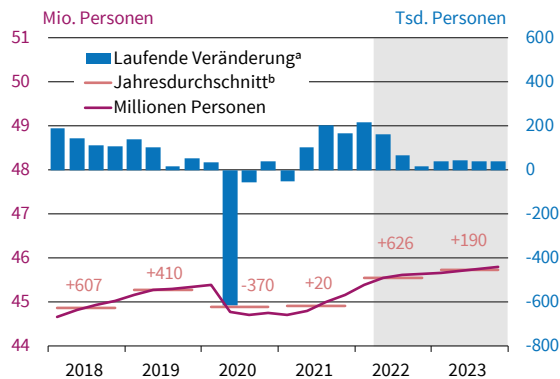
wurden. Dabei verzeichneten vor allem die öffentlichen Dienstleister und Unternehmensdienstleister fortwährend einen robusten Beschäftigungsaufbau, während sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe nur gering erhöht hat. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sank im gleichen Zeitraum um 54 000 (-1,3%), während die Zahl der Selbständigen im ersten Quartal mit saisonbereinigt +1 000 erstmals seit über zehn Jahren eine positive Vorquartalsänderung aufweist.

Im Prognosezeitraum dürfte die Erwerbstätigkeit ihre Erholung von der Coronakrise zwar fortsetzen, wenngleich die Dynamik aufgrund des Krieges in der Ukraine, der Lieferengpässe bei wichtigen Vor- und Zwischenprodukten und des sich verstärkenden Fachkräftemangels spürbar nachlassen dürfte (vgl. Abb. 37). Einerseits deuten die Frühindikatoren weiterhin auf eine sehr hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hin (vgl. Abb. 38). Der BA-X der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigt an, dass die Zahl der offenen Stellen in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen hat. Das ifo Beschäftigungsbarometer hat sich nach einem Rückgang im März 2021 wieder stabilisiert. Insgesamt bewegt es sich somit seit Juni 2021 auf relativ hohem Niveau seitwärts und rangiert in fast allen Wirtschaftsbereichen per saldo im positiven Bereich, was einen geplanten Aufbau an Beschäftigung nahelegt. Andererseits deuten mehrere Faktoren auf eine merklich schwächere Dynamik hin. Erstens fällt es Unternehmen zusehends schwerer, ihre offenen Stellen zu besetzen. Ausweislich des KfW-ifo-Fachkräftebarometers sahen sich 44% der Unternehmen im April 2022 – und damit deutlich mehr als vor der Coronakrise – in ihrer Geschäftstätigkeit durch Fachkräftemangel behindert (vgl. KfW Research 2022). Zweitens dürfte die Erholung von der Coronakrise in vielen Wirtschaftsbereichen schon weit fortgeschritten sein. Drittens dürften die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine und der Lieferengpässe die Arbeitsnachfrage bremsen, wenngleich sich dies zuvorderst in der Arbeitszeit und Produktivität niederschlagen dürfte. Viertens dürfte die starke Anhe-

Abb. 38

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

bung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde im Oktober 2022 für sich genommen zu bedeutsamen Beschäftigungsverlusten führen. Dieser dürfte sich zwar vorwiegend in einer Reduktion der Arbeitszeit niederschlagen, dennoch dürfte die Zahl der Erwerbstätigen zum Ende des Prognosezeitraums um etwa 150 000 niedriger liegen als in einer Situation ohne starke Anhebung des Mindestlohns (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2022, S. 55 f.). Dem wirkt die Fluchtmigration im Zuge des Krieges in der Ukraine entgegen, die das Erwerbspersonenpotenzial substantiell anhebt (siehe Abschnitt »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion«) und annahmegemäß auch die Zahl der Erwerbstätigen bis Ende 2023 um 110 000 erhöht.

Vor diesem Hintergrund dürfte sich der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen in den kommen-

Tab. 15

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2020	2021	2022	2023
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	59 454	60 490	61 885	63 003
Erwerbstätige im Inland	44 898	44 918	45 544	45 734
Arbeitnehmer	40 860	40 989	41 627	41 844
darunter				
SV Beschäftigte	33 579	33 897	34 484	34 715
Geringfügig Beschäftigte	4 290	4 101	4 096	4 065
Selbständige	4 038	3 929	3 917	3 890
Pendlersaldo	- 95	- 117	- 135	- 141
Erwerbstätige Inländer	44 803	44 801	45 410	45 594
Arbeitslose	2 695	2 613	2 311	2 288
Arbeitslosenquote BA ^a	5,9	5,7	5,0	5,0
Erwerbslose ^b	1 664	1 536	1 281	1 264
Erwerbslosenquote ^c	3,6	3,3	2,7	2,7

^a Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^b Definition der ILO.
^c Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

den Quartalen spürbar abschwächen, nachdem sie vor allem aufgrund eines hohen statistischen Überhangs im zweiten Quartal 2022 noch um saisonbereinigt 165 000 steigen dürfte. Insgesamt dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2022 um etwa 626 000 und im Jahr 2023 um 190 000 zunehmen (vgl. Tab. 15).

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im ersten Quartal unter anderem aufgrund einer vergleichsweise geringen witterungsbedingten Winterarbeitslosigkeit erneut kräftig um saisonbereinigt 101 000 zurückgegangen. Die Dynamik hat zuletzt allerdings wegen der hierdurch schwächer ausfallenden Frühjahrsbelegung, des Anstiegs der Zahl der registrierten Arbeitslosen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit und der Eintrübung der konjunkturellen Lage deutlich abgenommen und ist im Mai nur noch um 4 000 gefallen.

Neben der langsameren konjunkturellen Gangart dürfte vor allem die Integration der Geflüchteten aus der Ukraine in den deutschen Arbeitsmarkt die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten prägen. Eine gewichtige Rolle wird hierbei die Einführung des Anspruchs auf Grundsicherungsleistungen ab dem 1. Juni spielen, die dazu führen wird, dass viele Geflüchtete relativ zeitnah auch in der registrierten Arbeitslosigkeit erfasst werden. Das Ausmaß und die Geschwindigkeit dieses Effektes ist aufgrund einer dreimonatigen Übergangsfrist und der erhöhten Auslastung der Jobcenter und Arbeitsagenturen nur schwer prognostizierbar. Da die konjunkturelle Grunddynamik ansonsten nur einen leichten Abbau der Arbeitslosigkeit nahelegen würde, dürfte dieser Sondereffekt in den kommenden Monaten dazu führen, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen steigt. Hinzu kommt der Effekt der Mindestlohnhebung, der für sich genommen die registrierte Arbeitslosigkeit bis Ende 2023 um etwa 50 000 erhöhen dürfte. Dieser Effekt auf die Arbeitslosigkeit dürfte damit bedeutend schwächer ausfallen als der Beschäftigungseffekt, da ein großer Anteil der Betroffenen in

Minijobs beschäftigt ist und daher keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld besitzt. Zusammengenommen dürfte die Zahl der Arbeitslosen daher bis Ende 2022 leicht ansteigen, ehe sie im Laufe des kommenden Jahres wieder leicht rückläufig sein dürfte. Dennoch dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit aufgrund des sehr hohen statistischen Überhangs in diesem Jahr um etwa 302 000 Personen unter dem Vorjahreswert liegen, ehe sie im kommenden Jahr um weitere 24 000 zurückgehen dürfte (vgl. Abb. 39). In der Folge fällt die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit von 5,7% im vergangenen Jahr auf 5,0% im Durchschnitt der Jahre 2022 und 2023.

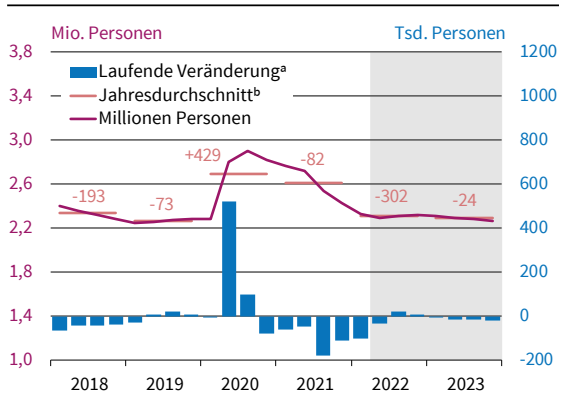
Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen ist im ersten Quartal 2022 saison- und kalenderbereinigt abermals kräftig um 1,0% gesunken, nachdem es im vierten Quartal 2021 bereits um 0,9% zurückgegangen war. Da im gleichen Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen stieg, ist dies ausschließlich auf eine Reduktion der durchschnittlichen Arbeitszeit pro Kopf zurückzuführen. Unter Selbständigen nahm die durchschnittliche Arbeitszeit saison- und kalenderbereinigt im ersten Quartal um 3,6% ab, nachdem sie im Vorquartal bereits um 3,8% schrumpfte. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer nahm im ersten Quartal um 1,1% ab, nach einem Rückgang von 0,9% im Vorquartal. Maßgeblich für diesen abermaligen Rückgang ist der Krankenstand, der im ersten Quartal in Folge der Omikron-Welle mit 6,4% einen historischen Höchststand erreichte. Darüber hinaus gingen in etwa 0,1 Prozentpunkte des zusätzlichen Arbeitsausfalls auf die konjunkturelle Kurzarbeit zurück, deren Umfang in Beschäftigungsäquivalenten im ersten Quartal trotz eines leichten Rückgangs der Zahl der Kurzarbeitenden gestiegen ist.

Für das Sommerhalbjahr 2022 zeichnet sich eine deutliche Ausweitung des Arbeitsvolumens ab. Im zweiten Quartal dürfte dies vor allem auf eine starke Reduktion des Umfangs der Kurzarbeit zurückzuführen sein. Nachdem sich die Zahl der Personen in konjunkturell bedingter Kurzarbeit zwischen August 2021 und Februar 2022 auf einem Niveau von etwa 800 000 seitwärts bewegte, ging sie ausweislich der ersten Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit im März auf 553 000 zurück. Nach Schätzungen des ifo Instituts auf Basis der ifo Konjunkturumfragen sank die Zahl der Kurzarbeiter seither stark auf zuletzt ca. 277 000 im Mai (vgl. Link und Sauer 2022). Hierbei kommen vor allem die fortschreitenden Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen zum Tragen, die mit einer stark rückläufigen Zahl der Personen in Kurzarbeit in kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen wie dem Gastgewerbe und im Handel einhergingen. Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte die Zahl der Kurzarbeitenden zuletzt allerdings nur leicht rückläufig gewesen sein und war in Folge der Lieferengpässe vor allem im Kraftfahrzeugbau noch deutlich erhöht. Nachdem der Krankenstand ausweislich der Zahlen der gesetzlichen Krankenversicherung im April auf

Abb. 39

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

7% gestiegen war, ging er im Mai deutlich zurück, bewegte sich mit 4,5% allerdings immer noch auf einem deutlich höheren Niveau als in den Vorjahren. Dies deutet darauf hin, dass der Krankenstand im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt nicht zurückgehen wird und erst im dritten Quartal zu einer starken Erholung des saison- und kalenderbereinigten Arbeitsvolumens beitragen wird. Der starken Ausweitung der Arbeitszeit durch den Rückgang pandemiebedingten Arbeitsausfälle und der Kurzarbeit wird ab Herbst 2022 ein dämpfender Effekt der Mindestlohnanhebung entgegenstehen. Zusammengekommen dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer kalenderbereinigt um 1,3% im Jahr 2022 und um 1,4% im Jahr 2023 steigen.

NOMINALLÖHNE ZIEHEN AN

Die Coronakrise hat die Dynamik der Tarifverdienste in den vergangenen beiden Jahren spürbar gebremst. Im Jahr 2020 legten sie noch um 2,2% zu, was jedoch maßgeblich auf Tarifverträge, die vor der Krise geschlossen wurden, und statistischen Überhänge zurückzuführen war (vgl. Tab. 16). Im Gegensatz hierzu waren die Tarifabschlüsse seit Beginn der Coronakrise von einer deutlichen Lohnzurückhaltung und einem stärkeren Fokus auf Beschäftigungssicherung geprägt, weshalb die Tarifverdienste im Jahr 2021 nur um 1,3% gestiegen sind. Für den Prognosezeitraum ist eine merkliche Beschleunigung der Tarifverdienste abzusehen. Im laufenden Jahr werden neue Tarifabschlüsse hierbei keinen großen Einfluss ausüben, da erst im Herbst mit der Metall- und Elektroindustrie wieder Verhandlungen in einer gewichtigen Branche anstehen. Vielmehr wird die Tarifdynamik im Jahr 2022 vor allem durch Sonderzahlungen, wie z.B. der Einmalzahlung im öffentlichen Dienst der Länder in Höhe von 1 300 Euro im ersten Quartal oder der »Brückenzahlung« in Höhe von 1 400 Euro in der chemischen Industrie im zweiten Quartal, und die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde im Oktober 2022 beeinflusst. Insgesamt dürften die Tariflöhne im laufenden Jahr um 2,5% steigen und somit weit hinter der Inflation zurückbleiben. Im Jahr 2023 dürften sich die Tarifverdienste deutlich auf 3,8% beschleunigen, da neue Tarifabschlüsse angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten deutlich höher als zuletzt ausfallen dürften. Hierbei dürfte allerdings dämpfend wirken, dass der gegenwertige Inflationsanstieg vor allem auf negative Angebotschocks zurückgeht. Der Krieg in der Ukraine und globale Lieferengpässe schränken zum einen die Produktion und damit die Arbeitsnachfrage ein. Zum anderen ließen sie die Produktionskosten kräftig steigen, was den Verteilungsspielraum zusätzlich begrenzen dürfte.

Im vergangenen Jahr stiegen die monatlichen Effektivverdienste der Arbeitnehmer um 3,6% und damit wesentlich kräftiger als die Tariflöhne. Ursächlich hierfür war zuvorderst der starke Abbau der Kurz-

Tab. 16

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept) Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2020	- 3,3	- 0,1	3,3	- 2,3	2,2
2021	1,4	3,6	2,1	2,2	1,3
2022	1,0	4,1	3,0	1,6	2,5
2023	1,1	4,6	3,4	0,8	3,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

arbeit relativ zum Jahr 2020. Die Effektivverdienste je Arbeitnehmer dürften auch im laufenden und im kommenden Jahr stärker zulegen als die Tarifverdienste. Während hierbei zunächst der abermalige Rückgang der Kurzarbeit maßgeblich sein wird, dürften die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten im weiteren Prognoseverlauf zunehmend auf die Löhne durchschlagen, so dass sich viele Unternehmen aktuell auf stärker steigende Löhne einstellen (vgl. Box »Zu den Lohn- und Inflationserwartungen aus Sicht der Unternehmen«). Für eine anhaltend hohe Lohndynamik spricht neben der höheren Inflation, dass die Arbeitskräfteknappheit zuletzt deutlich an Bedeutung gewonnen hat. So gaben im April 2022 44% der an der ifo Konjunkturumfrage teilnehmenden Unternehmen an, dass ihre Geschäftstätigkeit durch einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften behindert wurde, was ein neues Allzeithoch darstellt (vgl. KfW Research 2022). Des Weiteren tragen die beiden vergleichsweise starken Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns von derzeit 9,82 Euro pro Stunde auf 10,45 Euro im Juli (+ 6,4%) und 12 Euro (+ 14,8%) im Oktober substantiell zur Entwicklung der Effektivverdienste bei. Dies würde bei gleichbleibender Beschäftigung die Effektivverdienste je Stunde um 0,9% erhöhen. Die Erfahrungen der Mindestlohneinführung im Jahr 2015 legen jedoch nahe, dass es sowohl mit moderaten Stellenverlusten als auch mit einer Arbeitszeitreduktion unter den von den Mindestlohnanhebungen betroffenen Beschäftigten zu rechnen ist (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2022, S. 54 ff.). Unter Berücksichtigung dieser Kompositionseffekte dürften die Mindestlohnanhebungen die Wachstumsraten der Bruttolöhne und Gehälter der Arbeitnehmer in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte und im kommenden Jahr um 0,4 Prozentpunkte erhöhen. Zusammengekommen dürften die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im laufenden Jahr um 4,1% und im kommenden Jahr um 4,6% steigen.

ÖFFENTLICHE HAUSHALTE ERHOLEN SICH TROTZ ENTLASTUNGSPAKETEN

Die öffentlichen Haushalte werden im Jahr 2022 zwar wieder mit einem Minus abschließen, das allerdings

ZU DEN LOHN- UND INFLATIONSERWARTUNGEN AUS SICHT DER UNTERNEHMEN

Das ifo Institut befragt im Rahmen seiner Konjunkturumfragen seit Dezember 2020 einmal pro Quartal die teilnehmenden Unternehmen nach ihren Erwartungen hinsichtlich der Preisentwicklung in den kommenden zwölf Monaten. Zusätzlich geben die Befragten seit Dezember 2021 die für die kommenden zwölf Monate erwartete Bruttolohnentwicklung für die Mitarbeiter*innen in ihrem Unternehmen an. Auf Basis dieser Fragen kann der Zusammenhang zwischen Preis- und Lohnerwartungen der Unternehmen im Querschnitt und im Zeitverlauf analysiert werden.

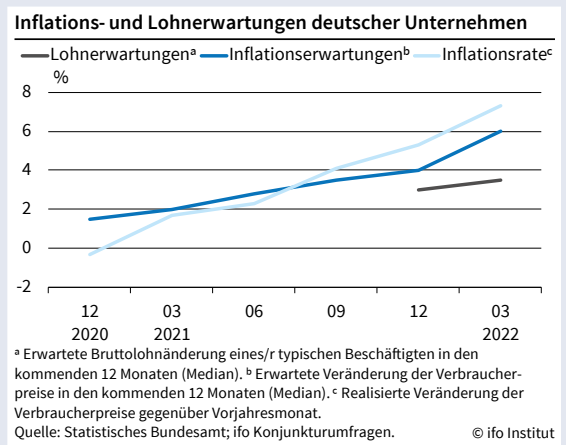
Abbildung 40 stellt für jeden Befragungszeitpunkt den Median der Ergebnisse dar. Während die Inflationserwartungen der Unternehmen Ende 2020 und Anfang 2021 im Durchschnitt nahe am Preisstabilitätsziel der EZB von 2% lagen, verdoppelten sie sich im Verlauf des letzten Jahres und lagen im Dezember bei 4,0%. Im März dieses Jahres beschleunigten sich die Inflationserwartungen abermals und erreichten einen neuen Hochpunkt; die Unternehmen erwarteten über die nächsten zwölf Monaten eine Preissteigerungsrate von 6,0%. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass parallel zu den steigenden realisierten Inflationsraten auch die Inflationserwartungen systematisch nach oben korrigiert wurden. Zwar scheinen aus Sicht der Unternehmen die Inflationsraten in den kommenden Monaten damit wieder etwas geringer auszufallen als zuletzt (im März betrug die realisierte Inflationsrate 7,3%), jedoch rechnen sie weiterhin mit vergleichsweise hohen Preissteigerungsraten.

Entsprechend korrigierten die Unternehmen auch ihre Erwartungen im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Lohnkosten nach oben. So lag der erwartete

Lohnanstieg in den kommenden zwölf Monaten im März 2022 mit 3,5% merklich über den Werten vom Dezember 2021, als nur ein Anstieg von 3,0% erwartet wurde.¹ Obwohl die Informationen zu Lohnerwartungen für lediglich zwei Umfrageswellen vorliegen, deuten diese ersten Ergebnisse darauf hin, dass sich die stark gestiegene Inflation in den kommenden Monaten zumindest in Teilen in einer anziehenden Lohndynamik niederschlagen dürfte. Das ifo Institut plant, die Erhebung dieser Erwartungsdaten in den kommenden Quartalen fortzusetzen, so dass das Zusammenspiel von Preis- und Lohnerwartungen näher beleuchtet und ein Beitrag zur aktuellen Diskussion um eine mögliche Lohn-Preis-Spirale geleistet werden kann.

¹ Die Lohnerwartungen der Unternehmen stehen damit im Einklang mit der in dieser Prognose veranschlagten Zunahme der Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer in Höhe von 3,5% zwischen dem ersten Quartal 2022 und dem ersten Quartal 2023.

Abb. 40



nur noch halb so groß wie im Vorjahr ausfallen dürfte. Einen erheblichen Teil zum Rückgang des Defizits tragen die sinkenden Infektionszahlen und das Auslaufen von pandemiebedingten Beschränkungen tragen bei.

Bei den staatlichen Einnahmen schlägt sich diese Erholung vor allem bei den Steuern nieder. Durch die robuste Entwicklung des Arbeitsmarktes im Prognosezeitraum und steigender Löhne werden die Aufkommen von Lohn- und Einkommensteuer weiterhin wachsen. Die steuerlichen Maßnahmen der Entlastungspakete sowie dem in dieser Prognose unterstellten Abbau der kalten Progression im Jahr 2023 dämpfen diese Entwicklung allerdings deutlich. Auch die Unternehmensteuern werden aufgrund steigender Gewinne im Prognosezeitraum zulegen, jedoch nicht ganz so stark wie noch 2021. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer werden aufgrund des kräftigen Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen nominalen Konsumausgaben erheblich zunehmen und treiben die Entwicklung

des Steueraufkommens maßgeblich. An dieser Stelle profitiert der Staat vom steigenden Preisniveau, an anderer Stelle, wo er selbst als Konsument auftritt, ist auch er davon negativ betroffen.

Die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen profitieren ebenfalls von der positiven Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter. Fällt der Anstieg im Jahr 2022 aufgrund der sinkenden Kurzarbeit noch moderater aus, ziehen die Sozialbeiträge im nächsten Jahr deutlich an, was neben der bereits erwähnten Dynamik des Arbeitsmarktes vor allem an dem steigenden Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung liegt.

Da die Bundesbank im vergangenen Jahr nicht wie üblich etwa 2,5 Mrd. Euro an Gewinn ausschüttete, sind die staatlichen Vermögenseinkünfte im Vergleich zu 2020 zurückgegangen. Auch im Jahr 2022 wird die Bundesbank keinen Gewinn auszahlen. Infolgedessen wird in dieser Prognose auch für 2023 keine Gewinnausschüttung erwartet.

Tab. 17

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^a
In % des nominalen Bruttoinlandprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungs- saldo	Brutto- schuldenstand
	insgesamt	Steuern	darunter: Nettosozial- beiträge	insgesamt	darunter: Zinsausgaben		
2000	46,2	23,5	18,1	47,8	3,2	- 1,6	59,3
2001	44,4	21,8	17,9	47,4	3,0	- 3,0	58,2
2002	44,0	21,4	17,9	47,9	3,0	- 3,9	59,9
2003	44,6	21,5	18,2	48,3	2,9	- 3,7	63,5
2004	43,5	20,9	17,8	46,8	2,8	- 3,3	65,2
2005	43,5	21,2	17,5	46,8	2,8	- 3,3	67,5
2006	43,6	22,0	17,0	45,2	2,7	- 1,7	66,9
2007	43,7	22,8	16,2	43,4	2,7	0,3	64,2
2008	44,1	23,1	16,2	44,2	2,7	- 0,1	65,7
2009	45,0	22,8	17,0	48,2	2,6	- 3,2	73,2
2010	43,8	21,8	16,6	48,1	2,5	- 4,4	82,0
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	- 0,9	79,4
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	0,0	80,7
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	0,0	78,3
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	0,6	75,3
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	1,0	72,0
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	1,2	69,0
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	1,3	64,7
2018	46,2	23,8	17,0	44,3	0,9	1,9	61,3
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	1,5	58,9
2020	46,5	23,0	18,1	50,8	0,7	- 4,3	68,7
2021	47,9	24,6	17,7	51,6	0,5	- 3,7	69,3
2022	47,2	24,3	17,3	48,9	0,4	- 1,7	66,7
2023	46,1	23,7	17,2	46,4	0,4	- 0,3	62,6

^a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

Im Zuge des »NextGenerationEU«-Programms der Europäischen Union erhielt die Bundesrepublik bereits im Jahr 2021 substanzielle Zuwendungen zur Umsetzung der im deutschen Aufbau- und Resilienzplan (DARP) beschriebenen Maßnahmen, die sich in einem Anstieg der Einnahmen aus den sonstigen Übertragungen niederschlug. Im laufenden Jahr werden diese Transfers nahezu stagnieren, im Jahr 2023 dann wieder anziehen.

Bei den Vermögensübertragungen gibt es im laufenden Jahr einen Sonderfall. Es wird in dieser Prognose angenommen, dass im Zuge der Abschaffung der EEG-Umlage die Rücklage auf dem EEG-Konto, die im Zuge von staatlichen Zuschüssen im letzten Jahr und steigenden Erlösen an der Strombörse im laufenden Jahr auf über 15 Mrd. Euro im April angewachsen ist, in den Bundeshaushalt überführt wird.

In Folge der Lockerungen im letzten Jahr haben sich die Verkäufe, unter anderem aufgrund wieder steigender Maut- und Ticketeinnahmen, größtenteils

von der Coronakrise erholt. Diese Erholung wird sich in diesem Jahr in geringerer Dynamik fortsetzen und 2023 auf den langfristigen Trend zurückkehren.

Insgesamt steigen die staatlichen Einnahmen im Jahr 2022 um 5,2% gegenüber dem Vorjahr auf knapp 1 800 Mrd. Euro bzw. 47,2% des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tab. 17). Im Jahr 2023 werden die Staatseinnahmen abermals um 4,7% auf ca. 1 880 Mrd. Euro steigen und dann 46,1% des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Die staatlichen Ausgaben werden im Jahr 2022 im Gegensatz zu den Einnahmen und im Vergleich zu den beiden Vorjahren nur moderat steigen. Dazu tragen insbesondere das Auslaufen pandemiebedingter Maßnahmen bei, wie zum Beispiel der Betrieb der Impfböden, der unter den staatlichen Vorleistungskäufen gebucht wird. Die Vorleistungen steigen somit in diesem Jahr nur noch leicht und verlieren ab der zweiten Jahreshälfte an Dynamik.

Die Ausgaben für die Arbeitnehmerentgelte sind zu Beginn dieses Jahres aufgrund der Einmalzahlung

für die Tarifbeschäftigten der Länder zunächst merklich gestiegen, werden sich im weiteren Prognoseverlauf dann wieder unauffällig entwickeln.

Nachdem in den vergangenen Jahren die Ausgaben für Zinszahlungen kontinuierlich gesunken sind, ziehen die Renditen deutscher Staatsanleihen am aktuellen Rand wieder deutlich an. Zwar dürfte sich im Prognosezeitraum der Abwärtstrend der staatlichen Zinszahlungen noch nicht vollständig umdrehen, allerdings wird in dieser Prognose mit einem leichten Anstieg im Jahr 2022 gerechnet, da insbesondere durch inflationsindexierte Anleihen erhöhte Ausgaben entstehen.

Die Ausgaben für Subventionen haben sich im Jahr 2021 im Vergleich zu vor der Coronakrise mehr als verdreifacht. Da die umfangreichsten Maßnahmen, wie die diversen Überbrückungs- und Soforthilfen, bereits beendet sind oder deutlich zurückgefahren werden, halbieren sich die Subventionen im Jahr 2022 wieder. Damit verbleiben sie dennoch deutlich über dem Wert von 2019. Zum einen laufen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres noch manche Corona-Hilfsprogramme weiter, zum anderen wurden im Zuge des Krieges in der Ukraine Unterstützungsmaßnahmen für besonders betroffene Unternehmen auf den Weg gebracht. Darüber hinaus werden die Kosten für das Neun-Euro-Ticket im öffentlichen Nahverkehr in den Subventionen aufschlagen.

Durch die Einmalzahlungen und Zuschüsse an Empfänger*innen von Sozialleistungen sowie die Energiepreispauschale werden die monetären Sozialleistungen im Jahr 2022 trotz der Erholung am Arbeitsmarkt sehr kräftig wachsen. Hinzu kommen außerdem erhöhte Ausgaben bei den Regelleistungen, da Geflüchtete aus der Ukraine ab Juni dieses Jahres Anspruch auf Grundsicherungsleistungen wie beispielsweise Arbeitslosengeld II haben.

Die Fluchtmigration aus der Ukraine wird auch bei den sozialen Sachleistungen zu höheren Ausgaben führen, allerdings wiegen die Entlastungen durch das abflachende Infektionsgeschehen und geringere Ausgaben für Tests und Impfungen deutlich mehr. Die sozialen Sachleistungen steigen daher im laufenden Jahr geringer als noch im Jahr 2021. Ab 2023 dürften sie dann wieder aufgrund des steigenden Bedarfs im Gesundheits- und Pflegebedarf deutlich anziehen.

Bei den sonstigen Transfers werden humanitäre und militärische Hilfen an die Ukraine zu erhöhten Ausgaben in diesem Jahr führen. Im Jahr 2023 wird sich das Wachstum dann wieder normalisieren. Ähnliche Einmaleffekte waren im Jahr 2021 bei den Vermögenstransfers zu beobachten, da durch eine Vielzahl mittelgroßer Maßnahmen, wie der Eigenkapitalerhöhung der deutschen Bahn, die Ausgaben sprunghaft angestiegen sind. Mit ähnlichen Effekten ist im weiteren Prognoseverlauf nicht zu rechnen, wodurch sie weiter zurückgehen werden.

Nachdem viele staatliche Investitionsprojekte in den letzten Jahren zurückgestellt wurden, dürften die

Ausgaben im Prognosezeitraum wieder dynamischer wachsen. Das liegt hauptsächlich an den steigenden militärischen Ausrüstungsinvestitionen, die über das Sondervermögen »Bundeswehr« in den nächsten Jahren finanziert werden.

Alles in allem steigen die Staatsausgaben im Jahr 2022 um 1,2% auf 1 865 Mrd. Euro. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sinkt dieses Jahr auf 48,9%. Der Abwärtstrend der Ausgabenquote setzt sich trotz leichtem Wachstums der Staatsausgaben von 1,4% auch im Jahr 2023 fort und beträgt dann 46,4%. Die gesamten staatlichen Ausgaben werden sich dann auf 1 891 Mrd. Euro summieren.

Da die staatlichen Einnahmen im Jahr 2022 deutlich stärker steigen werden als die Ausgaben, halbiert sich der Finanzierungssaldo im Vergleich zum Jahr 2021 auf etwa – 65 Mrd. Euro. Dieser Trend wird sich auch im Jahr 2023 fortsetzen. Das gesamtstaatliche Defizit wird dann bei nur noch knapp 12 Mrd. Euro liegen.

Der staatliche Bruttoschuldenstand nach Abgrenzung der Maastricht-Kriterien ist im vergangenen Jahr nochmal gewachsen und betrug 69,3% des Bruttoinlandsprodukts. Im Prognosezeitraum wird der Schuldenstand dann wieder aufgrund geringerer Defizite und eines spürbaren Wachstums des nominalen Bruttoinlandsprodukts auf 62,6% sinken. Damit liegt der Schuldenstand jedoch immer noch knapp 4 Prozentpunkte höher als vor der Coronakrise.

Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

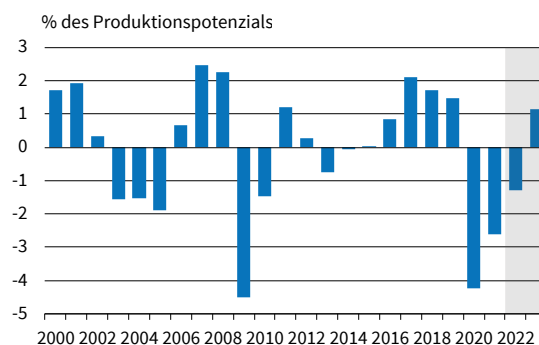
Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2026 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese basiert auf dem Ansatz der EU-Kommission, der den gesamtwirtschaftliche Output anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Die grundsätzlichen Parameter und Annahmen sind gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2022 nahezu unverändert geblieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2022).

Für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung wird die im September 2021 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte aktualisierte mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung für die Jahre 2021 bis 2035 zugrunde gelegt. Die Annahmen bzgl. des Wanderungssaldos müssen in Folge des Krieges in der Ukraine jedoch angepasst werden. Laut Auslandszentralregister reisten bisher rund 766 000 Flüchtlinge aus der Ukraine nach Deutschland ein.⁴ Für das Gesamtjahr 2022 wird von insgesamt 800 000 Flüchtlingen ausgegangen. Diese Zahl wird über den Projektionszeitraum konstant gehalten. Dies impliziert die Annahme das sich Familiennachzug und Rückkehr in die Ukraine durchschnittlich die Waage halten. Wie in der Gemeinschaftsdiagnose wird die Annahme gesetzt, dass im Jahr 2022 von den 800 000 Ukrainer*innen 45% im erwerbsfähigen Alter sind. Dieser Anteil steigt bis zum

Jahr 2026 kontinuierlich auf 70% und entspricht damit dem langfristigen Durchschnitt von Flüchtlingen. Mit Blick auf die Integration der ukrainischen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt wird für das Jahr 2022 angenommen, dass zunächst rund 30 000 Personen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Bis zum Jahr 2026 erhöht sich die Zahl auf gut 280 000 Personen. Ihre Erwerbslosenquote sinkt entsprechend von rund 60% in diesem Jahr auf gut 12% im Jahr 2026.

Für das Jahr 2022 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 1,1% geschätzt. 2023 erhöht sie sich leicht auf 1,2%. Bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2026 fällt sie dann aber deutlich auf lediglich 0,8% ab. Während die Totale Faktorproduktivität und der Kapitalstock anhaltend positiv zum Potenzialwachstum beitragen, nimmt der Beitrag des Arbeitsvolumens bereits seit dem Jahr 2018 ab; ab dem Jahr 2025 wird er sogar negativ. Der Rückgang des Arbeitsvolumens geht dabei in der kurzen Frist vor allem vor allem auf einen spürbar negativen Beitrag der durchschnittlichen Arbeitszeit sowie der Partizipationsquote zurück – die restlichen Komponenten des Arbeitsvolumens liefern hingegen

Abb. 41
Produktionslücke



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

⁴ Vgl. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-05/harz-iv-gefluechtete-grundsicherung-ukrain>, sowie Brückner et al. 2022.

Tab. 18
Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
				Mill.	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro
2016	43,661	39,320	1 395,6	3 093,7	70 856	51	3 134,7	101,3
2021	44,918	40,989	1 346,7	3 186,3	70 935	53	3 570,6	112,1
2026	45,642	41,760	1 377,4	3 440,5	75 380	55	4 386,9	127,5
Veränderung insgesamt in %								
2021/2016	2,9	4,2	- 3,5	3,0	0,1	3,7	13,9	10,6
2026/2021	1,6	1,9	2,3	8,0	6,3	3,9	22,9	13,8
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2021/2016	0,6	0,8	- 0,7	0,6	0,0	0,7	2,6	2,0
2026/2021	0,3	0,4	0,5	1,5	1,2	0,8	4,2	2,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2026/2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

Tab. 19

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlage- investitionen	Vorrats- veränderung	
Mrd. Euro							
2016	3.134,7	1.653,7	623,9	625,9	636,3	- 10,4	231,2
2021	3.570,6	1.766,6	800,3	811,4	781,5	29,9	192,4
2026	4.386,9	2.256,5	923,3	1.060,5	994,3	66,2	146,6
Anteile am BIP in %							
2016	100,0	52,8	19,9	20,0	20,3	-0,3	7,4
2021	100,0	49,5	22,4	22,7	21,9	0,8	5,4
2026	100,0	51,4	21,0	24,2	22,7	1,5	3,3
Veränderung insgesamt in %							
2021/2016	13,9	6,8	28,3	29,6	22,8	-	-
2026/2021	22,9	27,7	15,4	30,7	27,2	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2021/2016	2,6	1,3	5,1	5,3	4,2	-	-
2026/2021	4,2	5,0	2,9	5,5	4,9	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2026/2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

noch leicht positive Beiträge. Ab dem Jahr 2024 tragen jedoch auch die sinkende Erwerbsbevölkerung bei. Der Beitrag der Partizipationsrate wird positiv, da mehr und mehr Flüchtlinge aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt eintreten.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke stieg seit 2015 kontinuierlich, erreichte 2017 mit rund 2,1% ihren Höhepunkt (vgl. Abb. 41) und ist anschließend bis ins Jahr 2019 wieder auf 1,5% gefallen. Für das Jahr 2020 ergibt sich eine massive Unterauslastung der Produktionskapazitäten in Höhe von rund 4,2%. Im laufenden Jahr verkleinert sie sich auf 1,3%. Für das Jahr 2023 ergibt sich erneut eine Überauslastung von 1,1%. Es wird angenommen, dass bis zum Ende des mittelfristigen Projektionszeitraums im Jahr 2026 die Produktionslücke geschlossen wird. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Mittel der Jahre 2021 bis 2026 mit einer Rate von 1,5% zunehmen und damit deutlich oberhalb des Produktionspotenzials von durchschnittlich 1,0% liegen (vgl. Tab. 18). Mit Blick auf die Verwendungsseite zeigt sich, dass alle Verwendungskomponenten im Projektionszeitraum deutlich oberhalb des Wachstums des Zeitraums von 2015 bis 2020 liegen (vgl. Tab. 19). Eine Ausnahme bildet hier der Staatskonsum. Dieses spiegelt sich auch im Anteil am Bruttoinlandsprodukt wider, der um rund anderthalb Prozentpunkte zurückgeht. Auch der Beitrag des Außenbeitrags nimmt ab. Im Gegenzug nehmen der Anteil der Bruttoinvestitionen und des privaten Konsums zu.

Zur Finanzpolitik in Deutschland

Der Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik kann anhand von zwei Methoden bestimmt werden (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2017). Bei der Maßnahmenmethode werden die finanzpolitischen Impulse, die durch Rechtsänderungen entstehen, systematisch erfasst. Die aus den diskretionären Maßnahmen resultierende Budgetwirkung entspricht dem finanzpolitischen Impuls im jeweiligen Jahr (vgl. Abschnitt »Finanzpolitische Rahmenbedingungen«). Bei der Saldenmethode wird die Veränderung des strukturellen Primärsaldos als finanzpolitischer Impuls interpretiert.

Der strukturelle Primärsaldo, der im Gegensatz zum Finanzierungssaldo um Zinsausgaben, konjunkturelle Einflüsse und Einmaleffekte bereinigt wird, wird sich in diesem Jahr deutlich auf – 39 Mrd. Euro bzw. – 1,0% des Bruttoinlandsprodukts verringern (vgl. Tab. 20). Demnach wird die Finanzpolitik nach der Saldenmethode im laufenden Jahr restriktiv ausgerichtet sein. Im Jahr 2023 wird sich das strukturelle Primärdefizit aufgrund dem anhaltenden restriktiven Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik nochmals auf – 20 Mrd. Euro nahezu halbieren und die Finanzpolitik entsprechen restriktiv ausgerichtet sein. Ursächlich für die relativ große Verringerung des Primärsaldos im Jahr 2023 ist die als Einmaleffekt gebuchte Rück-

führung der EEG-Umlagen in Höhe von 15 Mrd. Euro an den Staat. Betrachtet man ausschließlich die konjunkturbereinigten Größen, so ergeben sich kaum Unterschiede zwischen den Primärdefiziten im Jahr 2022 und 2023.

Die Entwicklungen der Finanzierungssalden, bei denen die Zinsausgaben des Staates addiert werden, verlaufen ähnlich dem der Primärsalden, da die in Zukunft voraussichtlich wieder steigenden Zinszahlungen des Staates im Prognosezeitraum noch keine große Rolle spielen (vgl. Abb. 42). So wird der strukturelle Finanzierungssaldo im Jahr 2022 bei – 55,5 Mrd. Euro (– 1,4% des Bruttoinlandsprodukts) und im Jahr 2023 bei – 35 Mrd. Euro (– 0,9% des Bruttoinlandsprodukts) liegen.

Im historischen Vergleich zeigen sich gewisse Parallelen zwischen der Entwicklung des strukturellen Primärsaldos nach der Finanzkrise ab 2009 und der aktuellen Prognose nach dem Abflachen der Folgen der Coronakrise (vgl. Abb. 43). Allerdings war die Finanzpolitik während der Coronakrise nochmals deutlich expansiver ausgerichtet und die restriktive Ausrichtung in den Jahren 2022 und 2023 wird voraussichtlich noch nicht zu strukturellen Primärüberschüssen führen. Hierbei ist zu beachten, dass die Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise bislang nicht als Einmaleffekte gewertet werden (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020).

Tab. 20

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates 2019-2023 in Mrd. Euro

	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	51,1	- 145,2	- 130,8	- 64,8	- 11,9
Konjunkturkomponente ^a	25,0	- 75,5	- 48,2	- 25,3	23,2
Struktureller Finanzierungssaldo	25,3	- 76,2	- 86,1	- 55,5	- 35,0
Struktureller Primärsaldo	52,3	- 51,9	- 67,3	- 38,9	- 20,4
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	25,3	- 76,2	- 86,1	- 40,5	- 35,0
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Primärsaldo	52,3	- 51,9	- 67,3	- 23,9	- 20,4

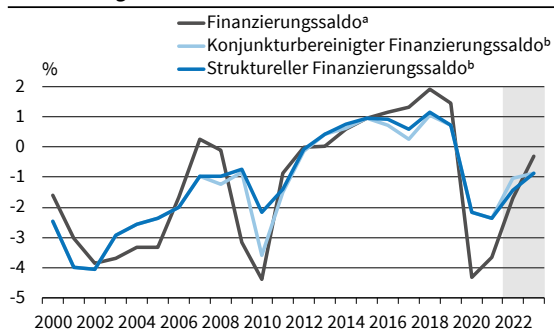
^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2022

Abb. 42

Finanzierungssaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.

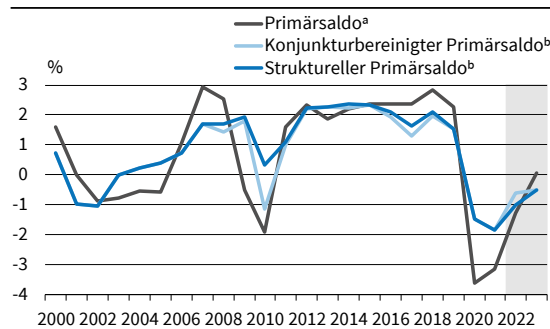
^b In % des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 43

Primärsaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.

^b In % des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2022 bis 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Die restriktive Ausrichtung, den das rückläufige Primärdefizit anzeigt, steht im Gegensatz zur neutralen Ausrichtung der Finanzpolitik im Jahr 2022, die ausgehend von der Maßnahmenmethode abgeleitet werden kann (vgl. Tab. 7 im Abschnitt »Finanzpolitische Rahmenbedingungen«). Im Jahr 2023 zeigen hingegen beiden Methoden in die gleiche, restriktive Richtung. Da beide Methoden unterschiedliche Ansätze verfolgen, können bisweilen Differenzen im Ausrichtungsgrad auftreten. Ein Grund hierfür ist unter anderem die inflationsbedingte günstige Entwicklung einzelner Steuerarten, insbesondere bei der vom gesamtwirtschaftlichen Konsum abhängigen Umsatzsteuer. Die derzeit überwiegend angebotsseitig getriebene Konjunktur lässt einerseits die Preise, insbesondere für den privaten Konsum, stark steigen und erhöht somit auch das Umsatzsteueraufkommen. Andererseits schließt sich die Produktionslücke nicht in dem gleichen Maße, wie es beispielsweise bei einem nachfrageseitig getriebenen konjunkturellen Boom der Fall wäre. Dadurch fällt auch die Konjunkturkomponente des strukturellen Primärsaldos weiterhin negativ aus und zeigt einen deutlichen Rückgang des Primärdefizits an. Würde sich die Produktionslücke schneller wieder schließen, so würde das Primärdefizit nicht so stark zurückgehen und die Veränderung des Primärsaldos in Richtung neutraler Ausrichtung der Finanzpolitik zeigen.

Abgeschlossen am Freitag, 10. Juni 2022

LITERATUR

- Aaronson, D., S. A. Brave, M. Fogarty, E. Karger und S.D. Krane (2021), »Tracking U.S. Consumers in Real Time with a New Weekly Index of Retail Trade«, Working Paper Series WP-2021-05, Federal Reserve Bank of Chicago.
- Aastveit, K. A., T.M. Fastba, E. Granziera, K. Soterhagen Paulsen und K. Nass Torstensen (2020), »Nowcasting Norwegian Household Consumption with Debit Card Transaction Data«, Norges Bank Working Paper 2020/17.
- Bachmann, R., K. Carstensen, M. Menkhoff und M. Schneider (2022), »Umsatzunsicherheit und Umsatzerwartungen deutscher Firmen zur Zeit des Ukraine-Kriegs: Gas und Gasausfall spielen eine eher geringe Rolle«, *ifo Schnelldienst* 75(6), 33–36.
- Bloom, N., S. Bond und J. Van Reenen (2007), »Uncertainty and Investment Dynamics«, *The Review of Economic Studies* 74(2), 391–415.
- Brückner, H., A. Hauptmann, S. Keita und E. Vallizadeh (2022), »Zuwanderungsmonitor«, Mai.
- Chan, J., T. Clark und G. Koop (2018), »A New Model of Inflation, Trend Inflation, and Long-Run Inflation Expectations«, *Journal of Money, Credit and Banking* 50(1), 5–53.
- Deutsche Bundesbank (2022), »Monatsbericht Februar«, Frankfurt am Main.
- Hasenzagl, T., F. Pellegrino, L. Reichlin und G. Ricco (2020), »A Model of the Fed's View on Inflation«, *The Review of Economics and Statistics*, im Erscheinen.
- Jarociński, M. und M. Lenza (2018), »An Inflation-Predicting Measure of the Output Gap in the Euro Area«, *Journal of Money, Credit and Banking* 50(6), 1189–1224.
- KfW Research (2022), »KfW-ifo-Fachkräftebarometer Mai 2022: Trotz Pandemie und Ukraine-Krieg: Wachsende Nachfrage verstärkt Fachkräftemangel«, Pressemitteilung, 25. Mai, KfW Research.
- Link, S. und S. Sauer (2022), »Anteil der Beschäftigten in Kurzarbeit fällt auf weniger als 1 Prozent«, *ifo Schnelldienst digital* 3(2).
- Montag, F., A. Sagimulidina und M. Schnitzer (2020), »Are Temporary Value-Added Tax Reductions Passed on to Consumers? Evidence from Germany's Stimulus«, Working Paper, Ludwig-Maximilians-Universität München.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), *Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert – Stand: Frühjahrsgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*, München.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2017), *Aufschwung festigt sich trotz weltwirtschaftlicher Risiken*, Frühjahr 2017, Halle.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020), *Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie – Stand: Herbstgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*, Kiel.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022), *Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress*, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2022, Kiel.
- Sauer, R. (2022), »ifo DSGE Model 2.0«, *ifo Working Paper* Nr. 366.
- Wollmershäuser, T., P. Brandt, S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, R. Sauer, S. Schiman und L. Zarges (2021), »ifo Konjunkturprognose Winter 2021: Lieferengpässe und Coronawelle bremsen deutsche Wirtschaft aus«, *ifo Schnelldienst* 74, Sonderausgabe Dezember.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, R. Sauer, K. Wohlrabe und L. Zarges (2022), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022: Folgen des russisch-ukrainischen Krieges dämpfen deutsche Konjunktur«, *ifo Schnelldienst digital* 3(1).

TABELLENANHANG

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2021				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 226,3	2 183,6	374,8	667,9	-
2 -	Abschreibungen	694,2	403,4	87,3	203,6	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 532,1	1 780,3	287,5	464,3	- 192,4
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 917,9	1 381,8	294,0	242,1	16,2
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,1	24,9	0,4	9,7	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	92,9	64,7	0,1	28,1	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	672,0	438,2	- 6,8	240,6	- 208,5
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 921,4	-	-	1 921,4	12,7
9 -	Geleistete Subventionen	109,8	-	109,8	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	393,6	-	393,6	-	7,5
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	574,9	535,4	21,8	17,7	17,7
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	681,4	355,0	15,4	310,9	84,2
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 983,6	257,8	270,5	2 455,2	- 299,6
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	473,4	109,7	-	363,7	12,1
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	484,9	-	484,9	-	0,6
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	773,8	-	-	773,8	4,2
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	774,7	140,6	633,3	0,9	3,3
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	679,9	71,8	607,2	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	672,1	-	-	672,1	8,4
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	381,9	203,2	90,2	88,4	59,8
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	326,2	179,9	30,0	116,3	115,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 932,6	193,6	721,3	2 017,7	- 248,6
23 -	Konsumausgaben	2 566,9	-	800,3	1 766,6	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,8	-	60,8	-
25 =	Sparen	365,7	132,8	- 78,9	311,8	- 248,6
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	107,7	23,2	68,6	15,9	8,2
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	98,9	49,4	20,3	29,2	16,9
28 -	Bruttoinvestitionen	811,4	471,2	92,1	248,1	-
29 +	Abschreibungen	694,2	403,4	87,3	203,6	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,2	0,7	- 1,2	0,7	- 0,2
31 =	Finanzierungssaldo	239,6	90,5	- 130,8	279,9	- 239,6
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 932,6	193,6	721,3	2 017,7	- 248,6
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	514,7	-	514,7	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	514,7	-	-	514,7	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 932,6	193,6	206,6	2 532,4	- 248,6
38 -	Konsum 3)	2 566,9	-	285,5	2 281,4	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,8	-	60,8	-
40 =	Sparen	365,7	132,8	- 78,9	311,8	- 248,6

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2022				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	= Bruttowertschöpfung	3 428,2	2 323,6	394,6	710,0	-
2	- Abschreibungen	726,6	417,2	94,7	214,7	-
3	= Nettowertschöpfung 1)	2 701,6	1 906,4	299,9	495,3	- 91,0
4	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 017,2	1 459,9	306,7	250,6	17,0
5	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	32,5	22,1	0,5	9,9	-
6	+ Empfangene sonstige Subventionen	49,6	35,7	0,2	13,7	-
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	701,5	460,1	- 7,1	248,5	- 108,0
8	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 020,8	-	-	2 020,8	13,3
9	- Geleistete Subventionen	55,4	-	55,4	-	4,7
10	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	416,0	-	416,0	-	8,4
11	- Geleistete Vermögenseinkommen	594,1	554,0	21,9	18,1	204,7
12	+ Empfangene Vermögenseinkommen	714,8	364,9	16,7	333,2	83,9
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 203,7	270,9	348,3	2 584,4	- 211,7
14	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	495,9	114,7	-	381,2	12,6
15	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	508,5	-	508,5	-	0,0
16	- Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	801,4	-	-	801,4	4,1
17	+ Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	802,3	144,2	657,2	0,9	3,1
18	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	717,2	72,9	643,4	0,9	0,7
19	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	709,3	-	-	709,3	8,6
20	- Geleistete sonstige laufende Transfers	381,4	197,5	96,2	87,6	68,2
21	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	328,4	178,3	30,6	119,5	121,1
22	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 156,5	208,3	805,0	2 143,2	- 164,5
23	- Konsumausgaben	2 809,7	-	836,3	1 973,4	-
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,6	-	61,6	-
25	= Sparen	346,8	146,7	- 31,3	231,4	- 164,5
26	- Geleistete Vermögenstransfers	99,7	21,5	63,2	15,0	4,5
27	+ Empfangene Vermögenstransfers	106,1	41,5	34,3	30,4	- 1,9
28	- Bruttoinvestitionen	908,9	526,8	100,4	281,7	-
29	+ Abschreibungen	726,6	417,2	94,7	214,7	-
30	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,0	- 0,5	- 1,2	0,8	1,0
31	= Finanzierungssaldo	171,9	57,6	- 64,8	179,1	- 171,9
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 156,5	208,3	805,0	2 143,2	- 164,5
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	535,0	-	535,0	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	535,0	-	-	535,0	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 156,5	208,3	270,0	2 678,1	- 164,5
38	- Konsum 3)	2 809,7	-	301,3	2 508,4	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,6	-	61,6	-
40	= Sparen	346,8	146,7	- 31,3	231,4	- 164,5

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2023				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 670,7	2 503,7	403,8	763,3	-
2 -	Abschreibungen	777,1	453,3	98,9	224,9	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 893,7	2 050,4	304,9	538,3	- 138,2
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 117,5	1 540,8	312,1	264,5	17,8
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	32,9	22,0	0,5	10,4	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	31,6	25,5	0,2	5,9	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	775,0	513,1	- 7,5	269,4	- 156,0
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 121,5	-	-	2 121,5	13,8
9 -	Geleistete Subventionen	37,9	-	37,9	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	440,8	-	440,8	-	8,6
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	671,0	631,2	20,8	19,0	211,6
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	799,9	404,8	16,8	378,4	82,8
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 428,3	286,6	391,4	2 750,3	- 267,3
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	514,0	117,6	-	396,4	13,3
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	527,3	-	527,3	-	0,0
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	837,4	-	-	837,4	4,5
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	838,4	138,3	699,2	0,9	3,5
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	719,3	74,6	643,9	0,8	0,7
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	711,3	-	-	711,3	8,7
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	387,8	201,5	98,2	88,1	71,4
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	338,8	181,9	33,9	123,1	120,3
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 385,6	213,1	909,7	2 262,8	- 224,6
23 -	Konsumausgaben	2 963,5	-	865,6	2 097,9	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,1	-	62,1	-
25 =	Sparen	422,1	151,0	44,1	227,0	- 224,6
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	95,1	19,0	62,5	13,6	4,5
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	88,9	38,8	18,5	31,5	10,7
28 -	Bruttoinvestitionen	974,6	565,0	112,2	297,4	-
29 +	Abschreibungen	777,1	453,3	98,9	224,9	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 2,6	- 2,2	- 1,2	0,9	2,6
31 =	Finanzierungssaldo	220,9	61,3	- 11,9	171,6	- 220,9
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 385,6	213,1	909,7	2 262,8	- 224,6
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	567,7	-	567,7	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	567,7	-	-	567,7	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 385,6	213,1	342,0	2 830,5	- 224,6
38 -	Konsum 3)	2 963,5	-	297,9	2 665,6	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,1	-	62,1	-
40 =	Sparen	422,1	151,0	44,1	227,0	- 224,6

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021 (1)	2022 (2)	2023 (2)	2021 (1)		2022 (2)		2023 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	0,0	1,4	0,4	- 0,7	0,8	1,6	1,2	0,5	0,3
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	1,7	0,9	1,4	1,4	1,9	1,6	0,2	2,8	0,1
Arbeitsvolumen	1,7	2,3	1,8	0,7	2,7	3,3	1,4	3,3	0,4
Produktivität 4)	1,1	0,2	1,8	2,8	- 0,4	- 0,2	0,6	1,0	2,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,9	2,5	3,7	3,5	2,3	3,0	2,0	4,3	3,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2566,9	2809,7	2963,5	1216,8	1350,1	1355,7	1454,0	1446,0	1517,6
Private Konsumausgaben 5)	1766,6	1973,4	2097,9	829,4	937,2	948,5	1024,9	1025,5	1072,4
Konsumausgaben des Staates	800,3	836,3	865,6	387,3	412,9	407,2	429,1	420,4	445,1
Bruttoanlageinvestitionen	781,5	850,4	911,6	373,1	408,4	406,3	444,1	437,4	474,1
Bauten	411,6	465,3	489,1	196,3	215,3	224,3	241,0	239,0	250,1
Ausrüstungen	228,4	238,9	268,2	109,9	118,5	112,8	126,0	125,2	142,9
Sonstige Anlagen	141,5	146,3	154,3	67,0	74,5	69,1	77,1	73,2	81,1
Vorratsveränderungen 6)	29,9	58,5	63,0	11,1	18,8	29,5	29,0	31,5	31,5
Inländische Verwendung	3378,3	3718,6	3938,1	1601,0	1777,3	1791,5	1927,1	1914,9	2023,2
Außenbeitrag	192,4	91,0	138,2	113,7	78,6	54,8	36,2	82,2	56,0
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	5,4	2,4	3,4	6,6	4,2	3,0	1,8	4,1	2,7
Exporte	1690,6	1951,4	2152,7	812,4	878,2	935,0	1016,4	1070,1	1082,5
Importe	1498,2	1860,4	2014,5	698,7	799,5	880,1	980,3	988,0	1026,5
Bruttoinlandsprodukt	3570,6	3809,5	4076,2	1714,7	1855,9	1846,3	1963,2	1997,1	2079,2
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	4,2	9,5	5,5	2,0	6,4	11,4	7,7	6,7	4,4
Private Konsumausgaben 5)	3,4	11,7	6,3	- 0,1	6,8	14,4	9,4	8,1	4,6
Konsumausgaben des Staates	6,1	4,5	3,5	6,8	5,4	5,1	3,9	3,2	3,7
Bruttoanlageinvestitionen	6,2	8,8	7,2	6,2	6,2	8,9	8,8	7,7	6,8
Bauten	8,3	13,0	5,1	4,9	11,6	14,3	11,9	6,6	3,8
Ausrüstungen	5,3	4,6	12,3	11,9	- 0,2	2,7	6,3	11,0	13,4
Sonstige Anlagen	1,9	3,4	5,5	1,6	2,1	3,2	3,5	5,8	5,2
Inländische Verwendung	6,4	10,1	5,9	3,2	9,5	11,9	8,4	6,9	5,0
Exporte	15,6	15,4	10,3	15,2	16,1	15,1	15,7	14,5	6,5
Importe	18,0	24,2	8,3	12,2	23,7	26,0	22,6	12,3	4,7
Bruttoinlandsprodukt	6,0	6,7	7,0	4,9	7,0	7,7	5,8	8,2	5,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2320,7	2399,4	2458,4	1116,4	1204,4	1173,5	1225,9	1208,7	1249,7
Private Konsumausgaben 5)	1620,4	1698,2	1749,8	768,1	852,4	827,5	870,7	859,6	890,2
Konsumausgaben des Staates	698,5	700,5	708,1	346,8	351,6	345,5	355,0	348,8	359,3
Bruttoanlageinvestitionen	671,9	679,6	708,7	328,1	343,8	327,6	352,0	341,4	367,4
Bauten	324,7	329,9	334,7	161,0	163,7	161,1	168,8	164,3	170,3
Ausrüstungen	214,8	215,4	237,0	103,9	110,9	102,3	113,1	110,9	126,1
Sonstige Anlagen	131,2	132,7	138,1	62,4	68,8	63,0	69,7	65,8	72,3
Inländische Verwendung	3008,3	3131,6	3223,3	1458,0	1550,4	1530,0	1601,6	1580,4	1642,9
Exporte	1569,1	1614,6	1699,8	775,1	794,2	793,9	820,7	847,2	852,6
Importe	1394,5	1486,2	1543,3	675,9	718,6	721,5	764,7	757,3	786,0
Bruttoinlandsprodukt	3186,3	3265,7	3386,1	1557,9	1628,5	1604,8	1660,8	1673,8	1712,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	1,1	3,4	2,5	0,0	2,2	5,1	1,8	3,0	1,9
Private Konsumausgaben 5)	0,3	4,8	3,0	- 1,9	2,5	7,7	2,1	3,9	2,2
Konsumausgaben des Staates	2,9	0,3	1,1	4,4	1,5	- 0,4	1,0	1,0	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	1,1	4,3	3,7	- 1,2	- 0,1	2,4	4,2	4,4
Bauten	0,0	1,6	1,4	1,3	- 1,2	0,1	3,1	2,0	0,9
Ausrüstungen	3,3	0,3	10,0	10,3	- 2,4	- 1,5	2,0	8,4	11,5
Sonstige Anlagen	0,7	1,2	4,0	0,4	0,9	1,1	1,2	4,4	3,7
Inländische Verwendung	2,3	4,1	2,9	1,2	3,3	4,9	3,3	3,3	2,6
Exporte	9,6	2,9	5,3	12,3	7,1	2,4	3,3	6,7	3,9
Importe	9,1	6,6	3,8	7,8	10,4	6,8	6,4	5,0	2,8
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	3,7	3,5	2,3	3,0	2,0	4,3	3,1

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2021 (1)	2022 (2)	2023 (2)	2021 (1)		2022 (2)		2023 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	3,1	5,9	2,9	1,9	4,1	6,0	5,8	3,5	2,4
Private Konsumausgaben 5)	3,1	6,6	3,2	1,8	4,2	6,1	7,1	4,1	2,3
Konsumausgaben des Staates	3,0	4,2	2,4	2,3	3,8	5,6	2,9	2,2	2,5
Bruttoanlageinvestitionen	5,0	7,6	2,8	2,5	7,5	9,0	6,2	3,3	2,3
Bauten	8,3	11,2	3,6	3,5	13,0	14,1	8,6	4,5	2,8
Ausrüstungen	1,9	4,3	2,1	1,5	2,3	4,3	4,3	2,4	1,7
Sonstige Anlagen	1,2	2,2	1,4	1,2	1,2	2,1	2,3	1,4	1,4
Inländische Verwendung	4,0	5,7	2,9	2,0	6,0	6,6	5,0	3,5	2,3
Exporte	5,5	12,2	4,8	2,5	8,3	12,3	12,0	7,3	2,5
Importe	8,2	16,5	4,3	4,1	12,1	18,0	15,2	6,9	1,9
Bruttoinlandsprodukt	3,0	4,1	3,2	1,4	4,6	4,5	3,7	3,7	2,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. EUR,3									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2455,2	2584,4	2750,3	1186,6	1268,6	1272,0	1312,5	1337,7	1412,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	349,4	359,3	374,3	169,1	180,2	174,4	184,8	180,8	193,5
Bruttolöhne und -gehälter	1572,0	1661,6	1747,3	739,2	832,8	790,7	870,9	828,1	919,1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	533,8	563,6	628,7	278,2	255,6	306,9	256,7	328,7	300,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	528,4	619,3	678,0	230,3	298,1	259,2	360,0	330,4	347,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2983,6	3203,7	3428,3	1416,8	1566,7	1531,2	1672,5	1668,1	1760,1
Abschreibungen	694,2	726,6	777,1	339,9	354,4	366,8	359,8	384,9	392,1
Bruttonationaleinkommen	3677,8	3930,3	4205,3	1756,7	1921,1	1898,0	2032,3	2053,1	2152,3
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2699,9	2843,1	3025,4	1284,6	1415,3	1355,9	1487,2	1470,2	1555,2
Arbeitnehmerentgelte	1921,4	2020,8	2121,5	908,3	1013,0	965,1	1055,7	1009,0	1112,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	778,5	822,3	903,9	376,2	402,3	390,8	431,5	461,3	442,6
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,2	5,3	6,4	0,6	5,7	7,2	3,5	5,2	7,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,3	2,8	4,2	2,8	3,8	3,1	2,5	3,7	4,7
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	5,7	5,2	2,4	5,1	7,0	4,6	4,7	5,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,6	4,1	4,6	2,9	4,1	5,1	3,3	4,2	5,1
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,0	4,1	4,8	3,6	4,3	4,7	3,5	4,3	5,2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,3	5,6	11,6	-4,9	9,0	10,3	0,4	7,1	16,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	24,7	17,2	9,5	38,9	15,7	12,6	20,8	27,5	-3,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,4	7,4	7,0	5,3	7,5	8,1	6,7	8,9	5,2
Abschreibungen	5,4	4,7	6,9	3,2	7,7	7,9	1,5	4,9	9,0
Bruttonationaleinkommen	6,3	6,9	7,0	4,9	7,5	8,0	5,8	8,2	5,9
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	6,8	5,3	6,4	6,5	7,0	5,6	5,1	8,4	4,6
Arbeitnehmerentgelte	3,7	5,2	5,0	2,5	4,9	6,2	4,2	4,5	5,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15,1	5,6	9,9	17,8	12,7	3,9	7,3	18,0	2,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1594,5	1691,6	1749,4	766,5	828,0	795,0	896,6	835,6	913,8
Nettolöhne und -gehälter	1065,3	1125,3	1185,1	496,3	569,0	529,1	596,3	555,2	629,9
Monetäre Sozialleistungen	672,1	709,3	711,3	341,7	330,5	336,9	372,4	353,4	357,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	143,0	143,0	146,9	71,5	71,5	71,0	72,0	72,9	74,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	533,8	563,6	628,7	278,2	255,6	306,9	256,7	328,7	300,0
Sonstige Transfers (Saldo)	-110,6	-112,1	-115,4	-48,1	-62,5	-48,0	-64,2	-49,7	-65,7
Verfügbares Einkommen	2017,7	2143,2	2262,8	996,7	1021,0	1054,0	1089,2	1114,6	1148,1
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	60,8	61,6	62,1	29,5	31,2	29,9	31,7	30,2	31,9
Private Konsumausgaben 5)	1766,6	1973,4	2097,9	829,4	937,2	948,5	1024,9	1025,5	1072,4
Sparen	311,8	231,4	227,0	196,7	115,0	135,4	96,0	119,4	107,6
Sparquote 7)	15,0	10,5	9,8	19,2	10,9	12,5	8,6	10,4	9,1
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	3,5	6,1	3,4	4,1	3,0	3,7	8,3	5,1	1,9
Nettolöhne und -gehälter	4,3	5,6	5,3	3,1	5,3	6,6	4,8	4,9	5,6
Monetäre Sozialleistungen	2,0	5,5	0,3	5,3	-1,2	-1,4	12,7	4,9	-3,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,9	0,0	2,7	3,5	0,3	-0,7	0,8	2,7	2,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,3	5,6	11,6	-4,9	9,0	10,3	0,4	7,1	16,9
Verfügbares Einkommen	2,1	6,2	5,6	1,4	2,9	5,7	6,7	5,8	5,4
Private Konsumausgaben 5)	3,4	11,7	6,3	-0,1	6,8	14,4	9,4	8,1	4,6
Sparen	-4,7	-25,8	-1,9	8,3	-20,9	-31,2	-16,6	-11,8	12,1

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2021 (1)	2022 (2)	2023 (2)	2021 (1)		2022 (2)		2023 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	878,4	924,5	968,1	415,6	462,9	440,8	483,7	464,9	503,2
Nettosozialbeiträge	633,3	657,2	699,2	305,8	327,5	319,8	337,4	337,2	362,0
Vermögenseinkünfte	15,4	16,7	16,8	8,3	7,1	8,9	7,8	8,9	7,8
Sonstige Übertragungen	30,0	30,6	33,9	14,9	15,1	14,6	16,0	16,2	17,6
Vermögensübertragungen	20,3	34,3	18,5	8,4	11,9	8,5	25,7	8,4	10,2
Verkäufe	133,5	136,5	142,7	61,0	72,4	62,8	73,7	65,5	77,2
Sonstige Subventionen	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Einnahmen insgesamt	1711,1	1799,9	1879,4	814,1	897,0	855,5	944,4	901,2	978,2
Ausgaben									
Vorleistungen	229,9	236,2	241,6	106,6	123,3	109,7	126,5	112,5	129,1
Arbeitnehmerentgelte	294,0	306,7	312,1	141,3	152,7	149,0	157,6	150,8	161,4
Sonstige Produktionsabgaben	0,4	0,5	0,5	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	21,8	21,9	20,8	11,2	10,6	11,3	10,6	10,7	10,1
Subventionen	109,8	55,4	37,9	56,0	53,9	26,7	28,7	17,0	20,9
Monetäre Sozialleistungen	607,2	643,4	643,9	309,4	297,8	304,1	339,3	319,8	324,1
Soziale Sachleistungen	329,0	342,0	362,9	161,0	168,0	168,2	173,8	178,0	184,9
Sonstige Transfers	90,2	96,2	98,2	43,1	47,1	45,9	50,3	46,7	51,4
Vermögenstransfers	68,6	63,2	62,5	20,8	47,9	25,2	38,0	25,0	37,6
Bruttoinvestitionen	92,1	100,4	112,2	39,5	52,6	43,3	57,1	48,9	63,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,2	-1,2	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6
Ausgaben insgesamt	1841,9	1864,7	1891,4	888,4	953,5	883,0	981,6	908,9	982,4
Finanzierungssaldo	-130,8	-64,8	-11,9	-74,3	-56,5	-27,5	-37,3	-7,7	-4,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	13,6	5,2	4,7	6,4	20,8	6,1	4,5	5,5	4,0
Nettosozialbeiträge	4,2	3,8	6,4	3,5	4,8	4,6	3,0	5,4	7,3
Vermögenseinkünfte	-22,0	8,2	0,4	-31,0	-8,1	7,6	8,9	0,4	0,5
Sonstige Übertragungen	23,8	1,9	10,7	31,9	16,8	-1,7	5,5	11,0	10,5
Vermögensübertragungen	30,9	68,5	-45,9	19,1	40,9	1,2	116,4	-1,9	-60,5
Verkäufe	6,1	2,2	4,6	4,9	7,0	2,9	1,7	4,3	4,8
Sonstige Subventionen									
Einnahmen insgesamt	9,2	5,2	4,4	5,1	13,2	5,1	5,3	5,3	3,6
Ausgaben									
Vorleistungen	9,6	2,7	2,3	9,7	9,4	2,9	2,6	2,6	2,0
Arbeitnehmerentgelt	3,5	4,3	1,8	3,7	3,4	5,5	3,2	1,2	2,4
Sonstige Produktionsabgaben									
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	4,0	0,5	-5,0	-3,0	12,6	0,5	0,5	-5,0	-5,0
Subventionen	54,2	-49,5	-31,6	49,8	58,9	-52,3	-46,7	-36,4	-27,1
Monetäre Sozialleistungen	2,0	6,0	0,1	5,7	-1,5	-1,7	14,0	5,2	-4,5
Soziale Sachleistungen	6,1	3,9	6,1	7,8	4,5	4,5	3,4	5,8	6,4
Sonstige Transfers	9,3	6,6	2,1	8,1	10,6	6,5	6,7	1,8	2,3
Vermögenstransfers	43,1	-7,9	-1,1	16,5	58,8	21,5	-20,6	-1,0	-1,1
Bruttoinvestitionen	1,3	9,0	11,7	-2,3	4,2	9,7	8,5	12,8	10,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern									
Ausgaben insgesamt	7,6	1,2	1,4	8,0	7,1	-0,6	2,9	2,9	0,1
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	-3,7	-1,7	-0,3	-4,3	-3,0	-1,5	-1,9	-0,4	-0,2

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des Ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Geleistete Arbeitsstunden.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).